

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 einschließlich 25 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pfg. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragene in die Post-Bezugs-
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Interlions-Gebühr
 beträgt für die sechsgealtene Kolon-
 nelle oder deren Raum 50 Pfg., für
 vollständige und gemeinschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Berichte 30 Pfg.,
 „Kleine Anzeigen“, das erste (stetig-
 gedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere
 Wort 10 Pfg. Stellengedächte und Stellen-
 stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg.,
 jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über
 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
 Preisrate für die nächste Nummer müssen
 bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 5. Mai 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Parteigenossen!

Im Baugewerbe ist ein großer Kampf ausgebrochen. Die Unternehmer verlangen von den Arbeiterorganisationen die Anerkennung eines Arbeitsvertragsmusters, das künftig deren Einfluß auf den Arbeitsvertrag unmöglich machen soll.

Seit Mitte April sind die organisierten Arbeiter der Bau-berufe angesperrt, weil sie die Annahme dieses Vertrages abgelehnt haben. Es handelt sich also um einen Kampf für die Grundrechte aller Arbeiter.

Mit Rücksicht auf den großen Umfang und die Schwere des Kampfes hat die Generalkommission der Gewerkschaften in Ausführung eines Beschlusses des außerordentlichen Gewerkschaftskongresses die organisierten Arbeiter zu Sammlungen für die ausgesperrten Bauarbeiter aufgefordert.

Wir verweisen auf den Aufruf der Generalkommission und fordern die Parteigenossen auf, sich nach Kräften an dieser Sammlung zu beteiligen.

Berlin, den 2. Mai 1910.

Mit Parteigruß

Der Parteivorstand.

Die nackte Gewalt!

Der blauschwarze Block des Dreiklassenparlaments hat am Mittwoch unter schönem Druck aller vom Seniorenkonzent vereinbarten Abmachungen beschlossen, den berüchtigten Hausknechtsparagrafen bereits am Freitag zur Verhandlung zu bringen. Vergebens hatte der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion der vergewaltigungshüfternen Mehrheit in der eindringlichsten Weise vorgehalten, daß die Verhandlung des Antrages auf Geschäftsordnungsänderung einen Bruch von Treu und Glauben, eine brutale Vergewaltigung der Minderheit sei. An der moralischen Rhinogeroshaut des diesmal durch den Oberscharmacher Herrn v. Jedlich unterstützten Blocks der Ritter und Heiligen prallten alle Vernunftgründe, alle Verurteilungen auf parlamentarische Gepflogenheiten und parlamentarischen Anstand wirkungslos ab. Man wollte nun einmal nicht vergebens die verschiedenen Entrüstungskomödien inszenieren haben, man wollte die Vergewaltigung der paar wirklichen Volksvertreter durchzuführen suchen, solange sich irgend eine Möglichkeit dazu bot.

Denn von der unglücklichen Lächerlichkeit des Vorstandes, daß es sich um eine dringliche Maßregel handle, weil sonst die Geschäftsführung des „hohen“ Hauses durch sozialdemokratische Friedensstörer lahmgelegt zu werden drohe, war das Gefolge der Heydebrandt, Jedlich und Herold natürlich selbst überzeugt. Sie wußten so gut wie die Linke des Hauses, daß es für die Geschäftsführung des Hauses und die parlamentarische Ordnung völlig gleichgültig wäre, ob der Hausknechtsparagraf in drei Wochen, drei Monaten, drei Jahren oder auch am St. Nimmerleinstage verhandelt würde. Nicht die „Ordnung“ und „Würde“ des Hauses wollen sie ja schützen, sondern ihr Mütchen an den paar Vertretern des arbeitenden Volkes fühlen, ihnen unmöglich machen, an den reaktionären Schandtatzen des volksfeindlichen Geldsacklings die gebührende Kritik zu üben! Das halbe Duzend Sozialdemokraten soll durch den Rausschmeißparagrafen gezwungen werden, sich jeden Mißbrauch der Geschäftsordnung durch ein parteiliches Präsidium oder eine vom Nachfolger besessene Mehrheit gefallen zu lassen, auf jede Verhöhnung der Volksrechte höchstens mit lindem Säufeln zu antworten! Worte ehrlicher Entrüstung und trefflicheren Spottes sollen in den heiligen Hallen des Dreiklassenhauses nicht mehr geduldet werden — das preussische Astenparlament soll vollends zur Rinderstube herabgedrückt werden, aus der die Ungebärdigen durch einen Leutnant und zehn Mann gewaltig herausbefördert werden!

All das könnte der reaktionäre Klüngel ja ebensogut auch noch in einigen Wochen durchsehen. Freilich, ob er es dann noch durchsehen könnte, ist ja die Frage! Denn wenn die Konservativen bei der Wahlrechtsvorlage ihre schwarzen Verbündeten dem Herrenhaus und dem Major v. Bethmann Hollweg zuliebe im Stiche lassen, so wäre es höchst fraglich, ob ihnen die Schachergarde des Zentrums dann noch zu Willen wäre. Darum soll die Sache schon jetzt gedeckelt werden. Das Zentrum hofft offenbar, daß dieser neue Verrat an den Volksrechten das schwarz-blaue Schutz- und Trugbündnis derart befestigen werde, daß die Junter an dem Wahlrechtsabkommen nicht rütteln lassen werden. Der erste Volksverrat des Zentrums soll besiegelt werden durch eine neue skandalöse Preisgabe der parlamentarischen Rechte der Minderheit, der wirklichen Vertreter des Volkes!

In beispielloser Heuchelei haben sich am Mittwoch die Inspiratoren des Hausknechtsparagrafen auf die angeblichen Erzfesse berufen, durch die von den Sozialdemokraten die geheiligte Tradition des Abgeordnetenhauses scheinbar entweißt worden sei. Als ob nicht, wie der sozialdemokratische

Redner sofort feststellte, gerade das preussische Dreiklassenparlament schon den Schauplatz ungleich zügelloserer Ausbrüche der Leidenschaft hatte!

Schon im Jahre 1894, als das Zentrum in schamloser Verleugnung seiner oppositionellen Vergangenheit für die Verschärfung der Geschäftsordnung des Reichstages eintrat, die allerdings einen Hausknechtsparagrafen nicht vorsah, nahmen die Genossen Singer und Bebel die dankbare Gelegenheit wahr, den reaktionären Heuchlern den Spiegel ihrer eigenen Vergangenheit vorzuhalten. Genosse Singer führte damals aus:

Mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten will ich nur an eine Verhandlung erinnern, an die Adreßdebatte des preussischen Abgeordnetenhauses im Jahre 1893. (Lebhaftes Zurufe rechts.) Ja, ich bringe für die Herren von der Rechten nachher auch einige Beispiele. Sie sind auch, wenn es sich um Verteidigung Ihrer Ansichten handelt, nicht sparsam mit Worten und Vorwürfen, durch die andere sich verletzt fühlen.

In jener Adreßdebatte sprach Waldeck von „schreiender Verletzung des Gesetzgebungs- und Budgetbewilligungsrechts“, von „Lüge und Servilität, die vom Thron des Königs entfernt bleiben sollte“, vom „Abgrund der Verfassungsverletzung“, vom „Mißfaktentreten der beschworenen Verfassung“ — und es ist keinem Präsidenten des Abgeordnetenhauses eingefallen, den Redner dafür zur Ordnung zu rufen! Graf von Schwerin beurteilt einen Satz aus der Rede des Ministerpräsidenten Bischoff, nicht als einen Satz, der die Dynastie in Preußen auf die Dauer stützen kann. Zweiten erklärt, daß das Haus darin einig ist, daß sich das Staatsruder jetzt nicht in guten, sondern daß es sich in gefährlichen Händen befindet. Professor Gneist meinte: „Unsere Staatsregierung hat verloren das Unterscheidungsvermögen zwischen Recht und Unrecht.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und ich will Ihnen auch den berühmten Spruch von Gneist von dem Kaiserzeichen, welches als Brandmal an der Stirn des Ministers lebt“, ins Gedächtnis zurückerufen. (Unruhe rechts.) Zweiten sagte damals: „Die Ehre der Regierung ist nicht mehr die Ehre des Staates und des Landes“. Und alle diese Ausführungen wurden durch keinen Ordnungsruf des Präsidenten unterbrochen!

Meine Herren, im Jahre 1884 wies z. B. Herr v. Hellendorff einem anderen Abgeordneten, einem Mitglied des Zentrums, „Mangel an nationalem Gefühl“ vor; der Herr Abgeordnete Sattler nennt die Äußerungen eines Zentrumsabgeordneten „frivol“; Herr v. Kardorff findet, daß die Äußerung eines Mitgliedes „unwürdig“ sei. Der Abg. Dr. Windhorst würde, wenn die Geschäftsordnung damals bereits die Bestimmung gehabt hätte, die sein Fraktionskollege Herr Koerner ihr heute geben will, wahrscheinlich einer der ersten gewesen sein, der aus der Sitzung verwiesen worden wäre; denn ich zweifle nicht daran, daß der verehrte Herr Präsident den Ausspruch, daß die Äußerung eines Abgeordneten „erlogen“ sei, als eine große Verletzung ansehen würde, die ihn zwingen müßte, von dieser Maßregel Gebrauch zu machen. (Hört! hört! links.) Herr v. Hellendorff nannte Äußerungen eines Mitgliedes „rauh und banal“; Herr v. Cuno sagt, ein Mitglied verhalte in „frevler und frivol“ Weise die Gefühle der anderen; und Herr v. Sturm verweist sich zu der Äußerung, daß die Herren von der Linken in der Presse und im Parlament nichts weniger als einen anständigen Ton zur Schau tragen“; vor einiger Zeit bezichtigte der Herr Kollege Paasche ein anderes Mitglied des Hauses der „Donquichotterie“; und Herr v. Hollneger nennt das Verfahren einer Kommission des Hauses „gewaltig, ordnungswidrig, strupplos, aus politischer Leidenschaft eingeleitet“.

Und Genosse Bebel feuerte zu dieser Blütenlese das folgende bei:

Ich habe hier die Debatten des Abgeordnetenhauses über den Obertribunalbeschluss wider die Abgeordneten Zweiten und Frenzel, die bekanntlich wegen ihrer Reden im Abgeordnetenhause gerichtlich belangt werden sollten. Ueber diesen Beschluss fand am 9. und 10. Februar 1886 im preussischen Abgeordnetenhause eine große Debatte statt; es gab bei dieser Auseinandersetzung außerordentlich scharfe Reden, wie sie zu keiner Zeit in ähnlichem Maße hier im Reichstag und speziell gegen die Regierung gehalten worden sind. In jenen Tagen fiel noch mehr als bei früheren Gelegenheiten eine Reihe besonders heftiger und harter Anklagen gegen die Regierung. Da sah sich Fürst Bismarck veranlaßt, im Hinweis auf die Verhandlungen im Abgeordnetenhause zu sagen:

Im Wege dieser Disziplin — die damals im Hause herrschte — wird die roheste Verleumdung, hier öffentlich ausgesprochen, höchstens für einen unparlamentarischen Ausdruck erklärt.

Und weiter: Ein Ton, wie er im vorigen Jahre hier geherrscht hat, wie er gestern und heute geherrscht hat, — mir ist es nicht bekannt, daß in irgend einer europäischen parlamentarischen Versammlung irgend etwas Ähnliches dagewesen sei.

Meine Herren, es sind weiter in diesem Bericht in einer Rede von Zweiten die Äußerungen enthalten, die gegen ihn, Zweiten, und andere Mitglieder des preussischen Abgeordnetenhauses das Jahr zuvor im preussischen Herrenhaus gedauert wurden, und da wird unter anderem folgende Blumenteile gegeben. Zweiten sagt:

Sie werden mir, hoffe ich, zugeben, meine Herren, daß ich gegenüber den Äußerungen, die bei dieser Sache im Herrenhause gefallen sind, als man dort im vorigen Jahre dieses Haus vor sein Forum zog, speziell über Herrn Dr. Gneist und mich — man bediente sich dort der Ausdrücke fanatische, schamlose, schändliche Äußerungen, Lügen und Verleumdungen, Nichtwürdigkeiten und Niederträchtigkeiten — und andererseits gegenüber dem Versuche persönlicher Einschüchterung durch Bedrohung mit rechtswidriger Gewalt — daß ich mich heute wohl von den gewöhnlichen und üblichen Rücksichten einigermaßen freihalten darf.

Und so schließt Zweiten dementsprechend seine Rede folgendermaßen:

Wenn es noch etwas bedürfte, um der Zukunft sicher zu machen, so wären es gerade Vorgänge dieser Art: denn solche Versuche pflegen die letzten zu sein. Die Tage, in denen Karl I. die Parlamentsmitglieder verhaften wollte, waren die letzten seiner Autorität in London, und Manuel wurde durch Gendarmen aus der Kammer geführt, aber nicht die Tribüne brach zusammen sondern der Thron.

Und weiter heißt es an einer anderen Stelle dieser Rede:

Die Herren Minister können in der Tat triumphieren über ihre Erfolge; aber mögen Sie (zu den Ministern gewendet) Ihre Richter mit allen Orden des preussischen Staates behängen, Ihre Sterne decken die Wunden nicht, welche diese Männer ihrer Ehre vor der Mit- und Nachwelt geschlagen haben, leider aber nicht bloß ihrer Ehre, sondern auch der Ehre ihres Vaterlandes.

Meine Herren, kein Wort des Tadel, kein Ordnungsruf von Seiten des Präsidenten folgte auf diese heftigen Anklagen!

Ferner hatte damals der Graf Wartensleben in einer Rede gegen den Abgeordneten Freese einen Vergleich ange stellt und ausgeführt: wenn er sagte, daß der Abgeordnete Freese für österreichisches Geld schreibe, dann wäre das eine schwere Verleumdung; wenn er aber sage, daß dessen Äußerung mehr im österreichischen als im preussischen Interesse liege, dann wäre das keine Verleumdung. Darauf antwortete der Abgeordnete Freese:

Der Abgeordnete Graf Wartensleben hat durch seine Rede eben bewiesen, was das Haus von ihm zu denken hat; er steht auf einem Standpunkt nach dieser Rede, wo meine Verachtung aufhört und mein Mißleid anfängt.

Seine über mich nur bedingungsweise ausgesprochene Behauptung erkläre ich für eine übenhafte Insanität. Alles, was auf diese unerhörte Äußerung folgte, ist, daß der Präsident sagte: „Das ist eine unparlamentarische Äußerung“.

Das ist die parlamentarische Tradition des preussischen Dreiklassenparlamentes! So wurde damals die „Würde“ und die Ordnung dieses „hohen Hauses“ gewahrt! Und in Wahrheit dieser Tradition will man jetzt gegen die Handvoll wirklicher Vertreter des Volkes unter frechem Druck von Verfassung und Reichsgesetz den infamen Hausknechtsparagrafen schaffen!

Freilich, Herr v. Jedlich berief sich darauf, daß seit seinem Eintritt in das Junterparlament, seit 30 Jahren, solche Szenen nicht mehr vorgekommen seien. Der Wackere hat leider ein miserables Gedächtnis! Denn er selbst ist es gewesen, der noch im vorigen Jahre im Junterparlament wörtlich sagte:

„Meine Herren! Wenn der sozialdemokratische Redner die Behauptung aufgestellt hat, daß mit dem Ausschluß der Sozialdemokraten (von den Schuldeputationen) eine Art von neuem Sozialistengesetz, eine Durchbrechung der bürgerlichen Gleichheit herbeigeführt würde, so sieht das ungefähr auf derselben Linie, als wenn die Herren Einbrecher eine Verletzung der bürgerlichen Gleichberechtigung darin erkennen, wenn man sie nicht zu Kassenbeamten ernannt.“

Aber davon ganz abgesehen! Wenn in den letzten Jahrzehnten, vor Eintritt der Sozialdemokratie, das Dreiklassenparlament nichts mehr von schroffen Zusammenstößen der Parteien wußte, so lag das einfach daran, daß dort die Bourgeoisie völlig unter sich war, daß dort nur Nuancen ein und derselben reaktionären Gesellschaft vertreten waren, daß aber die Wortführer des Volkes und der Volksrechte fehlten!

Solange Teile des Bürgertums selbst noch oppositionell waren, noch mannhaft gegen die Junter und die junterliche Staatsregierung ankämpften, solange fehlte es auch nicht an den heftigsten Zusammenstößen. Das rechte Wort fand im Jahre 1865 der fortschrittliche Abgeordnete Jung, der die junterlichen Utaneien über die verleihte „Würde“ des Hauses mit den Worten abtrumpfte:

„Der Jammer über die Redefreiheit der Abgeordneten ist seit einigen Wochen förmlich epidemisch geworden. . . . R. H. Dieser Vorwurf über den Mißbrauch der Redefreiheit war zu allen Zeiten derselbe, wo ein berechtigtes neues Prinzip gegen veraltete und verrottete Zustände Platz griff. . . . Warum belonen die Herren immer bei ihren Angriffen auf die Redefreiheit das Wort „Straflosigkeit der Abgeordneten und Privilegien der Abgeordneten“, als wenn dies ein einzelnen Personen zum Vergnügen übergebenes Recht wäre? R. H. Die Redefreiheit ist kein Privilegium, sie ist eine Notwendigkeit! Wenn wir dadurch die Regierung erschüttern, so können wir nichts dafür, denn unsere Aufgabe ist es ja, das zu besprechen, was morsch und faul im Staate ist und auf dessen Beseitigung zu bringen. . . . R. H. So wird durch unwiderlegliche Tatsachen nachgewiesen, daß der Justizminister das Recht mißbraucht. . . . es wird. . . nachgewiesen, daß eine Rechtsverweigerung von Seiten des Justizministers vorliegt, es wird aus Hunderten von Fällen nachgewiesen, daß Regierungsbeamte die Amtsgewalt dazu mißbrauchen, das verfassungsmäßig feststehende Wahlrecht des freien Bürgers zu beeinträchtigen. Ist es da nicht Pflicht der Abgeordneten, des Mandatars des Volkes, ins ganze Land hinauszufragen, daß dies Verfassungsverletzung ist, daß diese tiefe Korruption sich im Beamtentum immer mehr einzufressen droht. . . .“ (Sehr richtig!)

So sprach damals das liberale Bürgertum! Das aber damals für den Liberalismus zutrifft, gilt heute für die Sozialdemokratie!

Mag der reaktionäre Flügel des Junker-, Pfaffen- und Geldparlaments seinen brutalen Gewaltakt vollziehen. Wir haben das Schändliche dieses Streichs gebührend gebrandmarkt, aber wir erwarten dessen Folgen mit heiterer Gelassenheit!

In je abstoßenderer Nacktheit sich die Gewaltspolitik der Wahlrechtsverräter und Volkverdrücker offenbart, desto besser für uns!

Betrogene Betrüger.

Verworfen als je ist die Lage, seitdem das Herrenhaus sich Mühe gegeben hat, die Wahlrechtsvorlage den Mittelparteien „annehmbar“ zu machen. Wenn die Regierung und das Herrenhaus darauf ausgegangen wären, die Wahlrechtsreform in einer allgemeinen Vertagung versinken und verderben zu lassen, so hätten sie ihre Sache wirklich kaum geschickter anfangen können. Klar ist nur, daß die ablehnenden Stimmen im Abgeordnetenhaus durch Zutritt des Zentrums gewaltig gestärkt werden. So klar aber diese Verschlechterung der Situation ist, ebenso unklar ist, ob auf der anderen Seite sozial oder überhaupt etwas an Stimmen gewonnen worden ist, daß die Ausschaltung des Zentrums dadurch ausgeglichen werden kann.“ So schildert die „Allg. Volkszeitung“ schadenfroh die Folgen des Versuchs des Herrn v. Bethmann-Hollweg, sich politisch selbständig zu machen.

Dieser Mann — Eggellens v. Ham sagt „altes Weib“ — der Gottgegebenen Abhängigkeiten konnte sich aber von den Herren v. Godebrand und Herold nur unabhängig machen, um sofort in die Gefangenschaft des Herrn v. Bethmann zu geraten. Die Ratsschlüge dieses geschäftigen, aber wirklich herzlich unbedeutenden und schredlich überschätzten Menschen haben ihn erst recht in die Patzide gedrückt.

Die Leute, die die Herrenhäuser, von denen die meisten von der Tragweite ihrer Beschlüsse gar keine Ahnung haben, zu dem immanen Beschluß gebracht haben, das Wahlrecht zu steigern und die preussische Arbeiterklasse mit freiem Mandatskauf zu bedrohen, sind von ihrem Triumph noch weit entfernt. Die Herren des schwarzblassen Blods haben ihren Bund nicht zufällig geschlossen und sie haben keine Lust, die große Zukunftspartei der Rechten, von der einmal Herr v. Herling sprach, dem Verfolgungswahn des Herrn v. Bethmann und dem Energiebedürfnis des unbeträchtlichen Bethmann zu opfern. Am wenigsten aber lassen sich die Konservativen von Rücksichten auf die Nationalliberalen leiten und deshalb wird diesen die Vereinstätigkeit unzulänglich, nicht allzuviel nützen. Zwar werden die industriellen Scharmacher des Westens nicht müde, den Nationalliberalen einzureden, daß es der Gipfel der politischen Vernunft wäre, sich mit den Bethmannen und den Konservativen zu einer Mandatsrückerhandlung zu organisieren, aber im Wirklichkeit werden sie, wenn auch nicht vor der Gemeinschaft, so doch vor der Dummheit solchen Vorgehens vielleicht doch zurückschrecken. Es ist ja auch auf der Hand liegend, daß es sich bei den Herren, die für die Herrenhäuserische Niedertracht agitieren, nur darum handelt, die Nationalliberalen völlig in Abhängigkeit von den Konservativen zu bringen, um endlich den Bund zwischen agrarischen und großkapitalistischen Interessen, der ihnen auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik so reiche Früchte gebracht hat, auch auf rein politischem und sozialpolitischem Gebiet zu einem unauf lösllichen zu machen. Die Selbständigkeit der nationalliberalen Partei, soweit sie überhaupt noch vorhanden, soll vollständig aufhören, und aus Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen die Partei gebildet werden, die alle Wünsche der Scharmacher in politischer und sozialpolitischer Beziehung erfüllen soll. Daß in der nationalliberalen Partei selbst eine starke Strömung für eine solche Politik vorhanden ist, unterliegt natürlich keinem Zweifel.

Die Leute, die für den Umsturz der Nationalliberalen agitieren, benutzen als Lockspeise die Mär von der „Ausschaltung des Zentrums“. Aber daran glauben sie wohl selber nicht. Das Zentrum auszuschalten, ist wohl das Letzte, was die Nationalliberalen durch solche Politik erreichen könnten. Das Zentrum kann überhaupt nicht von oben ausgeschaltet werden. Angeführt, jede Bekämpfung von oben stößt seine Stellung in den Massen. Dem Zentrum hätte kein größerer Gefallen geschehen können, als ihm Herr v. Bethmann in seinem Einhalt erwiesen hat. Es ist heilfroh, wenn es die Verantwortung für den verräterischen Kuhhandel nicht bis zu Ende tragen muß. Stimmen gar die Nationalliberalen

für das Schandgesetz, so erfährt die Position des Zentrums eine neue Stärkung. Nicht künstlich ausschalten läßt sich das Zentrum, sondern es kann nur bekämpft werden dort, wo es seine Stärke hat, in den Massen selbst. Nicht von oben, sondern nur von unten kann das Zentrum aus dem Sattel geworfen werden. Deshalb ist es notwendig, daß dem Zentrum die Verantwortung überlassen bleibt für die reaktionäre, volksfeindliche preussische Politik. Wenn aber die Nationalliberalen ihm die Verantwortung abnehmen, indem sie es gerade dort „ausschalten“, wo die Nichtausschaltung ihm am meisten schadet, schwächen sie nicht, sondern stärken sie das Zentrum und machen nicht eine schlechte, sondern auch bodenlose dumme Politik.

Und sie machen diese Politik mit den Konservativen, die heute schon entschlossen sind, sofort zum Zentrum zurückzukehren, wenn sie es selbst in der Wahlreform einen Moment lang — und zur heimlichen Freude des Zentrums selbst — verlassen. Haben aber die Nationalliberalen erst die Todsünde auf dem Gewissen, in dieser wichtigsten Frage der politischen Entwicklung sich zu Annehmlichkeiten gemacht zu haben, dann gibt es kein Zurück mehr, dann sind sie auf immer die Gefangenen der Herren v. Godebrand und — Herold.

Dem Schandgesetz würde übrigens der bloße Umsturz der Nationalliberalen nicht allzu viel nützen. Im Abgeordnetenhaus werden ja auch die Anträge auf gleiche und direkte Wahl wiederkehren. Für beide wird das Zentrum stimmen, das des Kompromisses ledig, seinen demagogischen Bedürfnissen wieder folgen kann; für die direkte Wahl wohl auch die Nationalliberalen. Damit wäre für die Einführung der direkten Wahl die Mehrheit gesichert — gegen die Konservativen. Oder wollen die Nationalliberalen auch gegen ihre eigene Minimalforderung stimmen? Aber das bedeutete, daß die Partei in solchem Maße dem Maß und der Verachtung verfiel, daß sie dann erst recht als selbstständige Partei aufhören würde. Der Umsturz der direkten Wahl aber, deren Notwendigkeit die Begründung der Regierungsvorlage schlüssig nachgewiesen hat, werden sich die Konservativen kaum aussetzen wollen und daher die „Ausschaltung“ des Zentrums unter allen Umständen vermeiden. Die Beschlüsse des Herrenhauses haben also verzweifelt wenig Aussicht, angenommen zu werden. Die Lage ist wirklich verworren und die Hoffnung steigt, daß zuletzt das Schandgesetz auf dem Schindanger verscharrt wird.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 4. Mai 1910.

Entlastung des Reichsgerichts. — Südwestafrika.

Aus dem Reichstage, 4. Mai. Nach Erledigung einiger anderer, keine Debatte herbeiführender Vorlagen wurde die zweite Lesung des Gesetzesentwurfs betreffend die Zuständigkeit des Reichsgerichts zu Ende gebracht. Noch einmal gerieten die Vertreter der Einschränkung der Reichsgerichtsgerichtsbarkeit durch Kostenherhöhung mit denen aneinander, die im Interesse der ärmeren Bevölkerung diesem plutokratischen Mittel widerstreben. Genosse Heine warnte wiederholt, allerdings leider vergeblich, vor der Anwendung dieses plutokratischen Abschreckungsmittels. Auch Herr Schmidt-Warburg sprach wieder im gleichen Sinn. Bei den Abstimmungen gingen aber die übrigen Zentrumsjuristen unter Führung des Herrn Spahn mit den Konservativen und Liberalen wieder zusammen, so daß alle volksfreundlichen Anträge abgelehnt wurden und die Erhöhungen für die Justizpreise durchgingen.

Das Stellenvermittlungsgesetz wurde dann nach einigen kurzen Erklärungen in dritter Lesung angenommen. Auch die Sozialdemokraten stimmten dafür, da das Gesetz, wenn es auch nicht die allgemeine Durchführung der gemeinnützigen Arbeitsnachweise bringt, doch die Uebel des privaten Stellenvermittlungswesens vielfach abstellt.

Die dann folgende dritte Lesung der Aufständskosten für Südwestafrika ergab zunächst wieder eine Auseinandersetzung zwischen den Herren Erzberger und Dernburg über einige Einzelfragen der südwestafrikanischen Landpolitik. Herr Dernburg beendete seine Ausführungen damit, daß er sich selbst ein

glänzendes Zeugnis des Wohlverhaltens und Erfolges ausstellte. Dieses Beispiel reizte Herrn Semler (natl.), an sich selbst ein Tugendbrot auszustellen wegen seiner eigenen Aufsichtsratspolitik. Dann nahm Herr Wiemer die Gelegenheit wahr, um Herrn Dernburg das uneingeschränkte Vertrauen der fortschrittlichen Volkspartei für seine Kolonialpolitik auf dem Präsidententeller entgegenzubringen.

Genosse Ledebour stellte zunächst fest, daß die Sozialdemokratie die Aufsichtsratsmoral des Herrn Semler in keiner Weise billige und gab dann seiner Verwunderung Ausdruck, daß die fortschrittliche Volkspartei einem Mitgliede der Regierung Bethmann-Hollweg, von der sie so schlecht behandelt werde, ein Vertrauensvotum ausstelle. Das sei umsoweniger zu rechtfertigen, da in zwei wesentlichen Punkten, in seiner Bekämpfung des parlamentarischen Einflusses wie in der rücksichtslosen Unterdrückung der südwestafrikanischen Eingeborenen Herr Dernburg durch und durch liberal handle. Auf den Versuch des Herrn Wiemer, die Haltung seiner Partei gegenüber Herrn Dernburg zu rechtfertigen, erwiderte Ledebour mit dem Hinweis auf die bereits wiederholt von ihm festgestellte Tatsache, daß Herr Dernburg die Forderung der Landzuteilung an die Eingeborenen durch den Bundesrat mit der Behauptung hätte zurückweisen lassen, Landzuteilung würde ihnen nichts nützen, da sie kein Vieh besäßen. Verschwiegen habe er dabei, daß die Regierung den ehemals ausländischen Eingeborenen verboten habe, Rindvieh zu halten. Auch eine liberale Partei dürfe doch einem Staatssekretär, der einer solchen Unterdrückungspolitik und Mißachtung des Reichstags fähig sei, kein Vertrauen entgegenbringen.

Die Fortschrittler suchten durch lautes Gufu! zu erkennen zu geben, daß diese Vorhaltung ihrer Dernburgbegeisterung keinen Abbruch getan hat.

Die nächste Sitzung findet Freitag statt.

Das Ende der Etatberatung.

Mit Hilfe der Guillotine, die unarmherzig herniederfauste, wenn einer unserer Genossen sich zum Wort gemeldet hatte, hat das Abgeordnetenhaus am Mittwoch die dritte Lesung des Etats beendet. Zunächst hielt man es nicht für nötig, die einfache Pflicht parlamentarischen Anstandes zu erfüllen und beim Kultusrat dem Genossen Hoffmann, den eine ganze Reihe von Rednern angegriffen hatten, das Wort zur Erwidern zu geben. Hoffmann mußte sich damit begnügen, dies Verhalten der Gegner festzunageln und ihnen zuzurufen, daß sie nur aus Furcht vor der ihnen gebührenden Antwort die Debatte zu schließen.

Beim Etat der Haubertverwaltung war es Genosse Leinert, dem die Mehrheit es unmöglich machte, sich der Interessen der kleinen Binnenschiffer anzunehmen, und beim Etat der Justizverwaltung wiederholte sich das Spiel gegenüber dem Genossen Viednecht, der in die Rednerliste eingetragen war. Einzig und allein beim Eisenbahnetat gestattete man Leinert gnädig, eine lokale Angelegenheit zur Sprache zu bringen, die allerdings insofern von allgemeinem Interesse ist, als sie beweist, wie die Eisenbahnverwaltung jetzt wieder bei der Bauarbeiterausperrung die Geschäfte der Unternehmer besorgt. Daß der Vertreter des Ministers nichts erwiderte, ja, daß einige Geheimräte obendrein durch Lachen die Gründe Leinerts „widerlegen“ zu können glaubten, kennzeichnet die Herren.

Der Etat in seiner Gesamtheit nebst dem Etatgesetz wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Am Freitag kommt auf Wunsch der Mehrheit, deren Willen der Präsident sich gebeugt hat, als erster Punkt der Hausrechtsparagrafen auf die Tagesordnung. Herr v. Kröcher glaubt, daß die Beratung dieses Antrags die wichtigste Aufgabe ist, die das Haus nach Erfüllung seiner verfassungsmäßigen Pflicht, das heißt nach Verabschiedung des Etats, zu lösen hat. Es ist zunächst zwar widersprüchlich das den Abmachungen des Seniorskonvents, was ist es, wie Borgmann treffend bemerkt, eine Treulosigkeit, aber was tut das in einem Parlament, wo Gewalt vor Recht geht und Niedertracht Trumpf ist? Die konservativ-freikonservativ-liberale Mehrheit schreckt eben vor keiner Gemeinheit zurück.

Ein verdientes Mißtrauensvotum.

In Posen fand Dienstagabend eine stark besuchte öffentliche Versammlung des Posener Freisinnigen Vereins statt, die gegen die

Historische Analogien.

In Zeiten reaktionärer Hochflut werden die am Ruder befindlichen Parteien gewöhnlich so übermütig und so empfindlich, daß sie keinen Widerspruch mehr vertragen können. Diese Erscheinung zeigt sich ja nunmehr im preussischen Abgeordnetenhaus, wo den Mittern mit den glorreichen Ahnen die Kritik der keinen sozialdemokratischen Fraktion so unbehagen wird, daß sie gegen solche „Ausfressungen“ mit Gewaltmitteln vorgehen wollen.

Es ist wohl angefaßt dessen angebracht, einige historische Fälle anzuführen, in denen unbehagene Abgeordnete aus Parlamenten ausgeschlossen worden sind. Einer der berühmtesten Fälle ist der des englischen Abgeordneten Wilkes, der 1763 aus dem englischen Unterhaus ausgeschlossen wurde, weil er in seinem Blatte den König von England und die Minister angegriffen hatte. Allein das Volk nahm im klassischen Lande der Pressefreiheit einmütig für den ausgegrenzten Partei und hinderte die vom Parlament beschlossene Verkennung seiner Schriften durch den Herrscher. Wilkes wurde später wiedergewählt und abermals ausgeschlossen, worauf man an seine Stelle denjenigen berief, der bei der Wahl die meisten Stimmen nach Wilkes erhalten hatte. Dieses Vorgehen erbitterte das Volk von London so sehr, daß es zu Unruhen kam, die nahezu einer Revolution gleich sahen. In demselben Maße, als das Parlament dabei an öffentlichem Vertrauen verlor, gewann Wilkes an solchem, und er wurde schließlich, der mächtigen englischen Aristokratie zum Trost, zum Lordmayor von London gemacht.

Dies erhabene Beispiel der englischen Aristokratie wurde im klassischen Lande des „Schreibertums“, in Württemberg nachgeahmt und zwar 1821, zwei Jahre, nachdem das Land von seinem König mit einer neuen Verfassung beglückt worden war. Dort war Friedrich List, der geniale Nationalökonom, von seiner Vaterstadt Reutlingen in die zweite Kammer gewählt worden. Er hatte eine Petition seiner Wähler eingereicht, in der verschiedene von der Bureaucratie ausgehende Mißbräuche kritisiert waren; am Schlusse wurde deren Abschaffung verlangt. List hoffte mit diesem Vorgehen die Bildung einer konstitutionellen Opposition anzuregen. Aber es kam anders. Die Bureaucraten resp. „Schreiber“ waren während. Sie erwickelten ein

königliches Reskript, nach dem gegen List Kriminaluntersuchung eingeleitet wurde. Nun wurde auf Grund zweier Verfassungsparagrafen — § 135 bestimmte, daß kein Abgeordneter in eine Kriminaluntersuchung verflochten sein dürfe — die Ausstufung Lists beantragt. Die in der Sache niedergesetzte Kommission, in der sich auch die freisinnigen Abgeordneten Hhland und Schott befanden, entschied gegen den Ausschluß, aber die Kammer beschloß diesen dennoch, nachdem Regierung und höhere Schreiber wetteifernd gegen die „revolutionäre“ Petition des Abgeordneten von Reutlingen gewütet hatten. Nun wurde Lists Sache vor die Gerichte verwiesen und da er sich diesen gegenüber weigerte, sich wegen seiner Tätigkeit in der Kammer zu verantworten, so wurde er wegen dieser „fribolen und ungehörlichen Ausführung“ mit Haft und mit 25 Stockprügeln bedroht. Wie muß das die vielen Freunde des Prügelns im preussischen Abgeordnetenhaus anheimeln! Ja, wenn das verfluchte „tolle Jahr“ 1848 nicht gewesen wäre.

Durch diese Affäre wurde List aus seiner Laufbahn geworfen, konnte seine eminenten Fähigkeiten nicht, wie er wollte, für Deutschland verwerten und starb im Exil durch eigene Hand. Aber die Mameluden der schwäbischen Kammer erlitten nur Hohn und Verachtung, und eine spätere Zeit hat List anerkannt.

Der berühmteste Fall, der hierher gehört, ist die Ausschließung des republikanischen Abgeordneten Manuel aus der französischen Kammer im Jahre 1823.

Damals beschloß das „restaurierte“ Frankreich als Mitglied der heiligen Allianz in Spanien zugunsten des nichtswürdigen Ferdinand VII. und gegen die von diesem beschworene Verfassung einzuschreiten. In der Kammer verlangte das reaktionäre Ministerium Villèle dazu einen Kredit von 100 Millionen und Manuel erhob sich dagegen. Die Sitzung wurde stürmisch, als Manuel sagte:

„Ihr bedenkt nicht, daß die Stuarts vom Throne gestürzt wurden, weil sie auswärtigen Beistand suchten, daß Ludwig XVI. Haupt fiel, weil die fremden Mächte sich in Frankreichs Angelegenheiten mischten.“ —

Hier erhob die aus fanatischen Reaktionen bestehende Mehrheit ein fürchterliches Gebrüll; sie geberdete sich so rasend, daß die Sitzung unter den Rufen: „Nieder mit dem Königs-mörder!“ geschlossen wurde.

Aus dieser lächerlichen Szene wurde Ernst, als am anderen Tage der „weiße Jakobiner“ Laboulaye beantragte, den Abgeordneten Manuel aus der Kammer aus-

zuschließen. Die Linke berief sich umsonst darauf, daß man den Willen der Wähler nicht auf diese Weise unterdrücken dürfe. Am 3. März wurde Manuel auf ein Jahr von den Sitzungen der Kammer ausgeschlossen.

Aber am folgenden Tage erschien Manuel wieder in der Kammer. „Gestern“, sagte er, „küßte ich an, ich würde nur der Gewalt weichen. Heute werde ich Wort halten!“ Der Präsident forderte die Diener auf, den Abgeordneten Manuel zu entfernen und nötigenfalls bewaffnete Hilfe zu requirieren. Die Diener requirierten eine Abteilung Nationalgarde. Als diese erschien, rief die Linke: „Wie, die Nationalgarde will an einen erwählten Volksvertreter die Hand legen! Man will die Nationalgarde entehren!“ — Darauf zog sich die Nationalgarde beschämt zurück. Nun aber erschien königliche Gendarmerie und deren Oberst ergriff den Abgeordneten Manuel am Arm, während die ganze Linke sich erhob. Der sich kräftig sträubende Manuel wurde von den Gendarmen aus dem Saal getragen; die Linke folgte. Diese Kammer wurde vom Volke mit Hohn überschüttet, während sich Manuel die allgemeine Hochachtung zuwandte. Sieben Jahre später brach diese Monarchie unter den Donnerstößen der Julirevolution zusammen.

Auch 1848 kam in Deutschland ähnliches vor. Das Frankfurter Parlament, dessen Mehrheit aus Reaktionären, Verrätern und Schwächlingen bestand, hatte über die Wahl des Republikaners Hecker zu entscheiden, gegen welche die babilische Regierung protestierte. Hecker befand sich damals wegen seines bekannten Wutsches flüchtig in Auslande. Die Versammlung war vom roten Gespenst genügend erschreckt, um den gefährdeten Republikaner unter nichtigen Gründen mit ungeheurer Mehrheit auszuschließen; selbst sogenannte Freiheitsmänner stimmten für die Ausschließung; namentlich aber trat der bekannte Simson dafür ein. Hecker wurde zwar in seinem Wahlkreise Tübingen am Oberrhein wiedergewählt, aber der Wahlkreis wurde damit bestrahlt, daß er während der Dauer der Nationalversammlung unvertreten blieb. Das Vertrauen des Volkes zu dieser Versammlung wurde durch dieß Verhalten auf den Nullpunkt herabgedrückt.

So ist der Weg historisch beleuchtet, den die Junker im preussischen Abgeordnetenhaus betreten haben. Mögen die Herren tun, was sie nicht lassen können; die Niederlage der Reaktionäre bei den kommenden Reichstagswahlen wird dadurch nur so gerschnellend wie möglich werden.

reaktionäre Herrenhaubrede des Oberbürgermeisters Dr. Wilms protestierte. Der Herr hatte bekanntlich bei der Beratung des Schandgesetzes im Herrenhaus erklärt, er werde eher für die Abschaffung des Reichstagswahlrechts als für die Uebertragung desselben auf Preußen eintreten. Nach einer stürmischen Debatte wurde folgende Resolution angenommen: „Die heutige sehr zahlreich besuchte Versammlung freisinniger Bürger spricht ihr Ver fremden darüber aus, daß der Vertreter der Stadt Posen im Herrenhause, Herr Oberbürgermeister Dr. Wilms, anlässlich der Beratung der Wahlrechtsvorlage in diesem Hause Äußerungen über das geltende Reichstagswahlrecht getan hat, die in trassendem Gegensatz zu den Anschauungen aller wahrhaft liberalen Parteien, in schreiendem Widerspruch zu den Ansichten der überwältigenden Mehrheit der von ihm vertretenen Bürger stehen.“

Man darf neugierig sein, ob der Herrenhäuser so viel Anstandsgefühl haben wird, um aus diesem Mißtrauensvotum die gebotenen Konsequenzen zu ziehen.

Die Auslieferung Mirskis vor der Berliner Stadtverordneten-Versammlung.

Nachdem am Dienstag die Schergen Dienste, die das preussische Ministerium des Innern und vor allem das Berliner Polizeipräsidium dem russischen Zarismus durch die Auslieferung Mirskis erwiesen hatte, von unseren Genossen im Landtage in der schärfsten Weise gegeißelt worden sind, beschloß diese schmächtige Auslieferung heute auch die Berliner Stadtverordnetenversammlung. Unsere Genossen hatten folgenden dringlichen Antrag gestellt:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die städtischen Irrenanstalten anzuweisen, daß sie von jeder Entlassung eines Kranken auch seinen gesetzlichen Vertreter in Kenntnis setzen.“

Grund zu diesem Antrag gab das Verhalten städtischer Organe im Falle Mirski, die eine schwere Blutschuld auf sich geladen haben. Einmal hatte die städtische Armenverwaltung durch die Stellung von Anträgen auf Ausweisung des substanzlosen, ihr lästig fallenden Mirski sich mit Schuld beladen, dann aber hatte vor allem die städtische Irrenanstalt Buch dem Berliner Polizeipräsidenten in die Hände gearbeitet, indem ihr Leiter dem Pfleger Mirskis nicht vor der Entlassung seines Schützlings von der letzteren in Kenntnis gesetzt hatte, sondern entgegen dem Reglement erst einige Tage später, nachdem die Entlassung und somit auch die Auslieferung an Ausland erfolgt war. Er — entsprach dabei einem Wunsche des Polizeipräsidenten.

Gegen die Verhandlung des Antrages unserer Genossen erhob der Stadt. Rettig, geleitet von seinem blinden Fanatismus gegen alles, was von Sozialdemokraten kommt, unter lauten Protestrufen unserer Genossen Einspruch, so daß nach der Geschäftsordnung der Antrag erst in der nächsten ordentlichen Sitzung hätte verhandelt werden können. Aber selbst seinen Parteifreunden war das Verhalten Rettigs zu skandalös, und so wurde er veranlaßt, noch nachträglich seinen Widerspruch zurückzuziehen.

Genosse Dr. Cohn legte die Sachlage dar und wies nach, inwieweit auch städtische Organe der Polizei und damit der russischen Regierung Helfersdienste geleistet haben. Er geißelte aufs schärfste die Handlungsweise des Leiters der Irrenanstalt Buch, der sich weniger als Arzt denn als Polizeibeamter betätigt habe.

Von freisinniger Seite sprach Herr Cassel, der mit einigen Einschränkungen mit scharfen Worten die Rolle des Irrenhandlungs in Buch verurteilte. Er sprach unumwunden sein Bedauern und seine schärfste Mißbilligung über den Vorfall aus und empfahl die Annahme des sozialdemokratischen Antrages.

Für den Magistrat sprach Stadtrat Kalisch, der erklärte, von der Sache nichts zu wissen, obwohl gestern früh dem Oberbürgermeister von unserer Absicht, die Angelegenheit zur Sprache zu bringen, Kenntnis gegeben worden war. Eine Untersuchung soll stattfinden. Leider wird dadurch die Blutschuld nicht abgewaschen, die einige städtische Organe auf die Stadt Berlin geladen haben. Unser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Zur Geschäftslage des Reichstags.

Im Senatskonvent des Reichstags kam man gestern dahin überein, den Sonnabend dieser Woche sühnungsfrei zu lassen. Am Montag oder Dienstag die zweite Beratung des Kaligesehenges in Angriff zu nehmen und vor Pfingsten bis zum November zu vertragen. Alleseitig wurde erklärt, daß ein Zustandekommen der Zuwachsteuer vor Pfingsten unmöglich und deshalb eine Vertagung der Weiterberatung dieses Gesetzes zum Herbst erforderlich sei.

Moltke gegen Moltke!

Der preussische Polizeiminister hat bekanntlich in der Diensttagssitzung seinen Erlaß, wonach Maimzüge zu verbieten, als durchaus gesetzlich hingestellt. Daß er es nicht ist, das liegt für jeden, der das Vereinsgesetz nur einigermaßen kennt, klar auf der Hand. Man kann es aber nicht nur aus dem Wortlaut des Gesetzes, sondern auch aus ministeriellen Erklärungen feststellen, aus Erklärungen, die zwar Herr v. Moltke nicht selbst abgegeben hat, die aber für ihn von einem ministeriellen Kollegen abgegeben wurden. Am 11. März 1910 hat nämlich der Staatssekretär des Innern Delbrück im Reichstage bei der Verhandlung der sozialdemokratischen Interpellation über das Verbot der Demonstration in Treptow u. a. erklärt:

„... Unter diesen Umständen ist der preussische Minister des Innern meines Erachtens mit vollem Recht der Ansicht gewesen, daß eine allgemeine Vorschrift über die Voraussetzungen, unter denen eine öffentliche Versammlung genehmigt oder nicht genehmigt werden darf, nicht erlassen werden könne, und die Folge davon ist, daß ein Teil der Polizeibehörden auch öffentliche Aufzüge und Versammlungen zum Zwecke der Wahlrechtsdemonstration in letzter Zeit hat genehmigen können und genehmigt hat, während andere nach ihrem pflichtmäßigen Ermessen genehmigt haben, die Genehmigung verweigern zu müssen.“

Was der Polizeiminister hier als seine Ansicht über die Handhabung des Gesetzes bei Versammlungen unter freiem Himmel hat mitteilen lassen, das will er jetzt für öffentliche Umzüge nicht gelten lassen, für die Behandlung von Genehmigungsgesuchen zu öffentlichen Aufzügen behauptet er zum Erlaß einer allgemeinen Vorschrift berechtigt zu sein, die er, wo es sich um Versammlungen unter freiem Himmel handelt, in ganz richtiger Auslegung des Vereinsgesetzes, ablehnt. Da aber das Gesetz keinen Unterschied in den polizeilichen Befugnissen bei Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzügen kennt, so hat

der Minister selbst sein Maimzugsverbot damit als unzulässig gekennzeichnet.

Liberales Blätter, so die „Vossische Zeitung“ und die „Frankfurter Zeitung“, halten dem Minister den Widerspruch denn auch vor.

In Gagen, wo der fortschrittliche Oberbürgermeister Cuno am 1. Mai dem Umzugsverbot bekanntlich noch große Polizeirüstungen angefügt hatte, wurde am selben Tage auf einem Provinzialparteitag der fortschrittlichen Volkspartei vom Reichstagsabgeordneten Wiemer gegen die Maßregel des Ministers protestiert. Oberbürgermeister Cuno sollte im Anschluß daran erklärt haben, daß er zu dem Verbot des Maimzugs durch den Minister Moltke gezwungen worden sei; sogar der Wortlaut des Verbotes sei ihm vorgegeschrieben worden.

Der „Vossischen Zeitung“, die diese Meldung brachte, hat Herr Cuno nun eine Erklärung geschrieben, in der er sagt:

„Das gibt zu Mißverständnissen Anlaß. Ich habe mich verteidigt gegen Angriffe der sozialdemokratischen und demokratischen Presse, welche mir einen Vorwurf daraus machte, daß ich die Gründe des Ministers mir zu eigen gemacht und mit meinem Namen gedeckt habe, anstatt zu sagen: Auf Anordnung des Ministers verbiete ich den Umzug. Ich habe demgegenüber ausgeführt: Der Erlaß war von dem Regierungspräsidenten als geheim bezeichnet, ich durfte ihn daher nicht bekanntgeben. Da eine solche Anordnung vorlag, deshalb blieb mir nichts anderes übrig, als, soweit ich nicht eigene, aus den lokalen Verhältnissen entnommene Gründe für das Verbot hatte, den Wortlaut der allgemeinen Argumentation, mit dem das Verbot begründet wurde, wiederzugeben. Weil der Erlaß geheim war, war ich auch nicht in der Lage, mich gegen die Angriffe der Presse zu verteidigen, so lange nicht durch anderweitige Mitteilungen in der Presse und Veröffentlichung der Gründe des Ministers in der offiziellen „Pol. Corr.“ bekannt geworden war, daß eine allgemeine Anordnung vorlag.“

Die Verteidigung des Herrn Cuno berührt etwas seltsam, denn sein Entscheid, worin er die Genehmigung für den Umzug versagt, enthält Gründe (Schaufensterwettbewerb), die aus den lokalen Verhältnissen entnommen sind. Weshalb mußte er denn daneben noch die scharfmacherischen Behauptungen des Ministerialerlasses über das unbotmäßige Verhalten und das aufreizende Auftreten der Teilnehmer anführen?

Frankfurter Wahlrechtsjustiz.

Gegen 47 Personen, die am 18. und 17. Februar gelegentlich der Frankfurter Wahlrechtsdemonstration verhaftet wurden, haben jetzt Verhandlungen stattgefunden. Das „Ergebnis“ kann sich sehen lassen. Es wurden verhängt: 3 Jahre 6 Wochen und 1 Tag Gefängnis, 11 Wochen und 6 Tage Haft und 1398 M. Geldstrafe. Außerdem schweben noch mehrere Verfahren. Unter anderem haben sich jetzt einmal sechs Schulleute erinnert — nach 2 1/2 Monaten! —, daß auch Redakteur Wendel den Schulleuten am Bismarckdenkmal „Psst!“ zugerufen haben soll. Die Erinnerung ist den Schulleuten erst während der letzten Verhandlung vor dem Schöffengericht gekommen, in der Wendel bekanntlich zu sechs Wochen Haft verurteilt wurde wegen des Rufes: „Hoch das freie Wahlrecht!“

Eine Anklage nach §§ 110, 111 und 120 hat neuerdings Redakteur Quini wegen des Maimauftrages in Nr. 90 der „Vossischen“ erhalten. Der Staatsanwalt hat eine „Aufreizung zu Gewalttätigkeiten“ aus diesem Ausruf herausgelesen.

Dem Genossen Kirchner von der „Frankfurter Korrespondenz“, der gegen einen als Kronzeuge auftretenden Schulleiter eine Anzeige wegen Meineides erstattet, wurde Dienstag von der Staatsanwaltschaft mitgeteilt, daß das Verfahren „mangels genügender Beweise“ eingestellt worden sei.

Protest gegen die Reichsversicherungsordnung.

Dienstag nahm die Leipziger Arbeiterschaft in drei Versammlungen Stellung gegen die Reichsversicherungsordnung. Auch die Massenangehörigen schlossen sich der scharfen Kritik des Beschlusses an. Sie wiesen entschieden das Nachwort zurück, das angeblich ihre Wünsche befriedigen soll.

Das Kammergericht ist „nicht maßgebend“.

Vom Schöffengericht in Bochum wurden wegen „groben Unfugs“, der in Hochrufen auf das freie Wahlrecht bestanden haben soll, zwei Wahlrechtsdemonstranten mit einer Geldstrafe von 3 M. bestraft. Als einer der Angeklagten auf die in ähnlichen Fällen ergangenen freisprechenden Urteile hinwies, und besonders auf das freisprechende Urteil des Kammergerichts aufmerksam machte, erklärte der Vorsitzende: „Gott sei Dank ist das Kammergericht nicht maßgebend“.

Der neutrale Thronfolger.

In der „Münchener Post“ lesen wir: Zentrumsblätter brachten nach dem „Arbeiter“ (Organ der christlichen Arbeiter) folgende Meldung, von der auch wir kurze Notiz genommen hatten:

„Der Kuriosität halber und zu Ruh und Frommen weiterer Kreise möchten wir nicht vergessen anzuführen, daß der bayerische Thronfolger Prinz Ludwig bei Starnberg einen Scherenschnitt ausführen läßt, der nur von ausgesperrten Arbeitern fertiggestellt wird. Ein ausstehender Baummeister, der seinem Entsetzen über solche Anwendung des demokratischen Prinzips Ausdruck gab und es mit einem kleinen Proteste schornmacherischen Einschlages versuchte, hat sich übrigens bei dieser Gelegenheit eine große Nase geholt.“

Ein bayerischer Thronfolger, der ausgesperrten Arbeiter Brot gibt. Großer Gott, wo soll das hinführen? Diesseits und jenseits der Rheinlinie werden hörbar die ordnungsliebenden Jöpsse. Und dann glaubt die böse Welt immer noch nicht, daß Kometen Unglück bringen.“

Die „N. N. Nachr.“, denen von den Scharfmachern offenbar kräftig eingeheizt wird, befürchteten wohl, daß der bayerische Thronfolger durch eine derartige Mitteilung zu populär werden könnte. Sie wandten sich deshalb sofort an das Hofmarschallamt des Prinzen Ludwig und konnten darauf berichten,

„daß die Güteradministration des Prinzen Ludwig in den letzten vorigen Woche einigen Arbeitern, die um Arbeit bitten, Beschäftigung gegeben hat. Diese bestand in der Aufstellung eines Schuppens für Lagerung von Torf sowie im Waschen von Kies. Die Güteradministration hatte keine Kenntnis davon, daß die eingeschickten Arbeiter ausgesperrt waren. Als sie hier von dem Obmann des Arbeitgeberverbandes in Starnberg Nachricht erhielt, verfügte sie, entsprechend dem neutralen Verhalten der Behörden, sofort die Entlassung der ausgesperrten Arbeiter; diese mußten am vorigen Sonnabend bereits ihre Arbeit beschließen. Alle daran geknüpften Angaben des „Arbeiter“ sind erfunden.“

So sind denn die Anhänger der „sozialen Monarchie“ — es gibt, wie wir aus verschiedenen Zuschriften ersehen, noch manche solcher Schwärmer — wieder um eine Enttäuschung reicher und eine Illusion ärmer geworden.

Und die ordnungsliebenden Scharfmacherjöpsse dürfen ruhig weiter hängen, kein wittelsbacherischer Lusthauch wird sie zum Wackeln bringen.

Feuerwehrübung gegen die Maimfeier.

In Schlochau (Westpreußen) hatten die Sozialdemokraten zum 1. Mai eine Versammlung unter freiem Himmel einberufen, die erste in diesem Städtchen. Die Versammlung sollte um 4 Uhr nachmittags beginnen. Mittags ließ der Bürgermeister ausfindeln, daß alle feuerwehrpflichtigen Bürger, wollten sie nicht 5 M. Strafe zahlen, um 4 Uhr nachmittags zu einer Uebung anzutreten hätten. Viele Einwohner der Stadt Schlochau erklärten, sie könnten sich nicht bestimmen, daß jemals an einem Sonntag nachmittags eine Uebung der Feuerwehr stattgefunden hätte. Bemerkte sei noch, daß die Maimversammlung trotz alledem unter reger Beteiligung verlaufen ist.

Belgien.

Klerikale Geschäftspolitik.

Brüssel, 4. Mai. In der Kammer, welche sich heute verlagerte, kam es zu stürmischen Szenen. Der Antwerpener Abgeordnete Genosse Terwagne griff die Katholiken heftig an, weil der Antwerpener Abgeordnete Coremans als Gemeinderatsmitglied sich bei den Straßenbahnkonzessionen bedeutende Summen an Provisionen von Firmen ausgablich ließ. Er hat sogar wegen dieser Angelegenheit einen Schadenersatz von 200 000 Franc verlangt, wegen Nichtdurchführung eines Abkommens. Verschiedene Mitglieder der Linken griffen die katholische Rechte wegen ihrer Finanzgeschäfte in Verbindung mit der Politik in heftigen Worten an. Der Abgeordnete Terwagne beschuldigte auch verschiedene frühere katholische Minister, die sich in gleicher Art bereicherten, wie der Abgeordnete Coremans. Ein Mitglied der Rechten verteidigte sich nur sehr schwach und erklärte, daß es sich um Angelegenheiten handle, womit das Gericht und nicht die Kammer sich zu befassen habe. Die Sitzung wurde immer stürmischer. Der Abgeordnete Buhl, welcher die Anklage gegen den früheren katholischen Senator Dubert zur Sprache brachte, verlas Photographien von Dokumenten, welche die Unregelmäßigkeiten des Senators darst. Der frühere Senator Dapert, der sich auf der öffentlichen Tribüne befand, unterbrach den Abgeordneten. Dieser Zwischenfall rief große Erregung hervor. Alle Abgeordneten erhoben sich und mit geballten Fäusten verlangten sie die Ausweisung des Unterbrechers aus dem Saale. Der Vorsitzende teilte mit, daß er die Tribünen räumen lasse. Es wurden hierauf sehr scharfe Worte zwischen der Linken und der Rechten gewechselt.

Spanien.

360 Millionen Pesetas für Kriegszwecke.

Madrid, 4. Mai. (P. S.) Der Kabinettsrat hat beschlossen, für 1911 einen außerordentlichen Kredit für das Kriegsbudget in Höhe von 360 Millionen Pesetas zu verlangen. Dieser Kredit soll auf mehrere Jahre verteilt werden und dazu dienen, die Armee zu reorganisieren, moderne Geschütze anzukaufen usw.

England.

Besuch aus England.

London, 4. Mai. Eine Deputation von Parlamentsmitgliedern und anderen Führern der Arbeiterpartei ist heute nach Deutschland abgereist, um im Auftrage der Partei die Lage der Arbeiter, die Kosten ihres Lebensunterhalts und andere Fragen zu studieren.

Die Lords und das Unterhaus.

London, 4. Mai. Der Vorsitzende der Arbeiterpartei Barnes teilte mit, daß die Lords einen neuen Plan aufgestellt haben, um dem Schloge auszuweichen, welchen das Unterhaus gegen sie führt. Sie werden vorschlagen, die eingebrachten Gesetze gegen die Abstimmung der Lords gut zu heißen, vorausgesetzt, daß im zwischen Keumahlen stattfinden und daß die Wählerschaft bei dem Wahlgange diese Politik billigt.

Eine ungünstige Wahl.

London, 4. Mai. Die Wahl von Sir Christopher Furness zum Mitglied des Unterhauses für Hartlepool ist für ungünstig erklärt worden wegen ordnungswidriger Vorgänge während des Wahlkampfes.

Türkei.

Der Aufstand in Albanien.

Konstantinopel, 3. Mai. Nach der offiziellen Verlustliste des Kriegsministeriums sind bei den Kämpfen am 30. v. Mts., die mit der Besetzung von Katschani endigten, drei Offiziere und 24 Soldaten getötet, fünf Offiziere und 80 Soldaten verwundet worden. Die Rebellen hatten 500 Tote, unter denen sich ihr Führer Ibrahim Sefet befindet.

Gestern fand ein Kampf bei Korawabalka statt, in dem die Rebellen in die Flucht geschlagen wurden. Die Albanesen, die in Djalowa eingebrungen sind, wurden zerstreut.

Persien.

Gegen die Salzsteuer.

Urmia, 3. Mai. Aus Choi wird gemeldet: Die Mehrheit der Bevölkerung protestiert gegen die vom Medschlis angenommene Salzsteuer. Es wurden Demonstrationen veranstaltet und die Läden auf drei Tage geschlossen.

Amerika.

Kapitalistische Freiheit der Wissenschaft.

Professor William Bohn an der Ann Arbor Universität von Michigan, der seine sozialistische Ueberzeugung öfter und zuletzt anlässlich des Sieges in Milwaukee bekundet hat, ist vom Präsidenten der Universität amtlich aufgefordert worden, seine Entlassung zu nehmen. Darüber wie hüten muß der Professor den Kammerdiener machen.

Aus der Partei.

Gemeindevahlsges.

Bei der Gemeindevahl in Griesheim bei Frankfurt a. M. erzielte die Sozialdemokratie einen glänzenden Sieg. Sie erhielt 39 Stimmen mehr wie bei der Hauptwahl, während die Stimmen der Gegner um 46 zurückgegangen sind. Der sozialdemokratische Kandidat erhielt 24 Stimmen, der bürgerliche Gegner 593. Trotz des Terrorismus der Hardwerke traten die Hardwerke wieder für den sozialdemokratischen Kandidaten ein.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Rein. öffentliche Zustände.

Die Märzfeier in Harpen bei Bochum wurde durch das gewaltsame Eingreifen des dortigen Polizeikommissars gestört, der dem Vortrag eines Liedes verbot. Auf die Beschwerde beim Amtmann hin, billigte dieser den ungesetzlichen Eingriff. Der Landrat des Kreises Bochum sah sich indessen genötigt, den Amtmann des Amtes Harpen zu reaktivieren. Dem Weisheitsführer ging folgender Bescheid zu:

Ihre Beschwerde vom 27. April 1910 über den Bescheid der Polizeibehörde Harpen ist begründet, da aus der Art und dem Verlauf der Veranstaltung in Harpen am 30. März 1910 die Merkmale einer öffentlichen Zustände nicht gefolgert werden konnten. Die Voraussetzungen für das Eingreifen des Polizeikommissars Braedrich aus dem angeführten Grunde waren somit nicht gegeben. Dies ist dem Beamten eröffnet worden.

Gewerkschaftliches.

An die Arbeiterschaft von Groß-Berlin!

Der 7. (außerordentliche) Gewerkschaftskongress zu Berlin hat unter einmütiger Zustimmung aller Vorstände der freien Gewerkschaften Deutschlands beschlossen, die ausgesperrten Bauarbeiter in ihrem Kampfe zu unterstützen.

Nach Angabe der Bauunternehmer sind in Deutschland 170 000 bis 180 000 Bauarbeiter ausgesperrt, deren Unterstützung auf die Dauer ihren eigenen Organisationen nicht zugemutet werden kann.

Es muß Ehrenpflicht aller aufgeklärten Arbeiter sein, diese Klassengenossen, die nicht den Kampf für sich allein führen, sondern für die Arbeiterschaft im allgemeinen, nach Kräften zu unterstützen.

Unterliegen die Bauarbeiter in diesem Riesenkampfe, so trifft das alle um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpfenden Arbeiter.

Dah dieses nicht eintrete, liegt mit an der nötigen Unterstützung. Kurz kann der Kampf bei den Hunderttausenden nur sein, darum ist schnelle Hilfe doppelte Hilfe.

285 000 M. hat die Arbeiterschaft Groß-Berlins den schwedischen Arbeitern zur Unterstützung gegeben. Zeigen wir auch den deutschen Arbeitsbrüdern unser Solidaritätsgefühl in gleichem Maße! In jeder Werkstatt muß am Sonnabend eine Sammelliste zirkulieren!

Nach dem Beschluß des Kölner Gewerkschaftskongresses und der Aufforderung der Generalkommission haben die örtlichen Gewerkschaftskommissionen resp. Kartelle die Sammlungen vorzunehmen.

Für Groß-Berlin sind alle Gelder, die durch die Post eingekandt werden, an Alwin Körsten, Berlin SO. 16, Engel- ufer 15, abzuliefern.

Listen für Gewerkschaften, Vertrauenspersonen der Partei und der Gewerkschaften, sind in unserem Bureau, Zimmer 23, von 9—12½ Uhr vormittags und von 4—7½ Uhr nachmittags, täglich, mit Ausnahme des Sonntags, zu haben.

Die Quittungen über die eingegangenen Beiträge werden im „Vorwärts“ veröffentlicht.

Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend.
A. Körsten.

Achtung! Parteigenossen!

Anschließend an den obigen Aufruf ersuchen auch wir alle Parteigenossen um recht rege Beteiligung an der Sammlung für die im Kampf stehenden Bauarbeiter.

Wir ersuchen alle Parteifunktionäre, die Listen von der Gewerkschaftskommission zu entnehmen und schleunigst zirkulieren zu lassen.

Die Abrechnung hat daselbst stattzufinden.

Der geschäftsführende Ausschuss des Verbandes der Sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Berlin und Umgegend.

Ueber den Umfang der Aussperrung im Baugewerbe gab der Verbandsvorsitzende des Maurerverbandes, Th. Böhm, in einer Versammlung der Sektion der Pöcher, die gestern abend bei Freyer in der Koppenstraße stattfand, die folgenden Zahlen bekannt:

Von den 1040 Zweigvereinen des Maurerverbandes wurden in 529 mit 127 192 Mitgliedern 64 361 Mitglieder ausgesperrt. Von diesen sind abgereist oder in andere Arbeit eingetreten 6114; im Baugewerbe sind wieder in Arbeit eingetreten 7618, so daß sich am 27. April 50 734 ausgesperrte Verbandsmitglieder zur Kontrolle melden. Der Zentralverband der Zimmerer hat noch nicht die genauen Zahlen ermittelt, aber die Aussperrten werden vom Vorstand auf 20 000 geschätzt. Von den 403 Zweigvereinen des Bauhilfsarbeiterverbandes wurden in 289 Zweigvereinen nach der Feststellung vom 25. April 23 983 Mitglieder ausgesperrt, 43 651 Mitglieder setzen noch in Arbeit. Außerdem sind noch 5500 Bauhilfsarbeiter ausgesperrt, die in anderen Verbänden Mitglieder sind. Vom Verbands der christlichen Bauarbeiter wurden insgesamt 13 224 Mitglieder ausgesperrt. Der Unternehmerverband hat also insgesamt 127 068 Mitglieder von Gewerkschaften ausgesperrt. Nicht man davon diejenigen Arbeiter ab, die andere Arbeit gefunden haben, so bleiben nur noch 113 441 Aussperrte übrig. Freilich sind auch nicht organisierte Arbeiter ausgesperrt, so daß die erste Schätzung der Zentralverbände, daß insgesamt 130 000 bis 150 000 Arbeiter ausgesperrt wurden, wohl gerade das Richtige treffen dürfte.

Achtung, Metallarbeiter! Der Streik der Schlosser und Dreher bei der Firma Ernst Machnow, Fahrradgeschäft, Weinmeisterstraße 14, dauert ununterbrochen fort. Wenngleich es Herrn Machnow gegläückt ist, einige Streikbrecher zu bekommen, so ist doch nicht zu leugnen, daß die Firma ihre alten eingearbeiteten Leute gerne wiederhaben möchte, weil ja das Pfingstgeschäft vor der Tür steht. Bei einer Verhandlung, die ein Vertreter unserer Organisation am gestrigen Mittwoch hatte, erklärte der Meister, daß er seine alten Leute gerne wiederhaben möchte, weil die neuen mit der Arbeit nicht fortkönnen. Doch Herr Machnow aber die minimalen Forderungen der Streikenden wohl erfüllen kann, beweist der Umstand, daß den Streikbrechern pro Stunde 60 Pf., sowie auch Essen gegeben wird, und daß für Sonntagsarbeit pro Stunde 75 Pf. gezahlt wird. Daß alle Arbeit leurer wird, weil von den Arbeitswilligen keiner eingearbeitet ist, ist lediglich auf die Starrköpfigkeit des Herrn Machnow zurückzuführen. Die Arbeiterschaft wird es schon merken, wie „gut“ sie jetzt bedient wird. In der „Mab-Welt“ sowie in hiesigen bürgerlichen Zeitungen sucht Herr Machnow fortwährend lächerliche Schloßer und Dreher, Arbeitsloje, welche aus Dresden auf diese Annonce hierherkamen, haben, als sie den Sachverhalt erfuhr, Herrn Machnow erklärt, daß sie es ablehnen, Streikbrecher zu werden. Wenn Zugang ferngehalten wird, wird Herr Machnow den Streikenden, die er notwendig gebraucht, ihre berechtigten Forderungen erfüllen müssen.

Deutscher Metallarbeiterverband, Bewaffnungsstelle Berlin.

Ein neuer Trick des Herrn Lebius.

Nachfolgendem Schreiben, das in großer Zahl an Geschäftsleute verschickt wird, ist zu ersehen, in welcher Weise Herr Lebius versucht, sich mit neuen Mitteln neue Geldquellen zu erschließen:

Charlottenburg-Berlin, den
Königsplatz 47 (Zentr. Charl. 3885).

Wir fragen hiermit ergebenst an, ob Sie zum Geben Arbeitslohn in ein Lieferantenerhältnis nach Art des Berliner Lehrereinzels treten wollen. Unser Selber Arbeitslohn hat in Berlin etwa 20 000 Mitglieder, davon allein bei den Siemenswerken 12 000. Von der Kaufkraft unserer Vereinsmitglieder bekommen Sie einen Begriff, wenn Sie sich vor Augen halten, daß die hiesigen Siemenschen Konsumvereine, die nur in den Fabriken selbst betrieben werden und hauptsächlich nur Lebens-

Verantw. Redakt.: Richard Barth, Berlin. Inzeratenteil verantw.: H. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag u. Verlagsanstalt

mittel verkaufen, einen Jahresumsatz von mehreren Millionen haben.

Wenn Sie unserem Angebot näher treten wollen, so bitten wir Sie, uns mitzuteilen, welchen Rabatt Sie unseren Mitgliedern gewähren wollen. Der Rabatt wäre alle 4 Monate auf das Konto des Selben Arbeitslohn bei der Dresdner Bank abzuführen.

An Spesen entstehen Ihnen außer der Rabattgewährung lediglich durch die Unzulässige Aufnahme in das Lieferantenerzeichnis unserer Vereinszeitung 60 M. das Jahr und 1 M. Gebühr für das Kontrollbuch.

Hochachtung

Der Vorsitzende des Selben Arbeitslohn (Sitz Berlin).
H. Lebius.

Sicher ist, daß die meisten, vielleicht gar alle, der in Frage kommenden Geschäftsleute über den Charakter der gelben Bewegung nicht informiert sind. Deshalb ist es notwendig, daß die organisierten Arbeiter die Geschäftsinhaber darüber aufklären, wie die Arbeiterschaft über Herrn Lebius und dessen Vund denkt.

Um das zu ermöglichen, geben wir nachstehend die Firmen bekannt, die vom „Vund“ empfohlen werden:

Abzahlungsgeschäfte: Juhre u. König, Warschauer Straße Nr. 68. Arbeiterbeleidigung: Köhnen u. Jöhning, Alexanderstraße 12. Badeeinrichtungen: *Moosdorf u. Hochhäuser, Sanitätswerke, B., Bülowstr. 22. Beerdigungsanstalten: *Orienstein, Jütius, Potsdamer Straße 67.; *Kersten, F. O., Französischestr. 15. Bettfedern: Lustig, Gustav, Pringelstr. 48.; *Schönert, A., Otanienstr. 122. Brauereien: *Phönix-Brauerei A. G. Brennmaterialien: „Glückauf“, Brennmaterialien-Vertriebsgesellschaft, Friedenau, Hauptstr. 65. Lampen und Kronen: *Neuendorf, O. P., Blücherstr. 12.; *Schenk, Paul, Reichenberger Straße 30. Möbelgeschäfte: *Eberhardts Möbelfabrik, Friedrichstraße 165a.; *Höfner, Rudolf, Veteranenstr. 26.; *Kernien, F., Neue Schönhauser Straße 19.; *Möbel-Kaufhaus „Nordens“, Müllerstr. 151.; *Schröder, W., Lindenstr. 11/12.; *Zech, J., Kleine Andreasstr. 9. Rohwaren: *Rehner, Wilh., Gr. Frankfurter Straße 22. Rüststoffe: *Kühle, R., Rorichplatz.; *Rusthaus „Osten“, Vorhogener Straße 2. Optiker: *Lange, A. G., Brunnenstr. 167. Buchhandlungen: *Barthmann, Friedr., Thomastischstr. 27. Damen- und Mädchenkonfektion: *Baumgarten, Rob., Hauptvogelplatz 11 I.; *Jordan, Willibald, Turmstraße 18. Drogen, Parfümerien usw.: *Schindler u. Löwenstein, Bülowstr. 21. Eisenwaren: *Wolf, Carl, Turmstr. 59. Fahräder: *Fahrad-Reiser, Weinmeisterstr. 2 u. 5. Heilanstalten: *Institut für Sauerstoffheilverfahren, Schöneberger Straße 26. Holzwaren: *Belghaus zum Bären, Schulze, M., Friedrichstr. 201. Buchgeschäfte (Damenhüte): *Rehner, Wilh., Gr. Frankfurter Straße 22. Schneidermeister: *Fabian, Jul., A. O., Gr. Frankfurter Straße 37, A. O., Turmstr. 18.; *Vieten, Carl, Wilhelmstraße 22a. Straßenschilder und Reiser: *Belghaus zum Bären, Schulze, M., Friedrichstr. 201. Schuhwaren: *Stoll, R., Brunnenstr. 137. Leppide: *Lefebvre, Emil, Oranienstr. 158. *Pauerhof, R., Gr. Frankfurter Straße 9. Heilmittel: *Biocitin-Fabrik G. m. b. H., Weisenaustr. 60. Herren- und Anabenkleidung: *Hoffmann, S., Charlottenburg, Wilmersdorfer Straße 12.; *Weinweber, Bernw., Köllnischer Fischmarkt 4/5. Hygienische Artikel: *O. Streubel, Franzstr. 13/14. Kaufhäuser: *Kaufhaus S. Richter, Charlottenburg, Tauroggenstr. 8.; *Kaufhaus Jacob, Charlottenburg, Berliner Straße 142. Klaviere: *Emmer, Wilh., Seydelstr. 20. Kolonialwaren: *Gerull, Fritz, A. O. 87, Weußelstr. 75. Warenhäuser: *Straff u. Dehn, Charlottenburg, Wilmersdorfer Straße 118. Weine und Liköre: *Schadow, H., Gollnowstr. 45. Zahnbehandlung: *Bade, Emil, Kastanienallee 103.; *Berlin, Johannes, Stephanstr. 17 I.; *Herod, Herm., Elshäfer Straße 97.; *Jordan, Alfred, Fennstr. 61. Zigarettenfabriken: *Garbath, J., Berlin-Pankow.; *Janina, Christburg, Straße 22. Zigarrengeschäfte: *Franz, Albert, Charlottenburg, Holzendorferstr. 19.; *Juhl, Paul, 175 Zweiggeschäfte; *Reiser, A. G., Neue Schönhauser Straße 16.; *Werner, A., Kaiser-Wilhelm-Straße 18.

Man sieht, groß ist die Zahl der Lieferanten von 52 M. pro Jahr für Herrn Lebius bisher noch nicht geworden. Immerhin wird er seine Bemühungen fortsetzen, und es liegt nur im Interesse der zumeist den öffentlichen Dingen völlig fernstehenden Geschäftsleute, wenn sie darüber aufgeklärt werden, daß eine Annonce im „Vund“ des Herrn Lebius für sie bei der großen Masse der Arbeiterschaft keine Empfehlung ist.

Der Streik der Leitergerüstbauer.

Nachdem am Montag und Dienstag die bürgerliche Presse die — natürlich falsche — Nachricht verbreitet hatte, daß der Streik beendet oder eine Einigung und Verständigung herbeigeführt sei, bringen die Zeitungen (zum Teil dieselben) am Mittwoch wieder Berichte von den streikenden Gerüstbauern, und wieder wird, wie mehrmals schon, von allerlei groben Ausschreitungen der Streikenden erzählt. Herr Altmann, um dessen Firma es sich in diesem Lohnkampf handelt, schickte dem „Lokal-Anzeiger“ eine Schilderung der Streiklage (am Mittwoch in der Mittagsausgabe veröffentlicht), die durchaus nicht als zutreffend bezeichnet werden kann. Herr Altmann gesteht selbst zu, daß er sich mit dem Malermeister Kruse nach dem Gewerbegericht begab. Natürlich mußte man annehmen, daß er zum Zweck von Unterhandlungen kam. Herr Altmann gesteht weiter zu, daß er sich bereit erklärte, seinen Kollegen die Frage der Unterhandlungen vorzulegen, er tat aber noch mehr, er wollte nämlich am Montag dem Gewerbegericht und dem Transportarbeiterverband Bescheid über die Streiknahme der Unternehmer zugehen lassen. Dies Versprechen hat er nicht gehalten, er hat im Gegenteil neuerdings erklärt, daß er an Unterhandlungen gar nicht denke, daß er eine Liste von den 21 Streikenden aufgestellt habe und davon 59 auswählte, die vielleicht wieder bei ihm arbeiten könnten; von diesen 59 seien aber 30 Mann noch mit einem Fragezeichen versehen. Das ganze Verhalten des Herrn Altmann ist ein recht zweideutiges und wurde von Herrn Malermeister Kruse, der sich um die Herstellung des Friedens bemühte, direkt als „unfair“ bezeichnet. Nicht wenige Malermeister glauben, daß Herr Altmann diesen Streik provoziert habe, um den Malern die Preise für die Gerüstbauten recht hoch zu setzen. Für diese Annahme würde sprechen, wenn es zutrifft, daß die Firma Altmann mit großen Holzfirmen feste Verträge geschlossen hat, um sich ein Monopol auf Gerüstholz zu sichern.

Was Herr Altmann in seiner Mitteilung an den „Lokal-Anzeiger“ von den Ausschreitungen der Streikenden erzählt, ist schon mehrmals widerlegt worden. Die Streikenden erklärten erst am Mittwochvormittag wieder, in einer Versammlung, die im „Volksbau“, Charlottenburg stattfand, daß sie mit den Erzeugern, die in der Regel von den Streikbrechern herborgehufen werden, nichts zu tun haben. Die Streikleitung läßt es sich stets angelegen sein, vor Ungeschehnissen dringend zu warnen. Mit der größten Entrüstung wiesen die Streikenden die Annahme bürgerlicher Blätter zurück, daß sie auf Pferde mit Messern eingestochen und ähnliche Taten verübt hätten. Die Streikenden sind der Meinung, daß diese infamen Lügenberichte durch die Unternehmer in die Presse gebracht werden, um die öffentliche Meinung aufzuregen und die Polizei nach Belieben gebrauchen zu können. Herr Altmann widerlegt in seinem Bericht an den „Lokal-Anzeiger“ sich selbst, indem er vor der Gerüstbauern in der „Neuen Welt“ am Montag erst eine Schaurmar erzählt, wie ein Hagel von Steinen und sonstigen Wurfgeschossen auf die Arbeitsstelle niederzufallen begann und zum Schluss gefiecht er zu: „und ich konnte mit meiner Mannschaft nach Charlottenburg fahren, ohne daß irgend jemand verletzt worden war.“ — Der Streik wird energisch fortgesetzt. Auf die Dauer kann die Firma Altmann, ohne sehr großen Schaden zu leiden, mit den Kräften, über die sie jetzt verfügt, ihre Geschäfte nicht führen.

wenn auch die Polizei der Firma noch so eifrig ihre Dienste leistet. Am Mittwochmorgen wurden in Charlottenburg wieder zwei Streikende verhaftet, als sie versuchten, mit einem Aufseher eines Gerüstwagens für Altmann zu sprechen. Die Polizei verweigert den Streikenden einfach das ihnen zustehende Recht der friedlichen Propaganda für ihren Streik.

Achtung, Steinarbeiter! Die Steinmehrer der Firma Friede, Kunststeinfabrik befinden sich in der Lohnbewegung. Zugang ist streng fernzuhalten.

Zentralverband der Steinarbeiter, Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Zur Bauarbeiteraussperrung.

In der Stadterordneten-Versammlung in Frankfurt a. M. lagen am Dienstag zwei Anfragen bezüglich der Aussperrung vor. Die sozialdemokratische Fraktion fragte an, welche Maßnahmen der Magistrat getroffen habe, um die Weiterführung der im Bau begriffenen städtischen Bauwerke während der Bauarbeiteraussperrung zu sichern. Zu der Begründung wurde angeführt, daß 21 städtische Bauten in Frage kommen und ein Eingreifen der Stadt nötig sei. Die Fortschrittler wollten Auskunft darüber, ob der Magistrat Schritte getan habe oder zu tun gedenke, um eine Einigung in dem Kampfe herbeizuführen. Die Aussperrung sei ein ungeheurer Schaden für das Wirtschaftsleben. Da sei es die moralische Verpflichtung der Behörde, den Versuch zu machen, ob eine Verständigung möglich ist.

Bürgermeister Grimm erkannte diese Pflicht der Stadt an, der Magistrat habe durch den Vorsitzenden des Gewerbegerichts diesen Versuch auch gemacht, leider aber ohne Erfolg. (Die Arbeitgeber ließen sich bekanntlich auf nichts ein.) Der Magistrat werde alles tun, um die städtischen Interessen auf Grund der abgeschlossenen Verträge zu wahren. Es liege aber keine Veranlassung vor, den Weg zu gehen, den Mainz eingeschlagen hat. (Uebernahme in eigene Regie.) Der Magistrat nehme eine abwartende Stellung ein und enthalte sich jeder Parteilichkeit. (?) Der Begründer der sozialdemokratischen Anfrage, Genosse Hopf, hatte auch darauf hingewiesen, daß bei der Stadtmairie kürzlich eingestellte Arbeiter wieder entlassen wurden, weil sie in den ausgesperrten Bauarbeiten gehörten. An ihrer Stelle wurden dann andere Arbeiter eingestellt. Auf diesen Fall ging der Magistratssekretär in seiner Antwort nicht ein, vielmehr, weil er die „Unparteilichkeit“ des Magistrats zu sehr zeigt. — Im übrigen atmet aus der Magistratsämter der Geist des konserverbaliden Frankfurter Oberbürgermeisters Dr. Abdes!

Der Bäckereistreik in Frankfurt a. M. ist aufgehoben. Es hat eine Verhandlung unter Vorbehalt eines Magistratsmitgliedes stattgefunden, in der die Bäckereimeister versprochen haben, den gesperrten Arbeitsnachweis wieder zu eröffnen und bei Neueinstellung auch die Mitglieder des Bäckerverbandes zu berücksichtigen.

Ausland.

Die ausländigen Grubenarbeiter.

Mons, 3. Mai. Wie aus dem Auslandsgebiet berichtet wird, hat sich die Zahl der ausländigen Grubenarbeiter heute noch vermehrt infolge der Arbeitseinstellung in Paturage. In Frammers freitagen alle Arbeiter. In Hornu sind 30 Genarmen eingetroffen. Von 33 000 Grubenarbeitern des Mittelbeckens streiken 13 000. Wie noch aus Kaloviere berichtet wird, dauert der Ausstand im Bezirk von Brarquesnes noch fort. Es ist sehr wahrscheinlich, daß der Ausstand noch größere Ausdehnungen annehmen wird, da die Ausständigen bereits durch fremde Unterstützungsgelder ermutigt werden. Zwischenfälle sind nicht zu verzeichnen.

Zum Generalstreik in Dünkirchen.

Bousquet, Mitglied des Komitees des Allgemeinen Arbeiterverbandes, teilte dem Präfeld mit, daß der Generalstreik solange andauern werde, bis der Konflikt zwischen den Baugewerkearbeitern und den Unternehmern geregelt sei. Der Präfeld antwortete, „er könne eine solche Sprache nicht dulden“, seine Pflicht sei, die Ordnung wieder herzustellen und die „Freiheit der Arbeit“ zu sichern. Diese Aufgabe werde er erfüllen. Er lehnte infolgedessen jede Unterredung mit den Streikführern ab, so lange der Generalstreik nicht beendet ist. Nach der Wiederaufnahme der Arbeit sei er bereit, eine Verständigung zwischen den Unternehmern des Baugewerbes und den Arbeitern herbeizuführen.

Zur Aufrechterhaltung der Ordnung sind im ganzen viertausend Soldaten eingetroffen. Die Zahl der Ausständigen beträgt etwa 12 000. Die meisten Läden, insbesondere die Banken, waren gestern geschlossen, da die Geschäftsleute erste Ruhestörungen befürchteten. Viele Straßen waren von den Truppen abgesperrt, die auch den Hafen und die Befestigungen besetzt hielten. Der Straßenbahnverkehr war vollständig eingestellt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Automobilunfall.

Döbeln, 4. Mai. (B. L. Z.) Auf der Chaussee bei Cheren fuhr heute das Automobil des hiesigen Kaufmanns Hindernagel, der selbst steuerte und einem Hunde ausweichen wollte, so heftig auf einen Kilometerstein auf, daß Frau Hindernagel herausgeschleudert wurde und alsbald verstarb.

Zum Tode verurteilt.

Paris, 4. Mai. (B. L. Z.) Diabuf, der am 6. Januar den Polizeibeamten Deray getötet und sechs andere verletzt hatte, um sich wegen einer früheren Verurteilung zu rächen, wurde heute von dem Schwurgericht zum Tode verurteilt.

Die Lage in Dünkirchen.

Dünkirchen, 4. Mai. (B. L. Z.) Der heutige Vormittag verlief ruhig. Die Arbeiten sind teilweise wieder aufgenommen worden; dagegen haben die Schriftsteller einen Solidaritätsausstand von 24 Stunden verkündet. Auch andere Gewerkschaften haben den Ausstand verkündet. Sechs Rundgeber sind wegen der Zwischenfälle mit Gefängnis bestraft worden.

Benzineexplosion.

Kgram, 4. Mai. (B. L. Z.) In der chemischen Fabrik des Vertheid Schwarz in der Jitca fand infolge Explosion eines Benzinkessels ein großer Brand statt, der die ganze Fabrik in Asche legte. Der Eigentümer der Fabrik erlitt lebensgefährliche Brandwunden. Ebenso sind mehrere Arbeiter verwundet. Die meisten Arbeiter, die in den oberen Stockwerken arbeiteten, konnten sich nur durch zum Teil lebensgefährliche Sprünge aus den Fenstern retten.

Ein Anabenschänder.

Budapest, 4. Mai. (B. L. Z.) Eine neue Skandalaffäre ist hier ruckbar geworden. Bei der Polizei wurden Anzeigen erstattet, daß der Schullehrer an der Elementarschule in der Badgasse Caspar Kosma mit seinen Schülern unzüchtige Handlungen begangen habe. Das verbrecherische Treiben kam erst dadurch an den Tag, daß einer der mißbrauchten Anaben schwer erkrankte und in das Hospital übergeführt werden mußte. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Reichstag.

79. Sitzung vom Mittwoch, den 4. Mai, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratspräsidenten: Dr. Lisca. Der Bericht der Reichsschuldenkommission wird debattelos an die Rechnungscommission verwiesen.

Die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Dr. Fabid (S.) wegen Verleumdung des Reichsaussenministers a. D. Henschel-Homburg wird entsprechend dem Antrag der Geschäftsordnungscommission verweigert.

Der Gesetzentwurf betreffend Aenderung des Postgesetzes (Gewährung von Poststempeln auch bei Einlieferung einfacher Pakete) wird in dritter Beratung debattelos angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung der Gesetzentwürfe betr. die Zuständigkeit des Reichsgerichts und Aenderungen der Rechtsanwaltsordnung.

Abg. Heine (Soz.):

wendet sich gegen die Bestimmung, daß die Revision gegen Urteile, durch welche über die Anordnung oder Aufhebung eines Arrestes oder einer einstweiligen Verfügung entschieden wird, nicht zulässig sein soll. Gerade in der letzten Zeit ist von solchen einstweiligen Verfügungen zumgunsten der Arbeiterbewegung Gebrauch gemacht worden, und es ist notwendig, in solchen Fällen bis ans Reichsgericht zu gehen.

Die Bestimmung wird angenommen. Abg. Kirch (Z.) wendet sich gegen die Erhöhung der Revisionssumme auf 4000 M.; es werden dadurch die kleinen Leute, deren Prozesse, wie die Statistik beweise, nur kleine Summen betreffen, der Revisionsinstanz beraubt.

Abg. Heine (Soz.):

Es bedürfte nicht der Heranziehung der Statistik, um zu wissen, daß die Prozesse kleiner Leute nur kleine Objekte betreffen und nach diesem Antrage nicht an das Reichsgericht kommen können. Wir sind deshalb gegen die Erhöhung der Revisionssumme. Interessant war, was gestern der Staatssekretär sagte, daß die Regierung diese Erhöhung gern beantragt hätte, dies aber nicht wagte. Ich muß ihr die Anerkennung dafür aussprechen, daß sie dies nicht gewagt hat, sondern die Verantwortung dafür den Parteien aus dem Hause überlassen hat. Diese Verantwortung bleibt auch den Parteien der Mehrheit. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Erhöhung der Revisionssumme wird mit den Stimmen der Rechten, der Nationalliberalen und eines Teils des Zentrums angenommen.

Eine Reihe weiterer Bestimmungen wird debattelos nach den Beschlüssen der Kommission debattelos angenommen.

Die Artikel VIII und IX sehen eine Erhöhung der Gerichts- und Anwaltskosten bei Revisions- und Berufungssachen vor.

Abg. Heine (Soz.):

Ich bitte noch einmal, davon Abstand zu nehmen, durch Erhöhung der Gerichtskosten und der Anwaltsgebühren die Berufung der obersten Instanz zu erschweren. Dieser Versuch, das Reichsgericht zu entlasten, ist eine PreSSION auf das rechtstuchende Publikum, die man geradezu unmarxistisch nennen muß. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Seh. Oberregierungsrat Delbrück: Diese Erhöhung der Gebühren ist nur eine Weiterentwicklung des geltenden Rechts; wenn übrigens das Reichsgericht nunmehr lediglich ein Gericht der reichen Leute wird, so können diese auch die Kosten bezahlen.

Abg. Schmidt-Warburg (Z.) wendet sich gegen die Erhöhung der Gebühren, die schon jetzt sehr hoch seien.

Abg. Heine (Soz.):

Die gesamten Anträge der Regierung laufen darauf hinaus, dem Publikum die Revision zu erschweren. Konsequenz wäre dann die vollständige Beseitigung der Revision. Diese will man nicht, weil die Entscheidung prinzipieller Fragen im Staatsinteresse notwendig sein kann, dann soll man solche Fragen durch einen besonderen Staatsgerichtshof auf Staatskosten entscheiden und nicht auf Kosten des rechtstuchenden Publikums, dem man nur den Schein eines Rechtes wahr. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Kirch (Z.) bekämpft gleichfalls die Erhöhung der Kosten.

Kleines Feuilleton.

Aus dem Leben Jean Mesliers. Eine der merkwürdigsten Gestalten in der Geschichte des Sozialismus ist der französische Landgeistliche Jean Meslier, der, 1692 Pfarrer zu Étampes geworden, dort bis an sein Ende in seinem Beruf tätig gewesen ist. Dabei trug er in sich Gedanken, die er nicht laut werden lassen konnte, ohne einem Martyrium zu verfallen, das unter den damaligen Verhältnissen niemandem genügt hätte: er war nämlich Freidenker, Republikaner und Kommunist. Seine innersten Gedanken kamen erst nach seinem Tode zu Tage im Gestalt seines „Testaments“, einer ausführlichen Bekundung der sozialrevolutionären Ideen des Verfassers und seines reichen inneren Lebens. Sein äußeres Dasein aber war im großen und ganzen ruhig verlaufen. Wir kennen überhaupt bloß einen Vorgang aus seinem Leben, der aus dem Rahmen des Alltäglichen herausfällt, und dieses interessante Ereignis scheint dann auch für Meslier folgenreicher geworden zu sein. Der Edelmann seines Pfarrdorfes, ein Herr v. Clair, hatte eines Tages einige Bauern mißhandelt. Meslier, dessen starkes Rechtsgefühl darüber entrüstet war, ließ am nächsten Sonntag den gnädigen Herrn im Kirchengebäude weg. Der Junter besaßte sich darauf beim Erzbischof von Rheims, gleichfalls einem Adligen, und bekam natürlich recht: Meslier sollte Abbitte leisten und für den Edelmann beten. Dies tat denn Meslier nun auch am nächsten Sonntag sehr angelegentlich: „Das ist das Schicksal der armen Landpfarrer“, rief er aus. „Die Erzbischöfe, große Herren wie sie sind, verachten und klammern sich nicht um uns. Sie haben nur Ohren für den Adel. Lasset uns also für den Herrn des Dorfes beten. Lasset uns Gott um seine Befehle bitten, daß er ihm nicht mehr in die Sünde fallen lasse, die Armen zu mißhandeln und die Waisen zu berauben.“ Mit diesem Gebet war der gnädige Herr nun auch nicht zufrieden. Er besaßte sich wieder über den Pfarrer, und dieser bekam einen neuen Verweis. Der Streit scheint sich hinausgezogen zu haben; denn es heißt, daß Meslier schließlich aus Verdruss über die Mißhandlung durch seine Vorgesetzten freiwillig Hungers gestorben sei. So begreift man, wie er in seinem „Testament“ dem Standpunkt jenes Mannes beitreten kann, der da den Bann über die großen Herren der Erde mit den Gedärmen der Pfaffen aufgehängt würde, Meslier hätte die Unterdrückten, weil er die Menschen liebte.

Streik und Bibliotheksbrennung. Wie das „Folkbibliotheksblad“ (VII. 4) mitteilt, machte sich voriges Jahr in Schweden während des Generalstreiks ein hartes Anwachsen in der Benutzung der Volksbibliotheken bemerkbar. In der Arbeiterbibliothek zu Stockholm z. B. sah man sich gezwungen, die Ausleiher von 8 auf 7 und schließlich auf 11 Stunden täglich zu vermindern,

Die Abstimmung, bei welcher das Zentrum und die Sozialdemokraten gegen die Erhöhung stimmten, die anderen Parteien dafür, bleibt zweifelhaft; sie erfolgt nunmehr durch Hammelstimmung und ergibt die Annahme der Erhöhung der Kosten und Gebühren mit 203 gegen 98 Stimmen.

Ein Antrag Jund (natl.), das Gesetz am 1. Juni 1910 in Kraft treten zu lassen, wird angenommen.

Artikel XII gestattet die Zuziehung von Hilfsrichtern zum Reichsgericht bis zum 31. Dezember 1913, und zwar aus den Mitgliedern der Oberlandesgerichte und Landgerichte.

Auf Antrag des Abgeordneten Kirch (Z.) wird zugefügt „sowie von Amtsrichtern“.

In einer Resolution wünscht die Kommission, daß in den Etat Mittel für einen weiteren Senat beim Reichsgericht eingestuft werden.

Staatssekretär Lisca: Die Verbündeten Regierungen erwarten, daß durch die Hilfsrichter und durch die Erhöhung der Revisionssumme die Entlastung des Reichsgerichts erreicht werden wird. Sollte das nicht der Fall sein, so sind sie damit einverstanden, die Entlastung durch Vermehrung des Richterpersonals zu erreichen, nicht durch weitere gesetzgeberische Maßnahmen.

Abg. Heine (Soz.):

Die Erklärungen des Staatssekretärs, daß nun unwiderruflich zum letzten Male die Revisionssumme erhöht sein soll, nehmen wir entgegen und hoffen nur, daß diesem unwiderruflich letzten Male nicht ein unwiderruflich allerletztes Mal folgen wird. Die Erklärung des Staatssekretärs soll offenbar dazu dienen, diejenigen zu entlasten, welche mit der Erhöhung der Revisionssumme eine schwere Verantwortung auf sich geladen haben.

Die Klärstände beim Reichsgericht sollen durch die Hilfsrichter aufgearbeitet werden, weiter sollen diese nicht; das Prinzip, daß Hilfsrichter beim Reichsgericht nicht als dauernde Institution mitwirken, soll festgehalten werden; darüber war man sich in der Kommission einig. Um den Zuwachs an neuen Sachen zu bewältigen und einzuschränken, ist leider die Erhöhung der Revisionssumme beschlossen und die Vermehrung der Senate ist in die zweite Reihe geschoben; deshalb wünscht die Mehrheit diese Gegenblattsresolution, die wir nicht ablehnieren würden, wenn wir nicht annehmen, daß der Reichstag damit den Willen ausdrückt, sich nicht auf eine weitere Erhöhung der Revisionssumme einzulassen; denn daß die Aenderung der Zivilprozessordnung schon bis zum 31. Dezember 1913 Gesetz werden wird, glaube ich nicht.

Die Resolution wird angenommen. Beim Entwurf betreffend Aenderungen der Rechtsanwaltsordnung bemerkt

Abg. Heine (Soz.): Die Bestimmung, daß im Bezirk eines Oberlandesgerichts zwei Anwaltskammern errichtet werden können bei mehr als 1000 Anwälten, richtet sich gegen die Berliner Anwaltskammer. Den Anträgen gegen die Berliner Anwaltskammer hat sich in der Kommission niemand angeschlossen, sondern die Kommission hat diese Bestimmung aus rein praktischen Gründen, denen auch wir zustimmen, eingefügt.

Die Bestimmung wird angenommen, bedingten debattelos der Rest des Entwurfs.

Es folgt die dritte Beratung des Entwurfs eines Stellenvermittlergesetzes.

In der Generaldiskussion wünscht Abg. Dr. Pieper (Z.), daß die Regierung auf die Vermehrung der öffentlichen Arbeitsnachweise mit partieller Befugung hinwirkt. Staatssekretär Delbrück sagt dies zu, es sei auch bisher schon in allen größeren Bundesstaaten, speziell in Preußen, geschehen.

Bei § 2, der das Gewerbe eines Stellenvermittlers konfessionspflichtig macht, warnt

Abg. Raempp (fortsch. Sp.) vor einer Monopolisierung. Der in zweiter Lesung eingefügte § 4aa, welcher einigen Bestimmungen rückwirkende Kraft verleiht, wird auf Antrag des Abg. Dr. Wagner (L) gestrichen.

Der von der Kommission eingefügte zweite Absatz des § 11 lautet:

„Ueber die Frage, ob für eine Stellenvermittlung die §§ 1—10 gelten, entscheidet im Zweifel die Landeszentralbehörde oder die von ihr bezeichnete Behörde endgültig. Die Entscheidung ist für alle Gerichte und Verwaltungsbehörden verbindlich.“

Abg. Dr. Wagner (L) beantragt, die Worte „oder die von ihr bezeichnete Behörde“ zu streichen.

Abg. Schütz (Sp.) schließt sich diesem Antrage an.

Abg. Schmidt-Berlin (Soz.):

Ich beantrage, den ganzen Absatz 2 zu streichen. Bisher

und trotzdem war der Zubrang noch immer so groß, daß die Benutzer Reize bilden mußten! Von 7834 Ausleihungen im Juli 1909 stieg deren Zahl im August auf 26 918! Im Monat August allein traten mehr als 2000 Entleiher zu den alten hinzu, und die Anzahl der ausgetretenen beherrschenden Bücher stieg von 14,2 Prozent auf 21,5 Proz. der gesamten Ausleihsumme. Die allhol-generische Literatur wurde zehnmal so stark entliehen wie zuvor — bekanntlich war der Ausdank von Spirituosen usw. auf Wunsch der Arbeiterschaft während des Streiks von der Regierung verboten worden. Im Lesesaal waren sämtliche Plätze vom Morgen bis zum Abend besetzt, und was von der Stockholmer Arbeiterbibliothek berichtet wird, das haben die anderen Volksbibliotheken der Hauptstadt sowohl wie im übrigen Schweden bestätigt.

Man ersieht aus diesen interessanten Mitteilungen über das starke Anwachsen der Bibliotheksbrennung durch die schwedische Arbeiterschaft während des Generalstreiks, daß die bekannten Anwürfe der Bourgeoisie (die man um den 1. Mai besonders häufig zu hören bekommt): „die Arbeiter würden bei Arbeitszeitverlängerung doch nur auf „Dummheiten“ und „Ausgeschweifungen“ verfallen — jeder Verechtigung entbehren. Das Proletariat sehnt sich nach Wissen und Bildung; ihm fehlt in normalen Tagen, wie es im Dehmelischen Liede so schön heißt: „nur Zeit, nur Zeit!“

Unser Weistiftholz. Woher stammt unser Weistiftholz? Diese interessante Frage beantwortet die Wiener Zeitschrift „Neueste Erfindungen und Erfahrungen“. Das Holz unserer Weistifte wird von den Fledern geliefert. Die berühmten Libanon-Fledern sind zwar noch nicht ausgerottet, aber im Laufe der Jahrtausende in ihrem Bestand doch derart zusammengeschmolzen, daß sie für industrielle Verwendung kaum mehr in Frage kommen. Unser Weistiftholzlieferant ist die rote Feder, die in den Vereinigten Staaten von Nordamerika außerordentlich verbreitet ist.

Die rote Feder paßt sich dem Klima vorzüglich an, so daß sie sowohl in den nördlichen kalten Gegenden um den Ontariosee, wie auch im Südosten auf der schon mit beinahe tropischem Pflanzenwuchs gelegenen Halbinsel Florida gedeiht. Im Westen setzt das Fledengebirge der roten Feder ein Ziel, während sie im Osten bis an die Ufer des Atlantischen Ozeans kriecht. Die stärksten und bedeutendsten Fledernwälder finden sich in den Staaten Florida und Tennessee; wie die Abteilung für Forstwesen im Landwirtschaftsministerium der Vereinigten Staaten kürzlich festgestellt hat, würde es nicht schwer fallen, dem Baume weitere Verbreitung zu schaffen. Das Holz der roten Feder zeichnet sich dadurch aus, daß es infolge seiner hervorragenden Beschaffenheit und großen Festigkeit der Fäulnis einen überaus starken Widerstand entgegensetzt.

Englische Mohammedaner. Die Moschee, die von den Engländern in Liverpool gebaut worden ist, wird von wirklichen Mohammedanern nur selten besucht, da alle Orientalen, die England zu ihrer zweiten

Heimat gemacht haben, in London leben. Dafür dient diese merkwürdigste aller Moscheen den muslimanischen Engländern als religiöser Sammelplatz. Die Engländer sind nämlich zu der Ueberzeugung gelangt, daß es noch nicht genug ist, daß auf den britischen Inseln etwa 150 verschiedene Sektten ihrer Wesen treiben; etwa 1000 Einwohner von Liverpool haben sich daher zusammengetan, um zum Glauben Mohammeds überzutreten. Ueber diese wenig bekannte religiöse Gemeinschaft entnehmen wir der „Islamic World“ einige interessante Einzelheiten: Abgesehen von der Polygamie, die in England offiziell nicht gestattet ist, beobachten die Muselmanen von Liverpool gewissenhaft alle Vorschriften des Korans. Geben sie doch sogar ihren Kindern Vornamen, wie man sie sonst nur in türkischen, arabischen und persischen Ländern zu hören bekommt. Wenn man sie fragt, was sie zum Propheten hingezogen hat, antworten sie gewöhnlich, daß auf sie die Wichtigkeitsgehe des Korans und das strenge Verbot jeder bildlichen Darstellung des göttlichen Wesens den größten Eindruck gemacht haben. Mit der Moschee sind verbunden eine Knaben- und eine Mädchenschule, eine Bibliothek, ein Museum, ein Krankenhaus, eine Buchhandlung und ein Vortragssaal, in welchem Vorlesungen über orientalische Sprachen und Literaturen gehalten werden. Außer der „Islamic World“ veröffentlicht das muslimanische Institut wöchentlich erscheinende Berichte. Auf der vor der Moschee befindlichen Terrasse sieht man ein monumentales Grabmal für die Familie des englischen Scheich-ul-Islam, Abdullah Quilliam; in diesem Grabe wird einst auch Abdullah selbst ruhen, wenn es Allah gefallen haben wird, ihn bei den Haaren zu packen und zum Paradiese und den lieblichen Quris emporzuziehen.

Humor und Satire.

Reid.

Reidisch schaut von den Franzosen mancher wohl nach Deutschland hin, stammend ob der beispellosten roten Massendiskiplin.

Daß verwendbar auf der Straße jener „Bürger Erwinning“ sei, so etwas fällt kaum zum Späße deutschen Proletariats bei...

Reidisch schaut nach den Franzosen mancher Deutsche seinerseits: Unbezahlabar sind die Chosen! raunt die Stimme seines Reids.

Wenn doch so ein recht verächt'ger Kerl bei uns auch wär', Herrsch! Ru' nem Blutbad wähl' ein prächt'ger Vorwand wäre so'n Herzbl!

Zustimmung bei den Liberalen.) Ich meinerseits kann nicht die Hand dazu bieten, daß Rechtsmittel, die sich auf dem Rechtsweg nicht anfechten lassen, auf dem Wege der Gesetzgebung befreit werden.

Nicht Herr Erzberger, wohl aber Herr Laitmann hat die Parteipolitik in die Kolonialfrage gebracht. Ich habe Herrn Laitmann gewarnt und ihn gebeten, nicht die Einheit der nationalen Parteien in Kolonialdingen zu stören. Meine Bitte war vergebens. Was haben die Führer der Partei erreicht, indem sie sich in den heimischen Parteistrußel stürzten? Sie haben nur erreicht, daß der ganze Reichstag gegen die Stellung nahm. Ich weiß, daß ich dort unten in Südwestafrika nicht beliebt bin. Aber ich glaube, es kommt noch die Zeit, da man dort fragen wird: „Gott erhalt uns den Tyrannen, den Tyrannen Dionys“ (Stürmische Heiterkeit im ganzen Hause.)

Das deutsche Volk kann sich allgemein nicht mehr durchfinden durch diese unergieblichen kolonialpolitischen Zustände. So möchte ich denn hier vor Reichstag und Volk feststellen, daß ich hier stets eingetreten bin für die Intaktheit der Verträge, für die Unverletzlichkeit der Autorität des Reiches und der Behörden, für die Unverletzlichkeit des Eigentums, für die wirtschaftliche Entwicklung der Kolonien unter bestmöglicher Verschäftigung des heimatischen Kapitals. Das sind die Grundzüge, die ich vertreten habe und die ich stets vertreten werde. (Lebhafte Beifall bei den Liberalen, auf den Lachen und Rufe bei den Antikemlern folgt, darauf erneuter stürmischer Beifall bei den Liberalen. Eifriges Schweigen rechts und im Zentrum.)

Abg. Dr. Semler (nat.): Wer gegen die Politik des Abg. Erzberger auftritt, muß es sich gefallen lassen, von ihm persönlich verunglimpft zu werden. (Unruhe im Zentrum, Zustimmung bei den Nationalliberalen.) Er hat mir vorgeworfen, in den Ausschüssen einer Handgesellschaft eingetreten zu sein; dabei hat er mir feinerzeit, als ich ihn um Rat fragte, gesagt, er könne nichts, wogegen etwas einzuwenden sei, in der Uebernahme solcher Stellung erblicken. (Hört! hört! bei den Nationalliberalen.) Ich habe diese Stellung nicht aus eigennütigen, sondern aus patriotischen Gründen übernommen. (Zustimmung bei den Nationalliberalen.) Weiter ruft er mich als Kronzeuge dafür an, daß der neue Vertrag unter der moralischen Verantwortung des Reichstages abgeschlossen sei. Ich muß als Kronzeuge aber das Gegenteil sagen. (Heiterkeit links.)

Abg. Dr. Wiemer (Fortf. Sp.): Der Reichstag hat weder formelle noch moralische Verantwortung für den neuen Vertrag mit der Kolonialgesellschaft. Aber da er den von der Budgetkommission gewünschten Maßnahmen Rechnung trägt, hat der Reichstag keine Veranlassung, von neuem Schwierigkeiten zu erheben. (Lebhafte Zustimmung bei der Volkspartei und den Nationalliberalen.)

Abg. Erzberger (Z.): Was die Nationalliberalen an persönlicher Verunglimpfung gegen ihre politischen Gegner geleistet haben, kann von anderen nie erreicht werden. (Lebh. Zustimmung im Zentrum, Unruhe bei den Nationalliberalen.) Als ich Herrn Dr. Semler sagte, ich habe kein Bedenken gegen sein Eintreten in eine Kolonialgesellschaft, fügte ich hinzu, ich müsse es in einem solchen Fall dem persönlichen Takt des betreffenden Abgeordneten überlassen, wie weit er sich dann in solchen Fragen parlamentarisch betätigen will. — Der Staatssekretär warf mir vor, ich trage alles nur halb vor. Wie lange soll ich denn sprechen? (Große Heiterkeit.) Ich spreche manchen meiner Freunde schon zu lange. (Erneute Heiterkeit.) Wegen dem Vorwurf, daß ich wichtige Punkte wesentlich nicht mitteile, verwalde ich mich ganz entschieden. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum); am allerwenigsten hat der Staatssekretär dazu Veranlassung, dem ich in der Budgetkommission durchweg die größten Wahrheiten mitgeteilt habe. — Der Staatssekretär stellt sich als Anstandelehrer hin und sagt, er stehe der Gesellschaft gegenüber auf dem Gefährdungspunkt; diese Fragen sind aber nicht vom Boden des Gefährdungs, sondern vom Boden des Rechts zu entscheiden. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.)

Abg. Ledebour (Soz.):

Ich habe zunächst die Erklärung abzugeben, daß wir, nachdem unser Antrag die Kriegskosten auf die Interessenten abzuwälzen, abgelehnt ist, selbstredend gegen die Vorlage stimmen werden. Herr Semler sagte, in der Budgetkommission sei ihm der ungerechtfertigte Vorwurf gemacht, daß er in den Ausschüssen einer kolonialen Erwerbsgesellschaft eingetreten sei. Ungerechtfertigt war dieser von mir erhobene Vorwurf nicht, es ist absolut unzulässig, daß der Vorsitzende einer kolonialen Erwerbsgesellschaft das Referat für diejenige Kolonie übernimmt, in welcher diese Erwerbsgesellschaft ihren Sitz hat, und das war der Fall des Abg. Semler. (Abg. Dr. Semler: Nein!) Als ich diesen Vorwurf erhob, waren Sie Vorsitzender der Gesellschaft „Südamerica“ und waren noch Referent. (Abg. Semler: Nein!) Dann haben Sie das Amt als Referent amittelbar vorher niedergelegt. (Abg. Semler: Nein!) Meiner Ansicht nach ist das Entscheidende, daß jemand, der überhaupt an einer kolonialen Erwerbsgesellschaft so hervorragend beteiligt ist, nicht als Mitglied der Budgetkommission bei den Fragen der betreffenden Kolonie mitwirken kann, denn er befindet sich der Kolonialverwaltung gegenüber nicht in einer vollkommen unbeeinflussten Stellung. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Das ist eben eine Sache des Gefährdungs, eine Sache des Tates, und wie wenig der Abg. Dr. Semler und ich und hoffentlich noch viele andere Mitglieder des Hauses in Bezug auf diese Tatsachen übereinstimmen, geht ja aus der Tatsache klar hervor: Als Herr Semler Bedenken geltend gemacht wurden, ob sich seine Stellung als Vorsitzender der Gesellschaft mit seiner Referentenstellung vereinbaren lasse, wo hielt er sich? Bei dem Herrn Kolonialsekretär Dernburg. (Abg. Semler: Nein!) Sie haben das ja selber mitgeteilt. Sie sagten ja, Sie seien zu dem Kolonialsekretär gegangen. (Abg. Dr. Semler: Nein, ich habe ihm geschrieben. Schallende Heiterkeit.) Darüber will ich mit Ihnen nicht streiten. Sie haben sich also in einer Eingabe an den Kolonialsekretär gewandt, dem gegenüber Sie sich nicht in unabhängiger Stellung befinden, und haben ihn getrotzt: Was meinen Sie, kann ich diese Stellung als Referent wohl behalten? Und da hat der Kolonialsekretär Ihnen geantwortet: Ja, gewiß! (Große Heiterkeit.) Aus dieser Tatsache geht hervor, daß in dieser Angelegenheit Herr Semler ganz andere Ansicht hat als ich und wie ich hoffe, die Mehrzahl der Mitglieder dieses Hauses. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Auf die Auseinandersetzung des Herrn Erzberger mit Herrn Dernburg will ich nicht eingehen. Ich will nur die Punkte berühren, die ganz unbeschadet unserer prinzipiell gegnerischen Auffassung als Sozialdemokraten zu der Kolonialpolitik und in eine unbedingte Gegnerschaft zu Herrn Dernburg bringen. Das ist einmal der Umstand, daß Herr Dernburg sich eifrig bemüht hat, den Einfluß des Reichstages auf die Kolonialpolitik möglichst zu beschränken. Der Konflikt, in den Herr Dernburg 1906 mit dem Zentrum geriet, hat zwei Seiten. Einmal wollte er den nicht korrekten Einfluß des Zentrums auf die persönlichen Momente der Kolonialpolitik beschränken, dann aber wollte er auch den Einfluß des Reichstages beschränken. Er und der Reichsfiskus haben damals das ganze Gewicht ihrer Stellung in die Waagschale geworfen gegen die unglücklichen subalternen Beamten, welche ihre Kenntnis von Rührhänden Abgeordneten mitteilten. Seit jener

draconischen Maßregelung

der beiden betreffenden Beamten ist den Abgeordneten die Information über Vorkommnisse in den Kolonien sehr erschwert. Denn natürlich hat sie einschärfend auf die Beamten gewirkt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr Dernburg stärkt eben die Autorität der bürokratischen Regierung gegenüber dem Parlament. Dahin gehören auch die Drohungen gegen die Beamten in Südwestafrika. Wir aber sind stets dafür eingetreten, daß die staatsbürgerlichen Rechte den Beamten nirgendso beschränkt werden, gleichviel ob sie in Deutschland oder in Afrika sind. Wir wollen diese Drangsalierungen mit Disziplinuntersuchungen nicht. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Das also ist einer der Hauptpunkte, der uns, abgesehen von unserer prinzipiellen Auffassung, von dem Staatssekretär trennt.

Ein zweiter Punkt ist folgender: Der Staatssekretär redet viel von der Förderung der kommerziellen Entwicklung. Dabei hat er aber in Südwestafrika die Eingeboreneninteressen auf das schlimmste vernachlässigt, er hat die Eingeborenen durchweg, soweit sie höhere kulturelle waren, vollständig proletarisieren, zu Sklaven für die Ausbeutung der Unternehmer herabgedrückt

und sucht sie in diesem Zustande zu erhalten. Dagegen legen wir entschieden Protest ein. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Angesichts dieser Differenzpunkte hat es mich gewundert, daß Herr Wiemer

diesem Mitglied der Firma Bethmann Hollweg

ein Vertrauensvotum ausstellt. Kein freibeitlich und fortgeschrittlich gesinnter Mann wird sich mit Herrn v. Bethmann Hollweg in eine Gemeinschaft begeben. Wenn er das tut und danach behandelt wird, so kann man ihm nur sagen, weshalb klettert er in die Galere hinein! (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Einem Kollegen des Herrn v. Bethmann Hollweg ein besonderes Vertrauensvotum für seine Politik auszustellen, noch dazu, wo zu dieser Politik diese beiden Dinge gehören, die

Zurückdrängung des parlamentarischen Einflusses und die Unterdrückung der Eingeborenen!

Aber Sie haben eben Vertrauen zu der kommerziellen Seite der Politik des Herrn Dernburg. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wollten Sie ihn nach idealen Grundzügen beurteilen, so müßten Sie ihn ebenso beurteilen wie wir. Jemanden, der so illiberale Verwaltungsgrundsätze hat, der den Reichstag so illiberal behandelt, der kann wohl die Bewunderung der konservativen erreichen, nicht aber die von liberalen Männern. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Aber Ihnen steht der frühere Blodgebanks noch so stark in den Knochen, daß Sie ohne jede Ueberlegung dies Vertrauensvotum ausstellen. Eine Partei, die so behandelt ist wie die Ihre (Zuruf des Abg. Dove) — Wissen Sie nicht, Herr Dove, daß Sie von der Regierung schlecht behandelt sind? (Schallende Heiterkeit.) Also eine so behandelte Partei dürfte keinem Mitglied dieser Regierung ein Vertrauensvotum ausstellen. (Lebhafte Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Freiherr v. Camp-Rassau (Rp.): Ich will nicht untersuchen, inwiefern der Sitz im Vorstand einer Erwerbsgesellschaft unvereinbar ist mit der objektiven Berichterstattung. Ich habe aber festzustellen, daß Abg. Dr. Semler das Referat über Kamerun, das ihm von der Kommission übertragen worden war, in einer Kommissionssitzung niedergelegt hat, in der Abg. Ledebour anwesend war. (Hört! hört! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Wiemer (Fortf. Sp.): Gegenüber Herrn Ledebour habe ich zu bemerken, daß ich nicht finden kann, daß Herr Dernburg irgendwie antiparlamentarische Tendenzen vertritt. Ich mache ferner darauf aufmerksam, daß wir in der vorjährigen Debatte im Einklang mit den Sozialdemokraten und dem Zentrum die Maßregeln des Staatssekretärs zugunsten der Eingeborenen (Zuruf bei den Sozialdemokraten: In Ostafrika!) gebilligt haben. — Auch die Sozialdemokratie stimmt doch bisweilen für Regierungsvorlagen, auch wenn sie in schärfster Opposition für Regierung steht. Der Blodzeit haben wir uns nicht zu schämen. (Bravo! bei den Liberalen.)

Abg. Ledebour (Soz.):

Herr v. Camp glaubt meine Ausführungen entkräften zu können, indem er Tatsachen anführt, die ich nie bestritten habe. Als Herr Dr. Semler zum Referenten über den ganzen — wohlverstanden über den ganzen — Kolonialetat ernannt wurde, waren seine Ausschüßqualitäten unbekannt. Als wir sie erfragen haben, wir sofort Lärm geschlagen und da war es, daß Herr Semler sich an den Staatssekretär wandte und dessen Meinung einholte.

Nun zu Herrn Dr. Wiemer. Gewiß haben auch wir für Regierungsvorlagen gestimmt, die wir für gut oder doch annehmbar hielten, auch wenn wir uns in schärfster Opposition zu der Regierung befanden. Hier aber handelt es sich um ein ganz allgemeines Vertrauensvotum für Herrn Dernburg. (Widerpruch des Abg. Dr. Wiemer.) Sie sagen, es sei kein allgemeines Vertrauensvotum gewesen. Das glaube ich selbst, daß Sie Herrn Dernburg nicht unterstützen würden, wenn er eine sozialdemokratische Politik betreiben würde. (Stürmische Heiterkeit.) Freilich wird Herr Dernburg in diesen Verdacht kaum kommen. (Große Heiterkeit.) — Wir machen es dem Freisinn zum Vorwurf, daß er Herrn Dernburg unterstützt, obwohl Herr Dernburg die parlamentarische Rechtsphäre einzuschränken sucht, obwohl Herr Dernburg mit der ganzen Wucht amtlicher Autorität machtlose Subalternbeamte zu zermalmen sucht, obwohl Herr Dernburg die Eingeborenen Südwestafrikas proletarisieren und kolonisieren. Jene Debatte, in der wir zusammen mit dem Freisinn die Dernburgsche Politik gegenüber den Eingeborenen gegen die Rassegeheimnisse der Rechte verteidigt haben, bezog sich auf Ostafrika. Für die Eingeborenen Südwestafrikas aber scheint die Fortschrittliche Volkspartei sich nicht mehr zu interessieren, obwohl sie doch für die Resolution auf Ausschaltung der dortigen Eingeborenen mit Land und Vieh gestimmt hat. (Lachen und Zustimmung bei den Freisinnigen.) Es ist schlimm, daß man auf liberaler Seite lacht, wenn es sich um die zermalnten und zertretenen Eingeborenen handelt. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Jene Resolution ist völlig wirkungslos geblieben — dank Herrn Dernburg, dem Liebling des Freisinn. Man verbietet den Eingeborenen das Halten von Vieh und erklärt dann: Sie brauchen kein Land, weil sie kein Vieh haben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir werden diese Kolonialpolitik stets und entschieden bekämpfen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Die Diskussion schließt und die Vorlage wird unverändert nach den Beschlüssen zweiter Lesung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Freitag 2 Uhr. Präsident Graf Schwerin schlägt als Tagesordnung vor: Dritte Lesung der Reichsgerichtsentlastung, Nachtragsetats, kleine Vorlagen.

Abg. Schöpsin (Soz.) bittet, auch die Petition der durch die Finanzreform geschädigten Ländholzarbeiter um Entschädigung auf die Tagesordnung zu setzen.

Präsident Graf Schwerin: Vorlesung liegt noch gar nicht der Bericht vor. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) Ich werde die Petition auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen setzen.

Es bleibt also bei der vorgeschlagenen Tagesordnung. Schluß 6 Uhr.

Soziales.

(Siehe auch 4. Beilage.)

Arbeiterschutzbestimmungen für Bauten.

Das neueste Ministerialblatt der inneren Verwaltung veröffentlicht eine von dem Minister der öffentlichen Arbeiten, dem des Innern und dem Handelsminister am 22. März gegebenen Erlaß, der sich auf die Ueberwachung der Bauten in Bezug auf die Einhaltung der bestehenden Arbeiterschutzbestimmungen bezieht. Der Erlaß lautet:

Die auf den Erlaß vom 18. Dezember 1900 an mich, den Minister der öffentlichen Arbeiten, eingereichten Uebersichten lassen erkennen, daß der Ueberwachung der Bauten in Bezug auf die Einhaltung der bestehenden Arbeiterschutzbestimmungen (Unfallverhütungsvorschriften, Polizeiverordnungen über die Arbeiterschutz für Bauten, Verordnungen, Baupolizeiverordnungen usw.) von Seiten der Polizeibehörden jetzt eine größere Aufmerksamkeit zugewendet wird als in früheren Jahren. Die in einzelnen Gemeinden in dieser Beziehung getroffenen Anordnungen sind besonders vorbildlich und anerkennenswert.

Indes ist andererseits nicht zu verkennen, daß die polizeiliche Fürsorge in anderen Gemeinden — und zwar auch in solchen mit reger Bautätigkeit — auch jetzt noch viel zu wünschen übrig läßt. Im besonderen ist aufzufallen, daß die außertermindliche Kontrolle häufig noch von Exekutivorganen ausgeübt wird, die ihrer Vorbildung nach für die ihnen damit zugewiesenen Aufgaben nicht geeignet erscheinen. Die Befolgung einer großen Anzahl von Bestimmungen, die im Arbeiterschutzinteresse von besonderer Bedeutung sind, wie namentlich die über die Beschaffenheit und Konstruktion der Gerüste, die Abdeckung der Balken, und Trägerlagen, die Herstellung von Aufzügen, Hebezeugen, Hinderverrichtungen usw. kann nur von Personen beurteilt werden, die durch eine besondere technische Schulung dazu befähigt sind. Hierzu kommt, daß die jetzt häufige Anwendung der neueren Bauweisen (Eisenbetonbauten, Stahlfachwerke usw.) eine öftere Besichtigung der Ausführungen und des Materials durch beamtete Sachverständige erforderlich macht.

Aus diesen Gründen muß darauf gehalten werden, daß wenigstens in allen denjenigen Gemeinden und Polizeibezirken, in denen die Prüfung der Bauverordnungen in technischer Hinsicht zusammen mit den ordentlichen Wohnämtern und der außertermindlichen Kontrolle der Bauten ausreichende Beschäftigung für eine volle Kraft bietet, ein besonderer technischer Beamter tunlichst mit abgeschlossener Baugewerkschaftsbildung zur Anstellung gelangt.

Durch die den Berufsangehörigen gesetzlich obliegende Pflicht zur Anstellung von Aufsichtsbekanntwerden die Polizeibehörden von ihrer Verantwortung für die Ordnung und Sicherheit auf den Bauten nicht befreit.

Soweit die Anstellung einer eigenen technischen Kraft der Leistungsfähigkeit einer einzelnen Gemeinde oder eines Polizeibezirks übersteigt, wird sich eine Vereinbarung zur Anstellung eines gemeinschaftlich zu beschäftigenden Beamten mit einem oder mehreren benachbarten Bezirken einschließen lassen. Wir verweisen in dieser Beziehung, insbesondere auch wegen der Deckung der Kosten, auf den Erlaß des unterzeichneten Ministers der öffentlichen Arbeiten vom 24. April 1906 (Min.-Blatt 1906, S. 105).

In welchen Zwischenräumen die außertermindliche Ueberwachung der größeren Bauausführungen zu bewirken ist, richtet sich nach den örtlichen Bedürfnissen und der Zuverlässigkeit der Unternehmer. Im allgemeinen wird eine mindestens einmalige Besichtigung des Baues genügen, aber auch notwendig sein.

Um jederzeit einen Ueberblick darüber gewinnen zu können, wie oft die Besichtigungen vorgenommen sind, eruchen wir Anordnungen zu treffen, daß in allen größeren Gemeinden mit reger Bautätigkeit, jedenfalls aber in allen Städten und Baugemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern und den Vororten der großen Städte amtliche Aufzeichnungen darüber geführt werden, aus denen auch Zahl und Art der festgestellten Uebertretungen und die erfolgten Bestrafungen ersichtlich sein müssen.

Inwieweit in einzelnen Gemeinden das jetzt vorhandene Personal zur Wahrnehmung der erforderlichen intensiveren Baukontrolle nicht ausreicht, ist mit Nachdruck auf eine Vermehrung hinzuwirken. Sollten der Durchführung der von Ihnen in dieser Beziehung für notwendig erkannten Maßnahmen besonders von seiten leistungsfähigerer Gemeinden unzureichende Schwierigkeiten entgegengestellt werden, so ist gegebenenfalls der Weg der Zwangs-etatierung zu beschreiten.

Ebenso ist auch in den Bezirken, in denen die Bautenüberwachung von den staatlichen Behörden wahrzunehmen ist, eine Milderung der bestehenden Regelung als erforderlich, so sehen wir entsprechend begründeten Vorschlägen entgegen.

In Bezug auf die wegen der Uebertretung der Arbeiterschutzbestimmungen erfolgten Bestrafungen ist aufzufallen, daß deren Zahl im Verhältnis zu der Zahl der festgestellten Verstöße ziemlich eine außergewöhnlich geringe ist. Es wird zu erwägen sein, ob an Stelle der danach im allgemeinen geübten weitgehenden Milde nicht eine schärfere Praxis zu befolgen ist, um dadurch je länger je mehr eine gewissenhafte Beobachtung der geltenden Vorschriften sowohl seitens der Arbeitgeber wie auch der Arbeitnehmer zu erreichen.

Falsche Rechtsauskunft der „Morgenpost“ und des Arbeitgebersverbandes.

Zwei Buchbinder klagen am Dienstag vor dem Innungsschiedsgericht gegen die Grobdruckerei D. Sperling. Ihnen sind drei Stunden, die sie der Kontrollversammlung wegen Versäumnis hatten, vom Lohn in Abzug gebracht worden. Der Vertreter der Beklagten, Prokurist Jenner, bezeichnet die Ansprüche der Kläger für unzulässig und beantragt Klageabweisung. Er habe sich als Vorsitzender des hiesigen Tarifschiedsgerichts der Buchbinder an den Vorstand des Arbeitgeberverbandes in Leipzig gewandt. Der habe ihm mitgeteilt, daß solche Versäumnisse in keiner Leipziger Buchbinder bezahlet würden und eine Verpflichtung dazu auch nicht anerkannt werden könne. Auch an die „Morgenpost“ habe er sich um Auskunft gewandt, auch diese habe im Briefkasten geantwortet, daß die im Stundenlohn beschäftigten Arbeiter auf Bezahlung solcher versäumten Arbeitszeit Anspruch nicht haben.

Das Innungsschiedsgericht belehrte den Vertreter der Beklagten dahin, daß den Arbeitern ein solcher Anspruch nach § 618 B. G. B. zustehe, wenn er nicht ausdrücklich durch Vereinbarung im Arbeitsvertrage ausgeschlossen wurde. Die Forderungen von 1,86 M. bzw. 1,72 M. wurden daraufhin vom Vertreter der Beklagten anerkannt, worauf Anerkennnisurteil erging.

Stadtverordneten-Versammlung.

16. Sitzung vom Mittwoch, den 4. Mai, nachmittags 5 Uhr.

Vorsitzer Mischelet eröffnet die Sitzung nach 5¼ Uhr. Von der sozialdemokratischen Fraktion ist heute folgender bringender Antrag eingegangen:

„Der Magistrat wird ersucht, die städtischen Irrenhäuser anzuweisen, daß sie vor jeder Entlassung eines Geisteskranken auch seinen gesetzlichen Pfleger in Kenntnis zu setzen.“

Der Vorsitzende bemerkt: Wenn kein Widerspruch erfolgt, werden wir den Antrag heute am Schluß verhandeln. (Stadt. Rettig (A. L.): Ich widerspreche, da die Fraktionen darüber noch nicht beraten haben.) Dann kommt der Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung.

Stadt. Borgmann (Soz.): Ich bedauere aufs Lebhafteste, daß es heute nicht zur Entscheidung kommt, da es sich hier um das Leben eines Menschen handelt, der möglicherweise durch die Verhandlung, die wir hier führen, zum Tode gereicht werden kann. Es bestand leider keine Möglichkeit, die Versammlung vorher zu unterrichten. Sie täten im Interesse des Ansehens der Versammlung gut, den Widerspruch zurückzuziehen. (Stadt. Rettig: Ich ziehe ihn nicht zurück! Rufe Huil! Stand! Das nennt sich freisinnig! Das ist ja Charakterlos! Großer Lärm.)

Zur Feier des 100jährigen Bestehens der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin beschäftigt der Magistrat eine besondere Erziehung durch Ueberweisung eines Kapitals von 200 000 M. zur Errichtung einer Stiftung für Reisestipendien von nicht unter 1500 M.

Stadt. Dr. Jabel (Soz.) beginnt unter fort-dauernder Unruhe der Versammlung: Man kann ja wohl der Ansicht sein, daß auch die Stadt Berlin den Anlaß benutzte, um eine solche Stiftung zu machen; es läßt sich doch aber über die Notwendigkeit verschiedener denken. Darum beantragen wir Ausschüßberatung. Es soll sich um Reisestipendien für Studierende handeln, welche mit ihrem Studium fertig geworden sind und nun reisen sollen, um ihre Ausbildung zu vervollständigen. Denkt der Magistrat dabei etwa an Ausreisen nach Italien? Ein junger Mediziner, der sein Examen gemacht hat, wird kaum in die Lage kommen, nach auswärts zu gehen, wenn er nicht gerade Spezialist ist. Diese Zweifel machen Aus-

Schülerberatung notwendig. Es existiert das Bedürfnis, den außerordentlich begabten und nicht besitzenden Freischülern, die wir aus dem höheren Lehranstalten herauskommen sehen, die Möglichkeit zum Studium zu geben. Wir wissen nicht, ob darunter auch Arbeiterkinder sind, und wenn solche da sind, was wird nachher aus den Leuten? Ohne Unterstützung können sie doch absolut nicht weiter kommen. Hier liegt ein geradezu akutes Bedürfnis vor. Unter den Hunderttausenden von Volksschülern sind doch eine ganze Menge hochbegabter, deren Förderung ein eminentes Interesse der Allgemeinheit ist. Stellen wir schon eine größere Summe zur Verfügung, so können wir ganz anders eingreifen, wenn wir die Jinsen statt zu Reisestipendien dazu verwenden, um eine Anzahl armer junger Leute studieren lassen zu können.

Oberbürgermeister Kirchner: Wir haben wiederholt Summen für den von dem Vordriner erwähnten Zweck hergegeben; alle Semester erhalten eine ganze Reihe Studenten städtische Stipendien. (Stadtv. Dr. Jabel: Aber nur bis zu 500.) Diesmal haben wir geglaubt, einen anderen Vorschlag machen zu müssen. In einer Zeit, wo es gilt, den Gesichtskreis der jungen Leute mehr und mehr zu erweitern, erscheint es angezeigt, solchen, die bereits Studium und Examen hinter sich haben, Gelegenheit zu geben, sich in der Welt umzusehen. (Zustimmung.) Sollten Sie unseren Gedankengang für richtig, so stimmen Sie ohne Ausschussberatung zu! (Lebhafte Zustimmung.)

Stadtv. Mommsen (Dr. Fr.): Wenn man ein Geschenk macht, muß man es schlan und freudig machen. (Zustimmung.) Ich darf dem Kollegen Jabel versichern, daß es gerade an der Berliner Universität so viele Stipendien gibt, daß es einem armen Studenten, wenn er etwas leistet, immer noch möglich ist, sein Studium zu vollenden.

Stadtv. Dr. Jabel: Ich halte ja den Zweck auch für löblich, gebe auch zu, daß dadurch die Leute, wenn sie das Zeug dazu mitbringen, auch in ihrer Spezialbildung gefördert werden können. Aber was ist notwendiger, was der Magistrat vorschlägt, oder was ich als akutes Bedürfnis bezeichnet habe? Wenn wir nicht genug Anwärter für die vorhandenen Stipendien haben, so liegt das doch daran, daß Sie nicht verstanden haben, die Leute soweit zu bringen, daß sie überhaupt studieren. (Widerspruch.) Wir haben doch sicher hochbegabte Schüler, deren Eltern es unmöglich ist, sie zu studieren zu lassen. Bisher hat die Stadt nach der Richtung nicht getan, was sie tun könnte und tun sollte. Ich möchte gerade gern einmal erfahren, wieviel von den Freischülern Arbeiterkinder sind, wieviel die ganze höhere Schule durchmachen und wieviel nachher studieren. Das würde in einem Ausschuss zu erfahren sein. Wie schon wäre es, wenn die Stadt 100 arme Schüler studieren ließe!

Oberbürgermeister Kirchner: Daß wir nichts dafür getan haben sollten, muß ich bestreiten. Die Organisation der Realschulen von Gehmeitzl Vertam war gerade darauf zugeschnitten, den begabten Volksschülern den Weg zur Universität zu bahnen.

Stadtv. Cassel (H. L.): Allen, die studieren wollen, ohne die nötigen Substanzmittel zu haben, kann die Stadt und die heutige Gesellschaftsordnung überhaupt nicht entgegenkommen.

Der Antrag auf Ausschussberatung wird abgelehnt, die Vorlage angenommen.

Stadtv. Rettig (zur Geschäftsordnung): Nach reiflicher Überlegung bin ich zu der Ueberzeugung gekommen, daß es besser ist, den vorher erhobenen Widerspruch zurückzuziehen. (Beifall.)

Der sozialdemokratische Antrag kommt also am Schluß der Tagesordnung zur Verhandlung.

Auf dem städtischen Grundstück Lütticher Straße 67/68 soll eine Gemeindepfeilschule mit einer Abteilung für Nebenlassen, einem Wohnhaus und einer Gasverinspektion errichtet werden. Der Vorentwurf wird einem Ausschuss überwiesen.

Für die Fortsetzung und Beendigung des Baues des Ostbahns am Stralauer Anger

legt der Magistrat nunmehr die Spezialentwürfe für die Speicher, Lagerhallen, das Kraftwerk, die Verwaltung- und Kantinengebäude vor, sucht das Einverständnis der Versammlung mit der Unterstützung des Anschlusses unter der Straße Alt-Stralau nach (die Kosten erhöhen sich dadurch um 1 Million Mark) und beantragt die Bewilligung der von dem revidierten Kostenschätzung von 9 Millionen Mark noch erforderliche Restsummen von 6 640 000 Mark. Die Bewilligung soll vorläufig vorbehaltlich der Erstattung aus einer neuen Anleihe erfolgen.

Auf Befürwortung durch die Stadtv. Solms (Dr. Fr.), Runge (H. L.) und Werner (H. L.) wird die Vorlage einem Ausschuss von 15 Mitgliedern überwiesen.

Für den Ausbau des Kaiser- und Kaiserin-Friedrich-Krankenhauses, der von der Versammlung grundsätzlich schon im vorigen Jahre genehmigt ist, sind noch dem revidierten und erweiterten Vorentwurf 1 947 400 M. erforderlich.

Nach kurzer Debatte, an der sich von unserer Seite Genosse Dr. Wehler beteiligte, wird die Vorlage angenommen.

Die Sommerferien der Versammlung finden auch in diesem Jahre während der Monate Juli und August statt.

Der fall Mirski.

Stadtv. Dr. Cohn (Soz.): Die Angelegenheit, der der Antrag seine Entstehung verdankt, ist in den letzten Wochen lebhaft in der Öffentlichkeit, in den größten Zeitungen des In- und Auslandes und gestern auch im Abgeordnetenhause erörtert worden; aber auch die Stadt Berlin hat durchaus Anlaß, die Sache zur Erörterung zu ziehen. Im November 1907 wurde in Berlin ein Mann verhaftet, der sich Mirski nannte und dessen Name später als Terpetrowski festgesetzt ist. Er ist prozessiert worden wegen Verletzung des Sprengstoffgesetzes; zu einer materiellen Entscheidung kam es aber nicht, weil sich bei ihm Zeichen von Geistesstörung zeigten. Die erste Verhandlung vor dem Schwurgericht im April 1908 mußte deshalb unterbrochen werden. Der Mann wurde darauf in die städtische Irrenanstalt Dallberg gebracht und blieb dort eine Anzahl Monate, bis wohl der Polizeibehörde die dortigen Verwaltungsverhältnisse für solche Verbrecher nicht sicher genug erschienen und er nach Buch übergeführt wurde. Das ihm mitgegebene ärztliche Zeugnis lautete dahin, daß er sich in einer Geistesstörung befinde, deren Ende nicht abzusehen sei. In Buch wurde er festgehalten bis Februar 1909; da zeigten sich vermehrte Zeichen einer Besserung; wieder wurde Termin zur Hauptverhandlung angesetzt, aber kurz vor der Ueberführung zur Verhandlung nach Berlin bekam der Mann einen Tobsuchtsanfall. Die Staatsanwaltschaft hatte nun wohl den Mut verloren, sich mit dem Mann weiter zu beschäftigen. Es ist nach der Strafprozessordnung möglich, das Verfahren vorläufig einzustellen. Die Staatsanwaltschaft versuchte sich von der Irrenanstalt Buch ein neues Gutachten, und auf Grund desselben beantragte sie vorläufige Erledigung des Strafverfahrens. Das Gericht beschloß dementsprechend, das Verfahren einzustellen. Welche Rechtslage für den Kranken entstand, werde ich hier heute aus.

Das Berliner Polizeipräsidium stellte sich auf den Standpunkt, der Mann gehöre von jetzt ab ihm; es habe über ihn und seinen künftigen Aufenthalt zu verfügen. Ich beantragte, dem Mann, nachdem er geisteskrank geworden war, da ich ihn früher verteidigt hatte, einen Pfleger zu bestellen; das Gericht ernannte mich zum Pfleger und gab mir den Pflichtenkreis, mit den Behörden über die künftige Unterbringung und über sein etwa 1000 Mark betragendes Vermögen zu verhandeln. Ich habe der Irrenanstalt Buch und dem Polizeipräsidium mein Amt als Pfleger angezeigt, habe lebhaftest Verhandlungen über die Unterbringung mit dem Polizeipräsidium, wie auch mit dem Direktor der Irrenanstalt geführt. Meinen Anträgen an das Polizeipräsidium, mit dem Mann auszuantworten zur anderweitigen Unterbringung, begegnete die Behörde schlanweg abweisend. Die Sache hatte für das Polizeipräsidium eine Bedeutung angenommen, die über den gewöhnlichen Rahmen weit hinausging. Die höchsten russischen Behörden, das russische Ministerium des Innern und andere Zentralbehörden bemühten sich in Berlin, der Person des Mannes habhaft zu werden; das Polizeipräsidium verschloß sich auch dieser Anregung nicht und hat die ganze Aktion von Anfang an mit der Absicht geführt, den Mann, sei es als bestrafte,

sei es als unbefragtes Subjekt, nach Rußland auszuliefern, dem großen russischen Nachbarn einen Liebesdienst zu erweisen. Das ging und ja nun vielleicht nichts an, wir haben ja nur das Recht, die Polizeikosten zu bezahlen. Was uns aber interessiert, ist die tief beklagenswerte Tatsache, daß sich städtische Behörden gefunden haben, welche auf die Anregung der Polizei, den Mann möglichst schnell aus Berlin hinauszuschaffen, bereitwillig eingegangen sind. (Hört! hört!) Dabei kommen zwei Behörden in Betracht, die Armendirektion und die Irrenanstalt Buch. Polizei und Gericht standen von Anfang an auf dem Standpunkt, daß die Kosten der Unterbringung der Landesarmenverband Berlin zu bezahlen habe. Daß die Armendirektion nicht sehr enttäuscht war von der Aussicht, den Mann unabhäufig lange in Berlin zu behalten, kann ich verstehen; sie mag ja auch von Ausländern oft genug belästigt werden. Wenn also die Armendirektion die Gelegenheit ergreift, irgendwann einmal sich des Objektes ihrer Armenpflege zu entledigen, wird man nicht allzu hart mit ihr ins Gericht gehen können; aber einer richtigen Auffassung von ihren Aufgaben entsprach ihr Verhalten dennoch nicht.

Wenn sie auf die Anregung des Polizeiprääsidenten, den Mann doch ausweisen zu lassen, überhaupt eingegangen ist, so kann ihr der Vorwurf nicht ganz erspart werden, daß sie dabei in Verkennung ihrer humanitären Aufgabe gehandelt hat. Formell war ja die Armendirektion zum Antrage auf Ausweisung berechtigt, aber auch von diesem Rechte darf sie nur Gebrauch machen, wenn sie sich überzeugt, es werde dieser hilflose Ausländer nach der Ausweisung nicht weiter der Hilflosigkeit überlassen bleiben. (Unruhe.) Sie mußte, daß der

Polizeiprääsident die Ausweisung haben wollte;

es war kein gewöhnlicher Ausweisungsfall. Sie mußte sich auch soviel Kenntnis von russischen Verhältnissen verschaffen haben, um zu erkennen, in welche Verhältnisse der Auszuweisende hineinkäme. Aber weit übertroffen wird ihr Verschulden von dem Verhalten der Irrenanstalt Buch. Ihr hatte ich das vom Gericht mir übertragene Amt offiziell zur Kenntnis gebracht; in dem Reglement der Anstalt ist überdies bestimmt, daß auch dem Vormund von der Entlassung vorher Nachricht zu geben ist; die Anstalt konnte keinen Augenblick im Zweifel sein, daß ich auf die vorherige Benachrichtigung von der Entlassung des Kranken den allergrößten Wert lege, ich hatte auch die Gründe dafür dem Direktor genau auseinandergesetzt. Das Bureau würde auch die Vereinbarung, die ich darüber hinaus noch mit ihm getroffen hatte, eingehalten haben, wenn es ihm möglich gewesen wäre; der Sekretär Behardt würde mir diesen Gefallen bestimmt getan haben. Er hat es nicht getan, weil es ihm von der Direktion verboten worden war, und dies ist geschehen, weil sie sich vom Polizeiprääsidenten eine Anweisung dazu hat geben lassen. (Hört! hört!) Die Polizeiverwaltung hat sich herausgenommen, die Stadt Berlin auszuweisen, eine Uebertretung dieses Reglements zu veranlassen, obgleich es von der der Polizei vorgeordneten Behörde genehmigt worden ist. (Hört! hört!)

Uebrigens stößt man hier auf bewußte Uebertretung der verwaltungsrechtlichen Bestimmungen. Ich stelle die bedauerliche Tatsache fest, daß die Irrenanstalt Buch den Pfleger des Geisteskranken von der Entlassung vorher nicht benachrichtigt hat, sondern der

Anweisung des Polizeiprääsidenten

gefolgt ist, diese Benachrichtigung zu unterlassen. Einige Tage nach der Entlassung bekam ich einen Brief, worin es heißt: „Die vorherige Benachrichtigung ist auf Veranlassung des Polizeiprääsidenten unterblieben.“ (Lebhafte Rufe bei den Sozialdemokraten: Pfui!) Ich habe mit Sanitätsrat Dr. Richter vier- oder fünfmal über die Lage und das mögliche Schicksal des Kranken eingehend verhandelt und schon bei diesen Verhandlungen den Eindruck gewonnen, daß es diesem Beamten an dem nötigen Maß ärztlicher Humanität fehlt; und diese Wahrnehmung veranlaßte mich auch, noch eine ausdrückliche Vereinbarung über die Benachrichtigungen zu treffen. Der Herr hat von Anfang an die Stellung eingenommen, der Mann sei so, wie die Polizei und Staatsanwaltschaft behaupteten, ein schwerer Verbrecher, dem die größten Beschränkungen auferlegt werden müßten, da er als fluchtverdächtig signalisiert sei: „Was wollen Sie von dem Manne, er ist ja doch ein Verbrecher!“ Der Herr hat sich nicht als Arzt, sondern als Polizeibeamter gefühlt. Die Polizei hat ihn als lästigen Ausländer den russischen Behörden übergeben, und die russische Polizei braucht nun nach der Auslieferung nicht zu wissen, daß er hier zwei Jahre geisteskrank war.

In Rußland ist er jetzt unter Anklage gestellt worden wegen einer Straftat, die er vor drei Jahren begangen haben soll, und erst vor kurzem erfährt ich davon durch seinen Bruder, der bei mir anfragt, unter welchen Bedingungen er ausgewiesen sei. Ich mußte antworten, Bedingungen gibt es bei solchen Ausweisungen lästiger Ausländer überhaupt nicht. Der Staatsanwalt hat eine humane Auffassung bekundet, die ich bei den Polizeibehörden und in Buch nicht gefunden habe; er wollte an der Strafverfolgung eines Geisteskranken nicht mitwirken. Ich habe die Allen, die ich beschaffen konnte, nach Rußland geschickt und bekomme jetzt die Nachricht, daß die Anklage am 9. Mai vor dem Kriegsgericht in Tiflis verhandelt wird und daß die Anklage auf

Tob durch den Strang

lautet. Für jeden denkenden, gestifteten Menschen Bestenpost ist das russische Kriegsgericht in diesem Falle nicht schuldiger als die deutschen Behörden, die es dazu haben kommen lassen. Nachdem die ganze westeuropäische Zeitungs- und Lesewelt davon unterrichtet ist, daß täglich vier bis fünf Todesurteile in Rußland gefällt werden, mußte schließlich auch von dem Direktor in Buch erwartet werden, daß er Zeitungen liest und davon unterrichtet ist, daß die Rechtszustände in Rußland mit den auswärtigen keinen Vergleich aushalten. Er mußte mir die letzte Möglichkeit, die es noch gab, eröffnen. Das ist die Anklage, die gegen die städtischen Behörden zu erheben ist, die an der Sache beteiligt sind. Ein solches Verfahren muß ich als absolut unzulässig und als der städtischen Behörden unwürdig erklären. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Cassel: Die Einzelheiten der vorgezogenen Vorgänge waren uns nicht bekannt; wir müssen im allgemeinen darauf halten, von solchen Anträgen nicht überrascht zu werden. Ich selbst kannte zufällig den Sachverhalt von der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses her. Ich habe durchaus keine Sympathie für Leute, die mit Sprengstoffen herumfahren. Wenn es richtig ist, daß von der Ausweisung dem Pfleger keine Mitteilung gemacht wurde, wenn das in dem Reglement steht, und selbst wenn es nicht im Reglement stünde, muß ich meinerseits es für unethisch halten, daß mit dem Manne eine Manipulation vorgenommen wird, bevor dem Pfleger Gelegenheit gegeben wird, den Mann auf seine Kosten anderweitig unterzubringen. Und wenn das auf Anweisung der Polizei erfolgt, so war diese hierin in jeder Weise befugt, und ich muß bedauern, daß unsere städtische Verwaltung einem solchen Geiz nachgegeben hat. (Lebhafte Zustimmung.) Ich weiß nicht, wie unsere städtische Verwaltung der Polizei da hat folgen können. Was der öffentlichen Sicherheit dadurch genützt werden sollte, daß der Pfleger nicht angehört wurde, ist mir unverständlich. Unsere Beamten haben nach den Gesetzen und Reglementen zu verfahren und haben sich nicht von der Polizei veranlassen zu lassen, in Uebertretung dieser Gesetze zu handeln. Ich bitte Sie, dazu beizutragen, daß in Zukunft soweit wir mitwirken können, so etwas nicht wieder vorkommt; stimmen Sie für den Antrag. (Beifall.)

Stadtv. Kattisch: Wir haben keine Ahnung von der Sache und können sie auch gar nicht haben, denn der Irrenhausdirektor hat das Recht, Kranke aufzunehmen und zu entlassen; bei den vielen Hunderten von Kranken kann er nicht von jedem einzelnen Anzeige machen. Die Vorwürfe gegen den Direktor Sanitätsrat Richter kann ich nicht billigen.

Stadtv. Cassel: Die Benachrichtigung an den Pfleger ist, wie ich aus dem mir überreichten Aktenstück sehe, nicht von Dr. Richter, sondern von einem Dr. Werner gezeichnet. Der Magistrat

konnte gar keine andere Antwort geben als er gegeben hat; die Annahme des Antrages enthält auch keinen Tadel gegen ihn.

Stadtv. Dr. Cohn: Es war uns erst gestern nach Schluß der Verhandlungen des Abgeordnetenhauses möglich, uns schlüssig zu machen, und erst gestern Abend war uns bekannt geworden, daß die Befanntgabe an den Pfleger unterblieben ist. Wir haben auch sofort dem Magistrat eine Abschrift des Antrages eingereicht. Ich habe den Fall des Mannes so dargestellt, wie er dem Staatsanwalt nach der Anklage erschien. Der Mann selbst erklärte, daß Opfer eines agent provocateur, eines Lockspiegels zu sein.

Stadtv. Cassel: Um diese Fragen handelt es sich nicht. Den Magistrat zu verständigen wäre wohl Zeit gewesen, da der bez. Beschluß schon aus dem vorigen Oktober datiert.

Der Antrag Krons wird darauf anscheinend einstimmig angenommen.

Schluß gegen 8 Uhr.

Aus Industrie und Handel.

Zum Kampf um den Bierpreis.

Eine am Montag im städtischen Saale in Aulmbach abgehaltene vom Gewerkschaftsverein einberufene öffentliche Volksversammlung beschloß sich mit einer von den Brauereibesitzern Bierpreis-erhöhung von 4 Pf. pro Liter. Ueber 1000 Personen hatten sich eingefunden. Genosse Walter-Künzberg referierte. Er wies darauf hin, daß die beschlossene Biersteuer nur 100 Millionen Mark ausmache, die vereinigten Bierbrauer und Wirte jedoch aus dem Taschen der Konsumenten 550-700 Millionen Mark herausziehen wollten. Wenn sich die Wirte mit den Brauereibesitzern, gegen das Interesse der Konsumenten, dann müßten sie auch die Folgen tragen. Sie würden richtiger gehandelt haben, sich mit den Konsumenten gegen die Brauereien zu verständigen. Unter den obwaltenden Umständen könne es nur eins geben und das sei, durch strenge Beachtung des Bierboykotts die beschlossene Preissteigerung abzuwehren. Eine in diesem Sinne gehaltene Resolution wurde gegen eine Stimme angenommen. Anschließend wollten die Brauereien die Wirte zwingen, das Bier nicht billiger als nach ihren Festsetzungen zu verkaufen. Am Tage nach der Versammlung erklärte nämlich die Bierzubereiter einem ihrer Kunden, daß, wenn er Bier billiger als zu 12 Pfennig pro Glas verkaufe, er von der Lieferung ausgeschlossen werde. Da der Wirt von der Brauerei abhängig ist, gab er dem Druck nach. Werksührergerweise hat die Brauerei dem Wirt und gleichzeitig versprochen, daß, wenn er sich füge, sein Pachtzins ermäßigt werde. Damit hat die Brauerei die mit den anderen Brauereibesitzern getroffenen Abmachungen durchbrochen, denn ein Pachtzinsverlaß kommt einer billigeren Bierlieferung gleich.

Bankrott. Am 3. Mai hat die Ronsdorfer Bank Konkurs anmelden müssen. Vor wenigen Wochen erst hatte sie die Auszahlung von 6 Proz. Dividende für das Jahr 1909 beschlossen. In den vorausgegangen Jahren sind 7, 8 und 12 Proz. Dividende ausgeschüttet worden. Der Zusammenbruch soll für eine Reihe Geschäftsleute verhängnisvoll werden können. Die Ronsdorfer Bank teilt mit, daß, nachdem der Konkurs bereits angemeldet, aber Aufschub erlangt war, in letzter Stunde die Barmer Kreditbank sich noch bereit erklärt habe, an der außergerichtlichen Liquidation gegebenenfalls mitzuwirken. Es ist beabsichtigt, die Spareinlagen bis zu 100 M. unter Vorkauf der Barmer Kreditbank sofort auszugeben.

Aus der englischen Baumwollindustrie. In der Baumwollindustrie besetzen zweifellos gewisse Schwierigkeiten. Es scheint uns aber übertrieben, wenn der „Daily Graphic“ schreibt, daß wahrscheinlich in den nächsten Wochen eine Anzahl größerer Establishments in Lancashire die Betriebe gänzlich still legen würden. Die Meldung soll wohl als Schreckensrede auf die Arbeiter wirken, damit sie sich geduldig Lohnabzüge gefallen lassen.

Aus der Frauenbewegung.

Arbeiterinnen, hinein in die Organisation!

Die Zahl der weiblichen Erwerbstätigen steigt fortwährend. Das charakterisiert den Unfuh der herkömmlichen Lebensart verböhrtet Spießer, daß die Frau ins Haus gehöre. Die wirtschaftlichen Verhältnisse treiben immer weitere Kreise der weiblichen Bevölkerung in den Erwerbskampf hinein. So zeigte der Mitgliederstand der an das Reichsarbeitsblatt angeschlossenen Krankentassen in der Zeit vom 1. Januar bis 1. Februar 1910 eine Zunahme an weiblichen Mitgliedern von 0,91 Proz. Die Zahl der männlichen Mitglieder war umgekehrt gesunken. Eine geringere Zunahme von weiblichen Arbeitskräften war in demselben Monat des vergangenen Jahres zu verzeichnen. Und dieser bedeutsamen Erscheinung steht die traurige Tatsache gegenüber, daß in den meisten Gewerbebezirken bei dem Ueberangebot von Arbeitskräften nur eine äußerst schwache Nachfrage vorhanden ist. So z. B. in der Tabakindustrie, wo infolge unserer wahnwitzigen Steuerpolitik eine unfaßliche Einschränkung der Betriebe stattgefunden hat. Dabei muß man in Betracht ziehen, daß in der Tabakindustrie die weiblichen Arbeitskräfte an Zahl den männlichen ziemlich gleichkommen.

Nach der neuesten Berufszählung sind 9 1/2 Millionen aller Frauen in Deutschland, also fast die Hälfte aller Frauen, der Hauslichkeit entzogen. Ganz besonders gestiegen ist die Zahl der jugendlichen weiblichen Erwerbstätigen. So umfaßt allein die Fabrikarbeit in Berlin 20 Proz. der weiblichen Jugendlichen. Diese Zahlen allein sprechen Bände. Während nun die Wöhne der männlichen Arbeiter unter dem steten Druck der Kampfesorganisation immerhin relativ um einiges zugenommen haben, hat sich die Gesamtlage der Arbeiterinnen (soweit diese nicht von starken Organisationen mitgerissen wurden) nicht verbessert; die Entlohnung ist ziemlich die gleiche geblieben.

Die Lebensbedingungen der Arbeiterinnen haben sich infolgedessen erheblich verschlechtert. Nicht nur, daß die Arbeiterin infolge der rapiden Steigerung der Lebensmittelpreise ihrem Körper quantitativ und qualitativ nicht mehr die gleiche Nahrung wie früher zuführen kann, es sind auch die Preise für die Wohnung, Kleider, Wäsche usw. ganz enorm in die Höhe gegangen. So haben vor nicht allzulanger Zeit die Berliner Gewerkschaftsbeamten festgestellt, daß der Durchschnittslohn der Berliner Arbeiterin 11 M. betrage. Von derselben Stelle wurde gleichzeitig festgestellt, daß eine alleinlebende Arbeiterin, wenn sie nur die dringlichsten Bedürfnisse befriedige, also auf dem tiefsten Niveau der Lebenshaltung steht, mindestens 11,05 M. brauche. Inzwischen haben sich die Lebensverhältnisse wesentlich anders gestaltet, fast alle Warenpreise sind gestiegen, so daß die Gesamtlage der Arbeiterinnen eine überaus traurige und miserabile ist. Es bedarf noch vieler Mühe von Seiten der Arbeiterbewegung, um diese Zustände zu steuern. Vor allem bedarf es der Mitwirkung der Arbeiterinnen selbst, durch Anknüpfung an die gewerkschaftliche Organisation! Wenn der größere Teil der Arbeiterinnen den Verbänden angehört, können diese mit Erfolg für das Prinzip der gleichen Entlohnung für gleiche Leistung den Kampf aufnehmen.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Verband der Hausangestellten. Donnerstag, den 5. Mai, in den Industrie-Festhallen, Dentsstr. 20 I, abends 7 Uhr: Vortrag. Herr Jarnow: „Die Bedeutung der Kaiserin für die Hausangestellten.“

Sonntag, den 8. Mai, in den Industrie-Festhallen, Dentsstr. 20 I (großer Saal): 11. Stiftungsfest. Festrede: Herr Heinrich Schulz. Rezitation: Herr Emil Kühne vom Reichsdenkmal-Theater. Scherzreden, ausgeführt von Mitgliedern. Ball. Polonaise mit Ueberraschungen. Eintrittskarte 50 Pf. Anfang 6 Uhr abends.

Schöneberg. Himmelfahrtstag gemeinsamer Ausflug nach Schmargendorf. Treffpunkt donnerstags 1/2 10 Uhr im Lokal von Großer, Weininger Str. 8.

Kindermisshandlung.

Wegen gräßlicher, von Todeserfolg begleiteter Mißhandlungen ihres auferzählich geborenen Kindes ist dieser Tage die Kaufmannsrau Martha Wittmann zu Nizdorf abermals in Untersuchungshaft genommen worden...

Ein Lehrer als Sparrassenbesuchant.

Der Lehrer Jäger aus Gillerdorf (Schwarzburg-Sondershausen) unterschlug in zahlreichen Fällen die Gelder, die ihm Schullinder zum Sparen übergeben hatten...

Verfammlungen.

Eine öffentliche Versammlung der Berliner Markthallenstandinhaber, die am Dienstag stattfand, protestierte gegen die Erhöhung des Standgeldes...

Die Stadtverordneten waren zu der Versammlung eingeladen worden. Erschienen waren die sozialdemokratischen Stadtverordneten August Hinge und Waldeck Ranasse...

In einer Resolution, die zugleich als Petition gedacht ist, heißt es: „Die Versammelten erheben Protest gegen die in Aussicht genommene Erhöhung der Standgeldmiete.“

lichen Verhältnisse des größten Teiles der Standinhaber sind so schlecht, daß die Erhöhung für viele den wirtschaftlichen Ruin bedeuten würde. Die Folge würde sein, daß alle, die durch die hohe Miete vertrieben würden, ihre Existenz im Straßenhandel suchen würden...

Vermischtes.

Deulmeierei.

Man erinnert sich vielleicht noch der rührsamten Erzählung von der Audienz, die Fürst Wälow nach den Novemberereignissen bei Wilhelm II. gehabt hat. Er „heulte wie ein Schloßhund“...

Es war kein angenehmer Gang, den Fürst Wälow am Abend des 11. März, an einem Donnerstag, unternahm. Er fuhr zum Kaiser und hatte mit ihm eine fast zweistündige Unterredung...

In Homburg die Rückfahrt erfolgen sollte, wurde im letzten Augenblick noch ein Offizier als Gast mitgenommen und an dessen Stelle, da das Schiff überladen war, ein exprobiertes Steuermann ausgefüllt.

Ein deutscher Kreuzer im Sturm.

Nach der Meldung eines französischen Blattes herrschte seit fünf Tagen im Golf von Camaronas an der östlichen Küste Südamerikas ein furchtbarer Sturm. Das Unwetter erhob sich am 20. April, verstreute mehrere Dutzend Fischerboote...

Flug um den Straßburger Münster.

Auf einem Monoplan unternahm am Dienstag der Aviatiker Eugen Bincziers einen Flug um den Straßburger Münster. Nachdem Bincziers auf einem Felde in der Nähe der Stadt aufgestiegen war, wandte er sich der Stadt zu...

Kleine Notizen.

Ermerdet wurde in der Wittwennacht in Leipzig die 60jährige Witwe Eismann. Die Frau wurde am Morgen in ihrer Wohnung erschlagen aufgefunden; ihre Arme waren mit Riemen an die Beine geschnürt...

Orts-Krankenkasse der Klempner.

Bei unserer Kasse ist die Stelle eines Hilfsbeamten

Hilfsbeamten

baldigt zu belegen. Geeignete Bewerber wollen Offerten bis zum 10. d. Mts. nach dem Kassenlokal, Sebastianstr. 27/28, einreichen.

Mittagstisch.

Nicht zu verwechseln mit den Konkordia-Sälen. 54092

Thüringer Wurststube

Hochachtungsvoll Wilh. Jurras.

Von der Reise zurück

Dr. C. Strecker.

En gros detail

Knaben- und Jünglings-Garderobe

fertig u. nach Maß am billigsten und realisten in der Fabrik

Koppenstr. 85, part., 2 Minuten v. Schles. Bahnhof.

Karl Hustädt.

Elektro-Technikum Maschinen-Technikum Bauschule

Berlin, Kneuperstr. 3.

Prospekte kostenlos.

Hygienische

Bedarfsartikel. Neues Katalog

Empfehl. viel. Aerzte u. Prof. grat. u. f. H. Enger, Gummivarwarenfabrik Berlin NW. Friedrichstrasse 11/12

Kraft-Rotwein Dessert Wein für Blutarme u. Kranke. Feurig-Süßer Santa Lucia. Preis 1.50 u. 2.00 u. 2.50 u. 3.00 u. 3.50 u. 4.00 u. 4.50 u. 5.00 u. 5.50 u. 6.00 u. 6.50 u. 7.00 u. 7.50 u. 8.00 u. 8.50 u. 9.00 u. 9.50 u. 10.00

Edelkation, Lorkingstraße 24, Ecke Braunstraße, gegenüber Finjahrt Nordbahn, große Räume, Ofen neu vermischt. 1871*

Ziehung nächste Woche

Mittwoch und Donnerstag.

Berliner Arbeits-Lotterie

Originallose à 2.— Mark.

Porto u. Liste 30 Pf. extra, empfiehlt und versendet der General-Debit

G. Dischalis & Co., Bankgeschäft, Berlin K. 2, Königstr. 34—36.

Auch zu haben in sämtlichen Lotterie- und Zigarngeschäften.

50000

30000

20000

Leiser's farbige Stiefel. Damen echt Chevreau - Damen echt Chevreau, Rand gedoppelt Herren u. Damen, echt Box calf u. Chevreau allerneuente beste Ausführung. Preise: 7.90, 10.50, 12.50. Adressen: Leipziger Strasse 63, Oranien-Strasse 47a, König-Strasse 34, Müller-Strasse 3a, Oranien-Strasse 34a, Rixdorf, Berg-Strasse 7-8.

Achtung! Diez Jetzt nur
Seeterrasse Lichtenberg
 Röderstr. 11/13. Zwischen Landsberger Allee u. Röderplatz.
 Größtes u. schönstes Lokal Berlins. 50 000 Personen fassend,
 mit großem See. — Bei ungünst. Witterung Schutz für 8000 Pers.
Heute, Himmelfahrtstag: Gr. Konzert.
 Auftritten der besten Turnseiltänker der Welt The Liepitz,
 Spezialitäten-Vorstellung, u. a. Victor Ritter mit seinem Sensations-
 schlagler „Der Komet kommt“, und das beste Programm Berlins.
 Im Saal: Gr. Ball. Riesen-Kaffeeküche. 4 verbedete
 Kegelbahnen. 15 Kinderboote. Volkshelufungen aller Art.
 Anfang 8 Uhr. Gesamteintritt nur 20 Pf. Kinder frei.
 Um zahlreichen Besuch bitten Witwe Julie u. Waldemar Diez.

Mentes Konzert-Garten
 Inhaber: Friedrich Neumann.
 Lichtenberg, Röderstr. 28/29 (Bahnh. Landsb. Allee).
 Art. Leitung: F. W. Hardt. Kapellm. A. Korsch.
Himmelfahrtstag: Eröffnung der Sommer-Saison
 im herrlichen Naturgarten.
Große Spezialitäten-Vorstellung
 auf der neu erbauten Bühne.
Großes Konzert.
 Im Riesen-Parkett-Saal: Großer Ball.
 3 Kaffeebüchsen (Lat. 80 Pf.). 3 Kegelbahnen.
 Anfang 8 1/2 Uhr.
 Eintritt für Spezialitäten und Konzert 10 Pf.
 Vereinen u. Gesellschaften stelle an Sonn- u. Wochen-
 tagen das ganze Etablissement zu den kulantesten
 Bedingungen zur Verfügung.

Schillingsbrücke
 am Schiffschen Bahnh. Nieder-
 2 Uhr ab früh hündlich nach Schönau.
 Einfache Fahrt 30 Pf., Kinder 10 Pf.
 Vormittag 10 Uhr nach Neue Wäldchen. Hin u. zurück 75 Pf. Robert Tiemer.

Schönholzer Gesellschaftshaus
 Inh.: Julius Wornau & Söhne
 Provinzstr. 74/76. Fernspr.: Amt Reinickendorf, No. 430
Vornehmes Ball-Etablissement.
 Jeden Sonntag: **Gr. Tanz-Reunion**
 bei stark besetztem Orchester.
 Eckrestaurant, Vereinsräum, Riesengebirgstunnel u. Garten
 mit Spezialitäten-Bühne.
 — Kalte und warme Speisen. —
 Angenehmer und gesehener Aufenthalt.

Tegelort Karl Schawer Tegelort
 Görstr. 2 im Tegeler Forst gelegen Görstr. 2
 empfiehlt sich den Parteigenossen bei Ausflügen zu kalanten
 Hötigungen.
Aufmerksame Bedienung. Kaffeeküche.

Elysium
 Sandberger Allee 40-41
 Heute Sonntag, den 1. Mai:
Kalauer Sängerkonzert. X. Ball.
 Kaffeeküchen.
 Anfang 8 1/2 Uhr. Entree frei.
 Was! Garten und Saal m. Sängergesellschaft noch gratis zu vergehen an Vereinen.

LUNA-PARK
 TERRASSEN
 HALENSEE
 Größter Vergnügungs-Park des Kontinents. Eröffnung 14. Mai.

Das Nächste
 und Beste ist immer das Billigste.
 Darum kauft nur Vorsetzen direkt am
Bahnhof Frederodorf bei
 Paul Arndt. Dofelst im Pavillon,
 Kridtstraße Nr. 1. 246/18

Rauchfangswerder
 bei Zeuthen.
Restaurant zur Linde
 Besitzer H. Müller.
 Gute Bedienung, gute Küche.
Dampfer-Anlegestelle, große Halle
 Ausflügeln und Vereinen
 bestens empfohlen.

Empfehle mein altes romantisch
 liegendes Lokal in
Wittenau, Hauptstr. 56
 (im alten Dorf)
 den verehrten Vereinen und Aus-
 flügeln.
 Für gute Speisen und Getränke
 ist bestens gesorgt.
Albert Schulz.
 20145

Garten-Städte:
 R. 20 M. an in Bieddorf, Stadtbahn
 R. 15 M. an Begefeld, am Bahnh. f.
 R. 15 M. an Bahnh. Sabowa, Bied-
 dorf, Kautsdorf, Süd.
 R. 12 M. an Kautsdorf, am Bahnh.
 R. 4 M. an in Peterdögen, Ostbahn.
Kleinste Anzahlung. Bequemste Abzahlung
 Auch zehnjährige Amortisationshypothek
 Verkaufsstellen an den Bahnhöfen.
Nieschalke & Nische
 BERLIN
 Neue Königsstr. 16.
 Amt VII 6376.

Ungewitter.
Dr. Schönemann
 Spezialarzt für Haut- und Harnleiden,
 Frauenkrankheiten,
 Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.
 Wochentags 10-2, 5-7.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 Verwaltung Berlin.
Sonntag, den 8. Mai,
 von 10 bis 2 Uhr mittags:
Wahl der Delegierten zum Verbandstage

in folgenden Lokalen:
Wiemers Festsäle, Bülowstr. 58.
Bonackers Festsäle, Blücherstr. 61.
Märkischer Hof, Admiralstr. 18c.
Naunyn-Festsäle, Naunynstr. 6.
Reichenberger Hof, Reichenberger Straße 147.
Andreas-Festsäle, Andreasstr. 21.
Litfin, Remeler Straße 67.
Prachtsäle des Ostens, Frankf. Allee 151-153.
Boeker, Weberstr. 17.
Glische, Kopenhagener Straße 74.
Wilke, Brunnenstr. 188.
Raabe, Kolberger Straße 23.
Moabiter Gesellschaftshaus, Wicelstraße 24.
 Die Stimmzettel erhalten die Kollegen in den Abstimmungs-
 lokalen.
 Jedes Mitglied muß persönlich zur Abstimmung erscheinen
 und als Legitimation das Mitgliedsbuch vorzeigen. Ohne
 Mitgliedsbuch wird niemand zugelassen.
 Die Abstimmung faun jeder Kollege in dem Lokal ausüben,
 welches für ihn am bequemsten zu erreichen ist.
 Die Geschäftsvertragsstücke werden ersucht, den Mitgliedern die
 Mitgliedsbücher anzuschändigen.
 Die Beitragszahlung in den Zahlstellen findet diesmal nicht am
 Sonnabend, sondern am Montag, den 9. Mai, von 6-8 Uhr abends
 statt.

Freitag, den 6. Mai, im Gewerkschaftshause, Engelstr. 15:
Verwaltungsitzung.
 59/4 Die Ortsverwaltung.

Achtung! Brauereiarbeiter! Achtung!
 Sonntag, den 8. Mai, vorm. 10 1/2 Uhr,
 in der „Neuen Welt“, Gasenheide Nr. 108-114:

Versammlung
 aller in den Lagerbierbrauereien, Malzfabriken u. Bier-
 niedertagen beschäftigten organisierten Arbeitnehmer.
 Tages-Ordnung:
**Bericht über das Ergebnis der Tarif-
 verhandlungen.**

Die hochwichtige Tages-Ordnung macht es jedem Kollegen zur strengsten
 Pflicht, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Brauereiarbeiter! Erscheint in Massen!
 Nur Mitgliedsbuch legitimiert, sonst kein Zutritt.
 42/12 Die Lohnkommission der Brauereiarbeiter Berlins u. Umgegend.
 NB. Da der Saal um 3 Uhr geräumt werden muß, ist pünktliches Er-
 scheinen unbedingt notwendig. Die Kollegen vom Fachpersonal werden er-
 sucht, um an dieser Versammlung teilnehmen zu können, das Bierausfahren
 am Sonntag, den 8. Mai, auf das möglichste einzuschränken. D. D.

Zentralverband der Töpfer. (Filiale Groß-Berlin.)
Bezirks-Versammlungen

Am Freitag, 6. Mai, abends 7 1/2 Uhr, finden in sämtlichen Bezirken
 102/15
 Ratt, und zwar für Bezirk:
Gesundbrunnen bei Schmidt, Swinemünder, Ecke Kammerstraße.
Schönhäuser Vorstadt bei Rath, Schönhäuser Allee 104a.
Wedding bei Hillmer, Gerichtstr. 41.
Osten bei Müller, Große Frankfurterstraße 137.
Süd-Osten bei Hädler, Lauffer Platz 1.
Schöneberg bei Wieloch, Brunnenstraße 22.
Moabit bei Niebel, Stendaler Straße 18.
Weißensee bei Mars, Langhausstraße 18.
Nixdorf bei Labbert, Steinmehlfstraße 114.
Steglitz, Lichterfelde bei Schellhals, Steglitz, Hornstraße 15.
Charlottenburg im Volkshaus, Kofenstraße 3.
Friedrichsberg-Rummelsburg bei Blum, Alt-Bohagen 57.
Zentrum bei Oahn, Hermannstraße 23.
Pankow-Nieder-Schönhäuser bei Reihner, Pantow, Schloßstr. 2.
Königs-Friedrichshagen bei Jippau, Köpenick, Grünauer Str. 31.
Spandau bei Gottwald, Schönwalder Straße 80.
Königs-Wusterhausen bei Dunge, Berliner Straße 18.
Bernau bei Suvell, Bette, Ecke Kahlstraße.
Oranienburg bei Dietrich, Mühlenstraße 21.
Reinickendorf bei Bräuner, Graving, Ecke Herblstraße.
 Tagesordnung in allen Versammlungen:
 1. Stellungnahme zur Unterstützung der ausgesperrten Bau-
 arbeiter. 2. Verschiedenes und Bezirksangelegenheiten.
 Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht aller Kollegen,
 pünktlich zu erscheinen.
Der Vorstand.
 Am Pfingstfestabend wird das Bureau um 1 Uhr geschlossen.
 Und am 8. Feiertag bleibt es geschlossen, ebenso auch der Arbeits-
 nachweis. D. D.

An diesem Schild sind die Läden erkennbar, in denen SINGER Nähmaschinen verkauft werden.
Mustergültig in Konstruktion und Ausführung, gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie.
Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
 BERLIN, Leipziger Straße 92.
 Läden in den verschiedenen Stadtteilen.



S. Gottlieb
 G. m. b. H.
Rosenthalerstr. 54!
 Um jedermann die Möglichkeit zu geben,
 zum Pfingstfest seinen Bedarf zu decken,
 stellen wir die Abzahlungs-Bedingungen
 bis auf weiteres noch günstiger als bisher.
 Wir empfehlen in grosser Auswahl
Auf Abzahlung!
Anzüge 15.- 21.- 27.- 34.- 42.- M.
 Anzahlung 3.- 4.- 5.- 6.- 8.- M.
Paleots 18.- 24.- 30.- 36.- M.
 Anzahlung 3.- 4.- 5.- 6.- M.
Damen-Paleots 12.- 15.- 24.- 30.- M.
 Anzahlung 3.- 4.- 5.- 6.- M.
Blusen 6.- 9.- 15.- 20.- M.
 Anzahlung 2.- 2.- 3.- 3.- M.
Kostümröcke 6.- 10.- 20.- M.
 Anzahlung 2.- 3.- 4.- M.
 Abzahlung 1 Mark jede Woche an.

„Hoffnung“
Berliner Schneiderei-Genossenschaft
 Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
 Berlin N., Brunnenstr. 185.

Aktiva	Bilanz am 31. Dezember 1909.	Passiva
Inventarkonto	22	Rückgeber-Guthaberkonto
Maschinen, Werkst. u. Zubehörskonto	16 120,-	eingezahlte Geschäftsanteile
Lebensversicherungskonto	200,-	Gefundenes Mitgliedsbeitragkonto
Bilanz vom 31. Dezember 1908	2 816,88	gefundenes Geschäftskont.
Zugang	2 880,13	Rückgeber-Guthaberkonto
	5 697,01	Darlehen der Mitglieder
ab Abschreibung	3 042,37	einzelne Rückgeber
20%, p. 8668,22		haben betragen, a 4%
Markt	1 783,64	Kontokorrentkonto (Aredit.)
		Schulden
Einrichtungskonto	3 844,87	Kontokorrentkonto (Aredit.)
hausliche Veränderungen	3 010,38	Schulden
ab Abschreibung	43 677,67	Dividendenkonto
10%	3 000,-	nicht abgehobene Divi-
	454,15	den
Warenkonto	558,27	Referendatskonto
Warenbestände	6 407,38	aus Gewinnverteilung
Kontokorrentkonto (Debitoren)	618,27	pro 1907/1908
Kuhenkonto	60,-	Depositionskontokonto
Rückstufkonto	558,27	aus Gewinnverteilung
Barbestand	4 660,47	pro 1907/1908
Bankkonto		abzüglich Unter-
Guthaben b. d. Dresdner		stützung an ein
Bank		Mitglied
Rückstufkonto		Gewinn- und Verlustkonto
Rückstuf für Gas und		Reingewinn
Elektrizität		
Summa	63 131,57	Summa
		63 131,57

„Hoffnung“ Berl. Schneiderei-Genossenschaft
 Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
 Für den Vorstand: 106/2
 Wihl. Kauth, E. Becker, J. Apel, O. Huster, M. Schmitt.
 Für den Aufsichtsrat: Fr. Kroll.

ANTILÄDIN
 selbsttätiges Dichtungsmittel
 für Fahrrad-Luftschräuche.
Garantie: Schädigung des Gummis ausgeschlossen.
 Preis pro Füllung, für 1 Schlauch ausreichend, M. 1,25. Porto
 M. —,30 extra. Einfülltrichter M. —,05, bei 2 Füllungen ein
 Trichter gratis. — Vertreter an allen Orten gesucht.
Antiladin-Gesellschaft m. b. H., Frankfurt a. M. 76.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Totalliste. Auf Wunsch der Parteigenossen...

Die Totalkommission.

Die diesjährigen Frühkonzerte finden am ersten Pfingstfeiertag...

Sozialdemokratischer Wahlverein Stralau und 4. Wahlkreis...

Regel. Am Sonntag, den 8. Mai, findet in Heiligensee...

Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Die Stadtverordnetenversammlung

hatte infolge eines dringlichen Antrages der sozialdemokratischen Fraktion...

Aus der Reihe der übrigen Beratungsgegenstände sei hier nur der Magistratsantrag...

Im Neuholländer Forst.

Wir steigen um 7.48 morgens (allständig geht ein Zug) auf dem Steintiner Vorortbahnsteig...

Von Oranienburg gehts nach Norden auf der Chaussee...

Bei Wehrensbrück wird abermals eine Brücke überschritten...

an schönen Stellen stundenlang aufzuhalten, wobei eine gute Verproviantierung vorausgesetzt wird...

Kometenschwärmer.

Papa Booth, der Oberste der Heilsarmee, ist ein geriebener Generalstabschef. Man muß es dem selbsternannten Generalissimus...

Das Rolschuhlaufen ist mit nicht unerheblichen Gefahren verbunden, wie verschiedene Unglücksfälle...

Ein gefährlicher Schiffsstellerschwimmler treibt gegenwärtig im Südosten und den südöstlichen Vororten...

daß der angeblühte Monteur seinen Namen nicht nennen will und keine Papiere bei sich hat.

Eine Meißler hatten auch die Patienten der Heilstätte Hohenseife bei Rheinsberg am 1. Mai veranstaltet.

Mit Leuchtgas vergiftet hat sich vorgestern nachmittag die 22-jährige Tochter Erna des in der Markusstr. 17 wohnhaften Kaufmanns Kronstein.

Eine Liebestragödie hat sich gestern morgen in einem Hotel in der Zubalidenstraße abgespielt.

Die Liebe der Telephonistinnen. Die Liebesabenteuer des flüchtig gewordenen Telegrapheninspektors Kessel vom Fernsprechamt VI...

Ueber eine Roheit der Jugendwehr wird uns berichtet. Am Sonntag, den 1. Mai, passierte eine Abteilung der Jugendwehr in Uniform mit Musik die Neue Königstrasse.

Einen schrecklichen Tod fand der Aufsichtsratsmitglied Hübner aus der Stromstr. 62, der in der Bayenhofer Brauerei beschäftigt war.

Seiner Schusswunde erlegen ist der Arbeiter Hugo Schiesian aus der Straßburger Str. 82, der sich wegen Arbeitslosigkeit an der Ecke der Schlegel- und Vorfigstraße...

Gebrungen worden ist die Leiche des Gärtners Eugen Terwin, der am 17. April bei einer Radfahrts auf der Oberhavel ertrank.

Neuer Sommerfahrplan für Berlin 1910. Soeben ist im Verlage von Albert Behrendt Nachf., Berlin, Elisabethufer 5/6, die 2. Ausgabe des Eisenbahn-Wandfahrplans für Berlin erschienen.

Ein Betriebsunfall ereignete sich gestern früh 8 Uhr in der Möbelfabrik von Jippel, Komintener Str. 21. Dort geriet der Tischler Richard Elias, Pantenfeilerstr. 35 wohnhaft...

Sängerchor „Webbing“ (M. S. A. S. M., Chorleiter Herr E. Thiele). Am 18. Mai 1910: 2. Pfingstfesttag früh 5 Uhr, findet in den „Barnsbüden“, Müllerstr. 142 (bei ungünstiger Witterung in sämtlichen Sälen) ein großes Frühkonzert mit Tanz und Spezialitätenvorstellung statt. Willst und Programm 25 Pf. Der Ueberschuss fließt den ausgesperrten Bauarbeitern zu.

Diejenigen Parteigenossen, die am Sonntag bei der Kaiserfeier in den Lokalen des Gesundbrunnens Bestellungen auf Hausseggen gemacht und dabei Gutscheine für Anzahlungen auf den Namen Otto Werner, Bieleffstr. 38, vorn 3 Lt., in Empfang genommen haben, werden gebeten, sich sofort an die angegebene Adresse zu wenden und sich zu melden.

Bei der Kaiserfeier in der Brauerei (2. Kreis) sind gefunden worden: 1 Kränze, 1 Leeres Portemonnaie. Verloren: 1 weiße Kinderboa. Abzuholen resp. abzugeben beim Kassierer Gustav Schmidt, Kirchhofstr. 14.

In der Seeterrasse sind ein Kopftuch, ein Schirm und zwei Schlüssel mit Schlüsselring gefunden worden. Abzuholen vom Bureau des Wahlvereins, Stralauer Platz 1/2, II.

Wer sind die Toten? Das Polizeipräsidium teilt mit: Am 30. April 1910 wurde auf dem Grundstück Schabenerstraße 19 zu Steglitz eine unbekannte, etwa 40 bis 50 Jahre alte, dem Arbeiterstande angehörende Frau vom Herabschlag getroffen. Der Tod trat sofort ein. Die Leiche wurde nach der Leichenhalle des dortigen Kirchhofes übergeführt. Die Verstorbene ist 1,60 bis 1,55 Meter groß, unterlegt, hat gelbes, volles Gesicht, rotblondes Haar, dunkle Augen und lidenhafte Zähne und war bekleidet mit schwarzem Rock mit Samtblenden, schwarzer Taille, grauem Jackett, schwarzem Unterrock, grauem Anstandrock, schwarzen Männerzugstiefeln, schwarzen Strümpfen mit grauweißen Streifen; sie trug einen Kränze ohne Zeichen und hatte eine braune Handtasche bei sich. — Die Verstorbene machte den Eindruck einer Obdachlosen. — Nachrichten über die Persönlichkeit der Toten werden in jedem Polizeirevier, bei der Kriminalpolizei, Alexanderstr. 33, 3. Et., Zimmer 346a, und bei dem Herrn Amtsdozierer zu Steglitz mündlich oder schriftlich entgegen genommen. 1752. IV. 57. 10.

Am 1. Mai cr., nachmittags 5 Uhr, wurde ein unbekannter Mann auf einer vor dem Krankenhaus am Urban stehenden Bank sitzend tot aufgefunden. Beschreibung: 55—60 Jahre alt, 1,65—1,68 groß, corpulent, aufgedunenes Gesicht, graumeliertes Haar und Vollbart, graue Augen. Bekleidet: braune Jacke, grauarierteres Jackett und Weste, graugestrichelte Hose, Krikkohemd, zerrissene Schuhe. — Einmalige Nachrichten über die Persönlichkeit des Unbekannten nimmt jedes Polizeirevier oder die Kriminalpolizei, Zimmer 346a, zu 1804. IV. 55. 10 entgegen.

Am 2. d. Mts. wurde am Wühlendammwehr die Leiche einer etwa 48 bis 50 Jahre alten Frau gelandet. Am die Taille war ein Stück Draht gezogen und daran ein 2 Kilogramm wiegendes Bleifutter. Die Unbekannte ist 1,52 Meter groß, hat dunkelblondes, graumeliertes Haar, falsche Zähne, durchlöcherne Ohrläppchen und war bekleidet mit grauem Rock und Taille, schwarzen Schürchen und braunen Strümpfen, einem weißen und einem schwarzen Unterrock, weißen Strickschonern, weißen Barckendhose gezeichnet A. S. 4, aufgenäht, darunter 101, rot eingestrichelt. — Die Leiche, die anscheinend schon längere Zeit im Wasser gelegen hat, befindet sich im Schaubeise, Hannoverstraße 8.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Eine Wahlrechtsdebatte im Charlottenburger Stadtparlament.

Vor sechs Jahren hatten unsere Genossen im Charlottenburger Stadtparlament einen Antrag eingebracht, der den Magistrat aufzuforderte, mit anderen Gemeinden in Verbindung zu treten, um gemeinsame Schritte zur Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts und des Hausbesitzerprivilegs und zur Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für die Kommunalwahlen zu unternehmen. Unter Führung der sogenannten Liberalen hatte die Mehrheit den Antrag dahin abgeändert, daß nur gegen das Hausbesitzerprivileg „in seiner jetzigen Ausdehnung“, gegen die öffentliche Stimmabgabe und gegen einige andere Schönheiten des Dreiklassenwahlrechts Front gemacht, daß aber heile nichts zur Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts unternommen werden solle. In dieser Form ist der Antrag am 7. September 1904 angenommen worden, aber der Magistrat hat es bisher nicht für nötig gehalten, der Stadtverordnetenversammlung Mitteilung von den Schritten zu machen, die er zur Ausführung des Beschlusses getan hat. Aus diesem Grunde hatten unsere Genossen am 17. Januar d. J. folgende Anfrage an ihn gerichtet, die endlich am letzten Mittwoch, also auch wieder erst nach Verlauf von drei Monaten, auf die Tagesordnung gesetzt wurde:

„Ist der Magistrat bereit, der Stadtverordnetenversammlung Auskunft darüber zu erteilen, was er zur Ausführung des Beschlusses der Stadtverordneten vom 7. September 1904 betr. ein gemeinsames Vorgehen mit anderen Kommunalvertretungen zwecks Aenderung des Gemeindevahlrechts getan hat?“

Die Anfrage begründete Genosse Hirsch in längerer Ausführungen, in denen er zunächst die Vorgeschiede der Interpellation darstellte und den Nachweis erbrachte, daß die ganze Tätigkeit des Magistrats darin bestand, daß er Auszahlungen aus den Wählerlisten vorgezogen und das Bureau des Städtetags um weiteres Material ersucht habe. Diese Arbeit sei höchst überflüssig gewesen, denn der Umfang des Dreiklassenwahlrechts und vor allem des Hausbesitzerprivilegs liege so klar zutage, daß es sich nur noch darum handle, endlich etwas zu seiner Beseitigung zu tun. Redner begründete dann unter besonderer Schilderung der Verhältnisse Charlottenburgs, wo bei den letzten Wahlen 730 Wähler erster Klasse 6054 Wähler zweiter Klasse und 41804 Wähler dritter Klasse gegenüberstanden, unseren prinzipiellen Standpunkt, wobei er besonders warm für die Gewährung des aktiven und passiven Wahlrechts an die Frauen eintrat. Als er den Hausbesitzer die Wahrnehmung von Sonderinteressen zum Nachteil der Gesamtheit vorwarf, wurden die der Stadtverordnetenversammlung angehörigen Hausbesitzer höchst unruhig, weil sie diesen Vorwurf auf sich bezogen. Der Vorsteher wußte nicht recht, ob er den Redner zur Ordnung rufen solle oder nicht; er wußte sich weitere Schritte nach Einschätzung des Stenogramms vorbehalten. Der zweite Teil seiner Rede beschäftigte sich mit der Haltung des Magistrats, dessen Unfähigkeit und Bauheit gebührend gekennzeichnet wurde, und mit der Stellung der Liberalen, denen es anscheinend sehr erwünscht ist, wenn das Dreiklassenwahlrecht, das ihnen die Mehrheit sichert, erhalten bleibt. Mit der Aufforderung, sich endlich anzurufen, um den Kampf gegen das Dreiklassenwahlrecht zu eröffnen, schloß unser Genosse seine Ausführungen.

Auf Wunsch des Vorstehers, der erklärte, er werde eine Debatte über das Wahlrecht selbst nicht zulassen, sondern nur gestatten, daß die nachfolgenden Redner sich streng an den Wortlaut der Interpellation halten, gingen denn auch sowohl der Magistratsvorsteher als auch der Sprecher der Liberalen jeder Erwähnung der Wahlrechtsfrage vorsichtig aus dem Wege. Die Herren hatten auch allen Grund, ihren reaktionären Standpunkt zu verhalten, der Vorsteher um ihren Wünschen offenbar sehr entgegen.

Oberbürgermeister Schuckertus erwiderte dem Interpellanten, daß der Magistrat erst statistische Erhebungen veranlassen und sich dann mit den Vertretern anderer Kommunen in Verbindung gesetzt habe. Einige seien gegen jede Reform gewesen, andere hätten zwar eine Reform gewünscht, doch gingen die Ansichten über die Art der Reform weit auseinander. Auch im Vorstand des Brandenburgischen Städtetags habe sich dasselbe Bild gezeigt. Es sei aber beschlossen, die Frage auf die Tagesordnung des nächsten Städtetags, der zu Anfang Juni stattfindet, zu legen.

Mit dieser Antwort erklärte sich der Führer der Liberalen, Stadtv. Otto, befriedigt. Was dieser Herr, der nur aus Versehen unter die Liberalen geraten ist, sich aber ebenso gut den

Konserwativen anschließen konnte, schließlich sagte, ist der Gedächtnis nicht wert. Der Hauptzweck seiner Rede bestand darin, daß er nach ehler Schulmeister Art die Sozialdemokraten wegen ihres „Tonens“ abzukanzeln suchte und ihnen Vorhaltungen zu machen sich erlaubte.

Genosse Hirsch verbat sich mit Recht dieses überhebende Auftreten des Sprechers der Mehrheit und wies nach, eine wie zweideutige Haltung die Liberalen der Frage des Kommunalwahlrechts gegenüber einnehmen. Auch Genosse Dr. Borcharadt griff in die Debatte ein, um den Liberalen vorzuwerfen, daß sie das allgemeine Wahlrecht nur dort fordern, wo es sie nichts kostet und wo sie es nicht erreichen können. Er bezeichnete es als inkonsequent, das gleiche Wahlrecht für den Landtag, aber nicht für die Kommunen zu verlangen und betonte treffend, daß die Liberalen aus Furcht vor Mandatsverlusten das Selbstwahlrecht für die Gemeinden erhalten wissen wollen.

Damit habe die Debatte ihr Ende erreicht. Ein positives Ergebnis hat sie natürlich nicht gezeitigt, wohl aber hat sie wieder einmal für das volksfeindliche Verhalten der Charlottenburger Liberalen einen vortrefflichen Beweis erbracht.

Die Untersuchung gegen den flüchtigen Stadtverordneten Max Vogel, die jetzt nahezu abgeschlossen ist, hat bedeutend höhere Defraudationen ergeben, als nach den ersten Schätzungen angenommen wurde. Bis jetzt beträgt die Summe, um die Vogel die Geschäftswelt geschädigt hat, rund eine halbe Million Mark. Die Exzelsiorfahradgesellschaft ist um 120 000 M., die Coronafahradgesellschaft um 40 000 M., die Nähmaschinenfirma Silberberg u. Co. in Hamburg um 75 000 M., die Musikinstrumentenbranche um 100 000 M. und der Kaufmann Julius Stargardt in Charlottenburg, Kurfürstendamm 177, der dem Stadtverordneten Vogel gefälschte Wechsel im Betrage von 82 000 M. diskontierte, ist um diese Summe geschädigt. Zu diesen Beträgen kommen noch über 100 000 M., die Vogel in barem Gelde mitgenommen hat. Die Staatsanwaltschaft hat jetzt einen Steckbrief hinter Vogel erlassen, nachdem er schon seit über einem Monat spurlos verschwunden ist. Die Gläubiger sind über den langsamen Gang der Untersuchung gegen den Flüchtigen entsetzt; sie haben deshalb an den Präsidenten des Landgerichts Berlin III und an den Charlottenburger Polizeipräsidenten Beschwerden gerichtet. In der Beschwerde an den Landgerichtspräsidenten wird ausgeführt, daß das Amtsgericht Charlottenburg, statt bei der Dringlichkeit des Falles die Zeugen sofort zu vernehmen, fast zehn Tage verstreichen ließ, und den Termin zur Vernehmung der Zeugen erst auf den 18. April 1910 anberaumte. Dadurch sei der Vorsprung, den Vogel hatte, auf etwa drei Wochen gestiegen und bei der Gewandtheit Vogels, der jahrelang im Auslande, insbesondere in England und Indien gelebt habe, sei es sicher, daß der Vorsprung genüge, um ihn vollkommen in Sicherheit zu bringen. In der Eingabe an den Charlottenburger Polizeipräsidenten wird Beschwerde erhoben, weil die Kriminalpolizei trotz der Bitten der Gläubiger nichts veranlaßt habe, um den Flüchtigen zu ergreifen.

Achtung! Gewerkschaften! Sammellisten für die ausgesperrten Bauarbeiter Deutschlands sind von dem Unterzeichneten zu entnehmen. Außerdem sind ebenda Villetts zur Allgemeinen Städtebau-Ausstellung, welche vom 1. Mai bis 15. Juni cr. in der Hochschule für die bildenden Künste, Charlottenburg, Hardenbergstraße 38, stattfindet, zu dem Vorzugpreise von 30 Pf. (sonst 1 M.) zu haben.

Gewerkschaftskommission Charlottenburg.

J. A.: Wilh. Ahrens, Charlottenburg-Westend, Haeßelerstr. 10h, u. II.

Rixdorf.

In voller Fahrt entgleist ist in der vergangenen Nacht ein Straßenbahnzug an der Ecke der Berg- und Anesebedstraße. Ein Kraftwagen der Linie 7 flog in der Straßenbiegung von den Schienen auf den Bürgersteig und wurde erst von einer Hausmauer von seinem Laufe aufgehalten. Zum Glück wurde beim Unfall niemand verletzt. Der Zug, der von einem Rettungswagen wieder auf das Gleis gebracht wurde, mußte aus dem Betrieb herausgenommen werden.

Tempelhof.

Aus der Gemeindevorstellung. In der letzten Sitzung wurden die zwei mit 7 Stimmen in der ersten Klasse und die beiden mit 118 resp. 85 Stimmen ernannten Vertreter der zweiten Klasse neubeziehungsweise wiedereingeführt. Den mit 508 Stimmen gewählten drei Vertretern der werktätigen Bevölkerung oder bleibt infolge der Manipulationen der Segner das Dorfparlament bis auf weiteres verschlossen. Die Gebührenordnung für die Kanalisationsanschlüsse, welche die Vertretung in ihrer Sitzung vom 10. März d. J. auf 3 Prozent des Gebäudesteuerwertes festsetzte, wurde in der letzten Sitzung auf 2½ Prozent erniedrigt. Es wurde darauf hingewiesen, daß 8 Prozent zu hoch gegriffen sei, auch habe man dreifig Neubauten nicht in Betracht gezogen. Bei 3 Prozent kämen 90 000 Mark ein, man wolle jedoch nur 70 000 M. haben. Hieraus wurde der Vertretung Kenntnis gegeben von einem Resultat langjähriger Arbeit, über die Baumeister Klasse längere Ausführungen machte. Es handelt sich um die Erschließung des gesamten Gebietes westlich der Planensfelderstraße und südlich der Lanthaler Chaussee. Da die „Terraingesellschaft Berlin und Vororte“ das gesamte Terrain aufkaufen will, so mußte zur Erschließung der Grundstücke an den Einbau eines Regenwasser-Vorflutkanals gedacht werden. Es ist nun ein Plan aufgestellt worden, einen solchen Kanal, der durch die Planensfelderstraße gehen soll, inklusive eines Abflusses am Teltowkanal zu bauen. Der Kostenbetrag ist auf 800 000 M. berechnet worden. Die Terraingesellschaft erklärt sich neben anderen Versprechungen bereit, 117 000 M. für diesen Kanal aufzuwenden, will aber selbst als Unternehmer auftreten. Den anderen Teil der Kosten, 183 000 M., soll die Gemeinde verauslageln und von den Anliegern, die bei der Bebauung der Grundstücke angeschlossen werden, wieder einzulösen. Die Vertretung stimmte dem zu. Mit diesem umfangreichen Werk wird bald begonnen und dann auch an den Ausbau der Schönebergerstraße, an die Anschüttung des Grundstücks (wohl auch an die Zuschüttung des Parkteiches?) gedacht werden. Dieser Vorflutkanal wird für die Entwässerung Tempelhofs von außerordentlicher Bedeutung sein. So ist denn auch zu verstehen, daß bei dem nächsten Punkt der Tagesordnung dem Vorsteher die Ermächtigung erteilt wurde, die Entgegennahme der Auffassungen von Strohenland vorzunehmen, ohne in jedem einzelnen Falle der Vertretung eine Vorlage zu machen. Nur in besonderen Fällen soll die Genehmigung der Gemeindevorstellung eingeholt werden. — An die öffentliche Sitzung schloß sich eine gemeinsame.

Treptow-Baumtschulenweg.

Ueber die Beschäftigung von Frauen bei der Trottoirregulierung und Kanalisierung in der Baumtschulenstraße wurde und dieser Tage verschiedentlich Mitteilung gemacht. Wie uns versichert wird, handelt es sich hierbei um Gemeindevorarbeiten, die einem Unternehmer freie übertragen sein sollen. Wir nehmen an, daß die Gemeindevorwaltung ohne Kenntnis ist, daß zu dieser schweren Arbeit Frauen verwendet werden, denn sonst dürfte sie einen solchen Zustand nicht dulden. Bei den Passanten ruft es Verwunderung hervor, daß Frauen mit dem Verladen von Steinen sowie mit Ausbuchtungsarbeiten beschäftigt werden.

Nicht Rangel an männlichen Arbeitskräften, sondern nur das Bestreben, niedrige Löhne zu zahlen, kann das Motiv sein, das den genialen Unternehmer veranlaßt, Frauen zu so schweren Arbeiten heranzuziehen.

Adlershof.

Bei der in Wälschens Lustgarten stattgefundenen Kaiserfeier sind folgende Gewinnymmern unserer Verlosung nicht reklamiert:

45, 85, 98, 147, 171, 202, 240, 256, 421, 482, 491, 498, 547. Die Gewinne sind beim Genossen Feyerstein Bismarckstr. 28, abzuholen.

Friedrichshagen.

In der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins hielt Genosse Kubig einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über „Bevorstehende Kämpfe“. Im Anschluß daran gab der Vorsitzende, Genosse Köpfer, den Bericht der letzten öffentlichen Gemeindevorstellung, wobei Redner auf die bereits auf der Kreisversammlung für Niederbarnim gepflogenen Auseinandersetzungen über die Haltung unserer Gemeindevorsteher in der Steuerfrage einging. Ein Antrag, die Gemeindevorsteher haben bei wichtiger Angelegenheit sofort Bericht und am Schlusse des Jahres einen Jahresbericht zu erstatten, wurde einstimmig angenommen. — Nachdem auch Genosse Wiedemann senior den Bericht vom Jugendausflug, es stellte sich der Einnahme von 221,64 M. eine Ausgabe von 253,13 M. gegenüber. Das Defizit kommt daher, weil das Jugendheim vollständig mit neuen Tischen und Stühlen eingerichtet worden ist. An Stelle des ausgeschiedenen Genossen O. Schröder wurde Genosse Wiedemann junior einstimmig in den Jugendausflug gewählt. — Von der Zeitungspedition berichtete Genosse Berkmann. Die Einnahme betrug vom 31. März 1909 bis 1. April 1910 6733,76 M., die Ausgabe 6084,24 M. Der jetzige Abonnentenstand ist 470.

Nieder-Schöneweide.

In der Generalversammlung des Wahlvereins gab Gen. Dehmel den Vorstandsbericht. Danach haben stattgefunden: 6 Vorstandssitzungen, 1 Generalversammlung, 2 Mitgliederversammlungen, 2 öffentliche Versammlungen und 1 gemeinschaftliche Jubiläumabend. Die Mitgliederzahl belief sich am Ende des Quartals auf 128, davon 106 männliche und 17 weibliche. Der Kassendbericht des Gen. Vogt weist eine Einnahme von 134,08 M. und eine Ausgabe von 118,27 M. auf. Die Zahl der „Vorwärts“-Leser ist von 203 auf 216 gestiegen. Gen. Weichmann teilte mit, daß das Lokal „Neuer Krug“, Joh. Dreher, immer noch für Arbeiter gesperrt ist. In der nächsten Mitgliederversammlung soll ein Vortrag über Genossenschaftswesen gehalten werden. Auch wurde vom Gen. Vogt darauf hingewiesen, daß sich die Genossen mehr der Jugend widmen sollten. Redner empfahl den Anschluß an das Jugendheim in Oberschöneweide. Neue Mitglieder wurden in dieser Versammlung 22 aufgenommen.

Wilhelmsruh-Rosenthal.

Das Gemeindevorstehergehalt beschlagnahm.

Der lange Konflikt zwischen dem seit dem 1. April d. J. ausgeschiedenen Gemeindevorsteher Schmidt und der hiesigen Gemeindevorstellung hat in der letzten Gemeindevorstellung noch zu einem sonderbaren Beschluß geführt. Obwohl Wilhelmshruh-Rosenthal der Englischen Gasanstalt das alleinige Rohrverlegungsrecht zugesprochen hatte, erlaubte es sich Kanalisationsanschlüsse an Berlin durch die Erlaubnis, ein städtisches Grundstück durch Gemeindegeld zu legen. Die Englische klagte und erzielte ein obliegendes Erkenntnis des Kammergerichts. Das Berliner Grundstück wird nun, falls keine Einigung zustande kommt, auf Gemeindegeld verlegt werden müssen. Die Gemeindevorstellung beschloß, den bisherigen Gemeindevorsteher Schmidt, der sein Amt niedergelegt hat, aber noch bis Juli Gehalt bezieht, für den Schaden regreßpflichtig zu machen und inzwischen sein Gehalt mit Beschlag zu belegen.

Spandau.

Bei der Kaiserfeier in Bickelwedder bei Freund sind von der Verlosung die Gegenstände, welche auf die Nummern 11, 88, 124, 133, 159 gefallen sind, nicht abgeholt worden. Dieselben können nach Voreingabe der Nummern beim Genossen Köpfer, Vordorfsposition, Jagowstr. 9, in Empfang genommen werden.

Potsdam.

Stadtverordnetenversammlung. Eine Erhöhung der Luftverkehrssteuer soll beschloffen werden; es wurde eine gemischte Kommission zu den Beratungen eingesetzt. — Bei der Festsetzung des Nachbetrages für das ehemalige Steuerhaus an der Glienicker Brücke — die endgültige Erledigung wurde in die nächstfolgende Sitzung verlegt — führte Stadt. Richter Beschwerde, daß durch den Neubau des Ruderklubs „Vineta“ das städtische Grundstück entwertet worden ist. Ebenso spottet der Zugang zur neuen Glienicker Brücke jeder Beschreibung. Seit vorigem Jahre müsse man durch den aus der Havel geflochtenen Sand waten; die Platten lagern trotzdem seit Herbst v. J. an Ort und Stelle. Der Stadtbaurat erklärte, daß schon wiederholt beim Fiskus (Wasserbauverwaltung) mündliche und schriftliche Beschwerde geführt worden sei, bisher vergeblich. Jetzt sei die Erledigung in den nächsten Wochen zu erwarten. — Beim Bebauungsplan für das Rühlengelände will man wieder Vorfrage treffen, daß nur 9 Häuser im Landhausstil ausgeführt werden dürfen. Der Magistrat möchte durch Polizeiverordnung diese Bestimmung durch die Bauordnung festsetzen lassen. Dem widersprechen verschiedene Stadtverordnete, die nicht unnötig die Polizei herbeizurufen wollen. Eine spätere Sitzung wird definitive Beschluß hierüber fassen. — Zum Schluß gab der Vorsteher bekannt, daß für die ausgeschriebene Stadtratstelle 88 Bewerbungen eingegangen sind.

Wegen die neue Müllabfuhr- und Kanalisationsgebühr macht sich in Hausbesitzerkreisen eine starke Opposition bemerkbar. Nach juristischen Ausführungen halten sie sich nicht für verpflichtet, die vom Magistrat geforderten Angaben zu machen, vor allem bestreiten sie dem Magistrat bei Verweigerungen das Strafrecht. Dieses soll nur für Steuerordnungen, nicht aber für Gebührenordnungen rechtlich begründet sein.

Jugendveranstellungen.

Pankow und Nieder-Schönhausen. Der Jugendausflug veranlaßt am Sonntag, den 7. Mai, abends 8 Uhr, eine öffentliche Versammlung im Lokal von Weiser, Schloßstr. 2. Vortrag des Gemeindevorstehers Wilhelm Kubig über: „Die Aufgaben der proletarischen Jugend“. Zu dieser Versammlung sind außer der schulentlassenen Jugend auch die Eltern eingeladen.

Briefkasten der Redaktion.

Es juristische Ehrenrunde Anbei finden Sie Nr. 69, born hier Treppen — J a h r a h a l —, wochentags von 4½ bis 7½ Uhr abends 401. Jeder Antrag ist ein Geschäft und eine Zahl als Belegzeichen beizufügen. Persönliche Antworten wird nicht erteilt. Gütige Fragen trage man in der Ehrenrunde vor.

O. J. 81. Bei einer mindestens dreiföpfigen Familie halten wir nur die Wälder für pflanzbar. — W. J. 25. Bei Wogenlohn nicht. — Günther 31. Fragen Sie, bitte, bei der Genossenschaft der Wälder angehörigen (Vor.) Schulp. Hermann Rissen, Kollnbuschstr. 29/30 an. — J. 33. Der Botanische Garten ist Sonntag, Dienstag, Mittwoch und Freitag von 9—7 Uhr, das Gewächshaus an denselben Tagen von 2 bis 6 Uhr geöffnet. — G. 4. Wenn die Uebung nicht länger als vierzehn Tage dauert, besteht in diesem Falle Anspruch auf Lohnzahlung. — Frau Tendler 100. 1. Wenn die Sachen zu den unentbehrlichen gehören, so beantragen Sie den Erlaß einer einwilligen Verfügung auf Grund der Art der Sachen und sich gegen den Eigentümer richten. 2. Der Eigentümer ist auch schadenlospflichtig. 3. Das Vorgehen des Vermalters war rechtens, stellt unseres Urteils nach eine kostbare Handlung dar. Sie können Anzeige erstatten. 4. Zur Klageerhebung wäre ein Vermögensvergleich zu beschaffen. — Gudder. Der Anspruch war verjährt. Beantragen Sie Zahlung, event. Klagen Sie bei der Justizbehörde (Magistrat). — W. J. 21. Es muß zunächst bei dem Justizminister die Vertretung von dem Erbverwalter des 1744 Verstorbenen (Erbverwalter) des 60. Lebensjahres beantragt werden unter Darstellung des Sachverhalts und Beifügung eines ärztlichen Attestes nach Vorliegen der Genehmigung ist der Abpfandvertrag zu notariellem oder gerichtlichem Protokoll zu schließen. — W. M. 101. Einen Ehevertrag können Sie zu notariellem oder gerichtlichem Protokoll schließen. — W. J. 9. Kein. — O. J. 25. Erlauben Sie den Anwalt, das Kostenfestsetzungsverfahren zu betreiben und auf Grund des Festsetzungsbeschlusses die Kosten einzulösen. — G. 9. Anklagen halten Sie. Bestimmte Anklagen können wir nur nach Durchsicht des Aktes übermitteln. — W. M. 1007. Wegen Gebrauch des Wortes sind schon wiederholt Beratungen erfolgt. — J. J. 93. Unseres Urteils nach. Klagen Sie bei der Justizbehörde.

Die Geburt eines kräftigen Mädchens
zeigen hoch erfreut an
Berlin, den 4. Mai 1910.
Th. Liebknecht u. Frau
Lucie geb. Bouville.

Zur Verlobung ihres vor-
liegenden **W. Kersten** mit
Fräulein **L. Plath** gratulieren
die Lotteriebilder vom
Berein Gemütlichkeit.

Unserem Genossen
Otto Pilaski nebst **Frau**
die herzlichsten Glückwünsche
zu ihrer am 6. Mai statt-
findenden Silberhochzeit.
Die Parteigenossen des Stadt-
bezirks 177 b, Bezirksg. 351 b,
Teil II. 20245

Sozialdemokratisch. Wahlverein
des
8. Berl. Reichstagswahlkreises.
Nachruf.
Am Sonntag, den 1. Mai,
wurde unser Mitglied, der Stadt-
arbeiter
Otto Hesse
beerdigt.
Ehre seinem Andenken!
Der Vorstand.

Zentral-Verband der Maurer
Deutschlands.
Zweigverein Berlin.
Zahlstelle Lichtenberg-Komm. ab.
Den Kollegen zur Nachricht,
dass unser Mitglied
Robert Petroll
am 2. Mai verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 6. Mai, nachmittags
6 Uhr, von der Friedhofshalle in
Hammelsburg aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
187/14
Der Vorstand.

Allen Verwandten und Be-
kannnten die traurige Nachricht,
dass mein lieber Mann, unser
Vater, Bruder, Schwager und
Onkel, der Steinseher
Fritz Pennecke
nach schwerem Leiden sanft ent-
schlafen ist.
Im Namen der trauernden
Hinterbliebenen
Anna Pennecke und Kinder.
Die Beerdigung findet am
Freitag 5 1/2 Uhr von der Halle
des Laufen-Kirchhofes, Färben-
brunnen Weg, aus statt.

Deutscher
Transportarbeiter - Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unsere Kollegin, die Votensfrau
Agnes Winter
am 1. Mai im Alter von
38 Jahren verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 6. Mai, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Fehland-Kirchhofes,
Walden, aus statt.
Die Bezirksverwaltung.

Arbeiter-Radl-
Verein "Berlin"
Mitgl. d. N. R. L. B.
„Freiheit“.
Nachruf.
Allen Sportgenossen, Genosseninnen
und Bekannten die traurige Nach-
richt, dass unsere Sportgenossin
Frau Anna Orwat
am 30. April 1910 nach langem,
schwerem Leiden verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
20105
Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten,
welche bei dem Begräbnis des Herrn
Paul Heine
anwesend waren, insbesondere dem
Herrn Kaufmann, für den
wunderbaren Grabstein sowie dem
Herrn Kommerzienrat Max Krause
unseren herzlichsten Dank, desgleichen
dem Bestatter Herrn D. v. dem Personal
der Firma Max Krause.
Die trauernden Hinterbliebenen
54068 **Witwe Lange.**

Dankagung.
Für die überaus zahlreichen Be-
weise herzlicher, aufrichtiger Teilnahme
anlässlich des jähren Hinscheidens
meines geliebten, mit stets un-
erschütterlichem Glauben, Herrn
20105
Franz Schultze
spreche ich hiermit allen Verwandten,
Freunden und Bekannten meinen
tiefsten, tiefgefühltesten Dank aus.
Middorf, den 4. Mai 1910.
Im Namen der Hinterbliebenen
Frau **Wilma Anna Schultze.**

Dankagung.
Für die Beweise herzlicher Teilnahme
bei der Beerdigung meiner lieben
Frau, unserer guten Mutter und
Tochter **Martha Janitzky**
sagen wir hierdurch allen Beteiligten
unsern aufrichtigen Dank.
20415
Karl Janitzky nebst Kindern
und Mutter.
Für die Beweise herzlicher Teil-
nahme bei dem Begräbnis unserer
lieben Mutter
24072
Hrn. **Luise Babcke**, verm. Hempel,
sagen besten Dank!
Richard Hempel,
Gustav Babcke,
Friedrichsfelder Straße 23.

Dankagung.
Für die Kranzsenden bei der Be-
erdigung meiner lieben Frau sage allen
Beteiligten, insbesondere ihren früheren
Kollegen, meinen herzlichsten Dank.
20255
Emil Lindemann.

Arbeiter-Wanderbund
„Die Naturfreunde“.
Wanderfahrten am
Sonntag, den 8. Mai.
1. Strassberg-Gleisdorfer Mühle
-Strassberg. Abfahrt: Scharf. Bahn-
hof 6 1/2 Uhr.
2. Tegel - Hennigsdorf - Birken-
werder. Treffpunkt 7 1/2 Uhr Tegel End-
station der Straßenbahn.
3. Grunewald - Scharfe Lante -
Ritowitzer. Treffpunkt 2 Uhr nachm.
Bahnhof Grunewald, Ausg. nach der
Kolonie. 1/13
Gäste willkommen.

In Nr. 17 und 18 des „Volk-
blatt“ für Rühbauern i. Th. wurde
Herrn **Kehrer Wagner** hier vorge-
worfen, dass er seine Stellung als
Lehrer dazu benutze, die Kinder gegen
ihre Eltern aufzubringen und ihnen un-
günstige Urteile über den biesigen
Konsumverein beizubringen. Die Vor-
würfe sind völlig unbegründet. Wir
bedauern, dass wir das Opfer einer
Fälschung geworden sind und nehmen
die Herrn Wagner betreffende Vor-
würfe zurück.
285/16
Rühbauern i. Th., 3. Mai 1910.
Redaktion des „Volk-Blatt“.

Bei Ausflügen
nach den westlichen Vororten empfehle
ich den merkten Parteigenossen mein
Gartenrestaurant. 20255
Vorzügliche Speisen und Getränke,
Kaffeehäuser, Kinderpielplatz.
Kupsch, Gehwirt, Teltow,
Gohler Steinweg 10.

Von der Reise zurück
Zahnarzt Theodor Lewin
Skalitzer Straße 46.

Leichtesten
Erwerb eines
EIGEN-HEIMS.
Ländliches Idyll mit groß-
städtisch. Komfort bietet
Hohen-Neuendorf
(Nordbahn)
Wald, Wasser, Arzt, Gas,
Wasserleit., Schulen etc.
Am Schützen-
haus herrliche
Hochwald-Land-
baustellen. Rate
12 Mark an! 10% An-
zahlung, Tilgung des
Restes in 10 jährl. Raten.
Verlangen Sie illustrierte
Gratis-Broschüre.
BERLIN
Wollenberg, NO. 43.
Neue Königstraße 71.
Fernspr. VII. 3028.

Exquisite Steigly, 70 Stücken,
mit 20.- reines Baugebäude pro
Quadratfuß, bei 1000 R. Anzahlung
zu verkaufen. Off. sub. E. W. 6948
Haasenstein & Vogler, Berlin W. 8.

Damen-Konfektion
direkt aus der Fabrik.
Kein Laden.
Auch Einzelverkauf
enorm
billig!

Kostüme
Kostüm - Röcke
Paletots
Kimonos
Golf - Jacketts
Mädchen-
Paletots.
Robert Baumgarten
Hausvogteiplatz II, I. Etg.
schrägüber Untergund-Bahnhof.
Bei Vorzeigung dieses In-
serates an der Kasse werden
5% Rabatt vergütet.
Diesen Sonntag bis 6 geöffnet.



Er will Großmama

zum Geburtstag ein Paket echten
Kathreiners Malzkaffee schicken, weil sie
das letzte Mal falschen bekommen hat.
Kathreiners Malzkaffee wird nie-
mals lose ausgewogen verkauft, sondern
nur in geschlossenen Paketen mit Bild
des Pfarrer Kneipp.

2 große Ausnahmetage!
Sonnabend, den 7. und Sonntag, den 8. Mai,
gebe ich in meinen Mehl- und Kolonialwarengeschäften mit Butter und Delikatessen
bei einem Einkauf von 1,50 M. an 1 große Tafel gute Schokolade oder bei einem
Einkauf von 3,50 M. an 1 Flasche frischen Maltrank.
Frische große Eier . . . Mai 65 Pf. | N. Tafel-Butter Prd. 1,30 M. Marken.
Auf alle Sorten Kaffee Doppelte Marken! 1915b
B. Zawaeki, Prenzlauer Allee 223 und Weinstraße 28 Ecke Höchst-
straße.

Tuche — Maß-Anzüge

und fertige Herren- und Knabensachen kaufen Sie am billigsten bei der
Tuchgesellschaft Kottbuser Damm 16/17. Unser Bestreben ist es, jeden
Zwischenhandel auszuschalten und Tuche wie Anzüge dem Publikum direkt
zu äußerst billigen Preisen abzugeben. Maßanzüge — vornehmster Sitz wird
garantiert — M. 32,00—85,00, fertige sehr elegante Herrenanzüge M. 9,50,
Burschen- 6,50, Knaben- 1,25 an. Paletots auf Seide, sehr elegant, M. 37,50,
Ulster M. 16,50, Fantasiewesten M. 2,20, Elegante Sonntagshose M. 6,00.
Stoff zum Anzug M. 5,00, zur Hose M. 2,25 an. Großes Lager in Original
englischen Stoffen sehr billig. — Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten.

Tuchgesellschaft Kottbuser Damm 16-17.
Vorzeiger dieses Inserats 5 Prozent Rabatt.

Soeben erschienen:
Vermehrung und Entwicklung
in Natur und Gesellschaft
von **Karl Kautsky.**
Preis brosch. 1,50 M.
Geb. 2 M.
Expedition des „Vorwärts“
Berlin SW.
Lindenstr. 69 (Laden).

Ausnahmepreise!
für die Monate Mai, Juni u. Juli.
Gerstberger & Müller
Kohlengroßhandlung.
1. Lagerplatz Am Schliesischen Güter-
bahnhof, Rühmstr. 18.
Fernspr. Amt VII 10290.
2. Lagerplatz Palisadenstr. 65.
Fernspr. Amt VII 4861.
Breite ab Maß von 10 Stk. an:
a. Stk. ca. 120 Stk.
a Stk., p. 1000 Stk.
Ferdinand Salen 72 Pf. 6,75 St.
Marie Grubs Alwine 72 Pf. 6,75 St.
Poley, Fieltz und
Pflannrosch 82 Pf. 7,75 St.
Anhaltische Kohlen-
werke 90 Pf. 8,50 St.
Hilse 90 Pf. 8,50 St.
Halbsteln, Prima Qualität
Sulfur u. Ferdinand a Stk. 70 Pf.
Hoye u. A. K. W. Halbst. 80 Pf.
Ganzwagen frühen Kostenlos zur
Verfügung.
Bei größerer Abnahme verlangen Sie
bitte Vorzugspreise.
Bei Anlieferung frei Haus per Stk.
ca. 10—20 Pf. mehr.

Schneidermeister
KATZ
Dresdener Str. 76
Anzüge u. Pale-
tots, welche wäh-
rend der Zeit im eigen-
betriebe angefertigt
sind, werden reifma-
ßig für 27 W. ab-
gegeben. — Anfert-
igung nach Maß von
in- u. ausländischen
Stoffen.
Garantie f. tabel-
losen Sitz und beste
Verarbeitung. Auch
auf Teilzahlung. Wochenrate von
1 R. an. — **Kein Laden!**
Nah dem Thalia-Theater.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, sieht am
Mortzplatz,
10—2, 5—7. Sonntags 10—12—2—4

liefert auf **Teilzahlung**
bequeme Anzahlung in be-
kannter Güte
(mit größter Rücksicht bei Krank-
heit und Arbeitslosigkeit)
E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 50.

Möbel
Das **Zigarren-Fabrik-Lager**
von **A. C. Thurk, Berlin**
Schlegelstr. 25, 2 Minuten v. Stettiner Bahn.,
empfehlen drei Spezialmarken in ganz vorzüglicher Qualität,
No. 1 Mk. 32,50, No. 2 45,00, No. 3 55,00 pro Mille.
Kautabake von G. A. Hanewacker
Nordhausen.
Sämtl. Zigarettenmarken zu Originalpreis.

Große Firma
vergl. durch Verkauf von Bett- und
Leibschiffen, Decken jeder Art, Vor-
hängen, Teppiche, Gardinen und Stores.
Ohne Anzahlung, bei kleinen Raten,
keine Kasse.
Zustellungen unter U. W. 100,
„Vorwärts“-Expedition, Auguststr. 50.

Aktiva. Bilanz am 30. September 1909.

	Mark	Pasiva.	Mark
Sparfassen-Konto	3,50	Dividenden-Konto	13,55
Sparanlagen-Konto	8575,85	Sparanlagen-Konto	2975,15
Gemeinschaften-Konto		Reservefonds-Konto	856,50
G. G. A.	416,05	Referenzen-Konto	4375,18
Kassa-Konto	1574,17	Geschäftsguthaben-Konto	3635,98
Inventory-Konto	1108,00	Sparanlagen-Konto	1575,—
Baren-Konto	7361,33	Passanten-Konto	1370,—
Schuldoren-Konto	74,31	Sparanlagen-Konto	114,50
Bank-Konto	30,—	Rück zu zahlende Umsätze	79,91
Stro-Konto	3580,35	Reingewinn	8218,70
Roggen-Konto	488,21		
	Ca. 18211,97		Ca. 18211,97

Mitgliederbestand am 1. Oktober 1909 . . . 156
Eingetretene . . . 50
ausgetretene und 6 Mitglieder, mitl. Bestand am 30. September 1909
300 Mitglieder.
Das Geschäftsguthaben der Mitglieder vermehrte sich um . R. 874,82
Die Zahlumme vermehrte sich um . 1320,—
Die Gesamtsumme betrug am Schlusse des Geschäftsjahres . 6000,—
Konsum-Produktiv- und Sparverein Zehlendorf und Umgegend.
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
Vor. Kretsch. Carl Gouss. Germ. Hoffm.

Dem Gellangverein „Liedes-
freundschaft“-Aptom-Baumhul-
weg, welcher aus Anlaß unserer am
1. 5. 10. stattgefundenen Silber-
hochzeit nebst Geburtstag den schönen
Bogenspruch brachte, sagen wir hier-
durch nochmals unseren herzlichsten
Dank.
54082
Oskar Welak
nebst Frau,
Fäßener Straße 14.

Gardinen-
Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin, Oranienstr. 158
Abgepaßte Fenster,
weiß und crème
per Fenster 2³⁵, 3, 4-60 M.
Kunstgardinen
in Tüll, Spachtel, 675-3000
Erbstül, Fenster
Eleg. Sezessions- 185-1800
Tüll-Stores
Gestickte, echte 775-3600
Spachtel-Stores
Goldfarbige reich- 385-7500
gestickte Band-
Stores
Tüllbettdecken, 250-2500
Größe 180/220 cm
Reichgestickte Erbs- 675-8500
tüll-Bettdecken
Elegante Tüll- 675-4800
Beitrückwände
Briso - Biso (Scheibenschleier)
25 Pf., 35 Pf., 40 Pf. — 5,50 M.
Nach auswärts per Nachnahme
Spezialkatalog
mit ca. 650 gratis u. franko.
Abbildungen

Möbel auf Kredit
in bester Ausführung.
Möbel auf Kredit
vom einfachsten bis zum
elegantesten.
Möbel auf Kredit
ganze Wirtschaften
sowie einzelne Stücke
Möbel auf Kredit
sowie
Waren jeder Art.
Herren- u. Damen-
Garderohen
erhält man billigst bei
A. Kretschmann & Co.
Koppenstr. 4, Ecke Madalstr.
Am Schliesischen Bahnhof.
Nächstes Kredithaus der öst-
lichen Vororte.
— Lieferung frei Haus. —

Beste Bezugsquelle
Auf Teilzahlung
Wöchentl. nur 1 Mark
Herren- und
Damenhosen,
Ketten, Wand-
und Stand-
uhren, Gran-
mophons,
Zithern und
andere
Musikwaren.
Jahre & König,
Warschauer Str. 65,
Reinickendorfer Str. 101,
Göbenstr. 19.

Charakteristisch für **JOSETTI VERA** Cigaretten

sind milder, weicher Geschmack verbunden mit vollem, blumigen Aroma. Richtige Combination dieser Eigenschaften heißt die Formel, die sie zur ersklassigen Marke machten.

Josetti-Vera-Cigaretten
m. u. o. M.
10 St. 30 Pfg.

Hiermit erkläre ich:
Es ist niemand imstande
Ihnen unter so günstigen Bedingungen
Kredit
einzuräumen, wie Deutschlands größtes Kredit-Institut
B. FEDER
Brunnenstr. 1 | Frankfurter Allee 89 | Kottbuser Damm 103

Nur bei mir gibt es eine große Auswahl, billige Preise, zuverkömmende Bedienung, kleine Anzahlung
Herren-, Damen-, Kinder-Garderobe

Damenhüte, Schuhwaren, Manufakturwaren
Gardinen, Stores, Portieren, Teppiche, Steppdecken usw.

Jede Abteilung gleicht einem Spezial-Geschäft

10% der geleisteten Anzahlung erübrigt sich jeder sofort vergütet, der sich nach geschicktem Einkauf auf diese Anzahlung bezieht.

Nächste Woche!
Ziehung am 11. und 12. Mai.
Ausstellungs-Lotterie
der Internationalen Motorboot- u. Motoren-Ausstellung, Berlin 1910, 120.000 Lose.
5730 Gewinne im Gesamtwert von

130,000 M
50,000 M
20,000 M
10,000 M

und 5733 weitere Gewinne à 1000 M, 500 M, 100 M etc. etc.
Lose à 3 Mk. Porto u. Liste 30 Pfg. extra, zu haben in allen Lotteriegeschäften u. durch Plakate künstlichen Verkaufsstellen.

General-Debit: **Lud. Müller & Co. in Berlin G, Bräustra. 5.**

De Thompson's Toilet Soap

Garantiert frei von schädlichen Bestandteilen

das beste Waschmittel.
1/2 Pfund-Paket 15 Pfg.

Gartenstadt Hoppegarten.
700 Morgen — 26 Minuten von Berlin — Qu.-M. von 10 M. — 100 M. Anzahlung.

Warum sind unsere Umfänge so groß?

1. Weil die ewige Schraube der Mietsteigerungen viele Berliner zum Erwerb der eigenen Scholle veranlaßt.
2. Weil wir jedem den Erwerb der eigenen Scholle durch günstigste Zahlungsbedingungen ermöglichen, da die Anzahlung nur ein Zehntel der Kaufsumme beträgt, der Rest auf zehn Jahre getilgt wird, aber auch in jährlichen Raten getilgt werden kann.
3. Weil unsere in der Anlage begriffene Stedlung am Bahnhof Hoppegarten in wirklich erstaunlich kurzer Zeit ein bedeutendes Wachstum gezeigt hat.
4. Weil der von Jahr zu Jahr wachsende Verkehr mit Hoppegarten durch den projektierten viergleisigen Ausbau der Ostbahn einen neuen mächtigen Impuls erhalten hat.
5. Weil der praktische Sinn der Berliner Bevölkerung den hohen ethischen und wirtschaftlichen Wert des eigenen Heims auf eigener Scholle erkannt hat.
6. Weil Hoppegarten, was ein unschätzbare Vorteil ist, in 26 Minuten von Berlin aus zu erreichen ist.
7. Weil wir bereits ein Vorwerk in der Umgegend Berlins geschaffen und zu hoher Höhe gebracht haben.
8. Weil in unseren Kolonien kein Hauszwang herrscht.
9. Weil die beginnende Kern der Stadtschnellbahnen das Wohnen in Hoppegarten unter Verfürgung der Arbeitszeit bei englischer Lichtzeit mit Leichtigkeit ermöglichen.
10. Weil sich der Käufer eines Grundstücks in der Gartenstadt Hoppegarten infolge der dauernden Wertsteigerung die denkbar beste Kapitalanlage schafft.
11. Weil wir seit der Anlage unserer Gartenstadt Hoppegarten erst vor wenigen Monaten begonnen haben, wir deshalb

den ersten Ansiedlern große Vergünstigungen bezüglich der Lage und Preise der Grundstücke gewähren.

Wenige Kaufleute im Restaurant „Schweizerhändchen“, die unsere geehrten Interessenten am Bahnhof oder auf der Straße ansprechen, sind mit unseren Herren Vertretern nicht identisch.

Zur Besichtigung unserer Gartenstadt wende man sich nach Verlassen des Bahnhofes zur Treppe durch die Bahnhofsunterführung.

Auskunftserteilung in Hoppegarten nur Eichen-Allee 5 in unserem Bureau, nahe der Kirche. Broschüre gratis.

Allgem. Bau- u. Ansiedelungsgesellschaft m. b. H., vormals C. Winkler.
Berlin G. 25, Dircksenstr. 20. Tel. VII. 2524. Hoppegarten 86.

Garderobe

Kredit
für Herren, Damen und Kinder.
Größte Auswahl, billige Preise.
Neuester Schnitt

1 M. Woche- rate 1 M.

Wohnungs-Einrichtungen
Ausstattung einfacher und eleganter Schlaf-, Herren- u. Spieleszimmer, Moderne, farb. Küchenanrichtungen

auf Abzahlung u. gegen bar.
Einzelne Möbelstücke und Polsterwaren bei kleinster Anzahlung event. ohne Anzahlung.

Ferner empfehle Teppiche, Portieren, Gardinen, Steppdecken, Bilder, Uhren, Gas- u. Petroleum-Kocher, Fertige Betten, Leib- u. Dattelkuchen, Sport- und Kinderwagen.

S. Dorn
Alte Schönhauser Str. 3
1 Treppe (12124)

Ecke Lindenstrasse.

Die teure Zeit
zwingt so manchen Herrn äußerst sparsam zu sein.
Wie kann man sparen?

Im Verleihhaus feiner Herrenmoden Leipzigerstr. 59 finden Sie elegante, von feinsten Herrschaften nur ganz kurze Zeit getragene, vielfach auf Seide gearbeitete Anzüge, Paletots und Hosen.

Eine Quelle des Wohstandes
erschließt sich Ihnen, denn wirkliche Modes-Kleidung wird Ihnen dadurch ersetzt.

Ahonnements-Anzüge und Paletots M. 12.— 16.— 19.—
Monats-Anzüge und Paletots M. 7.50 10.50 14.—

Verleihhaus feiner Herrenmoden
Leipzigerstr. 59, am Spittelmarkt.
Verleihung von Anzügen, Paletots und Hosen auf Tage, Wochen, Monate.
Sonntags geöffnet von 7 1/2—10, 12—2 Uhr.
Stets großes Lager von 11 Gelegenheitskäufen 11 Anzüge und Paletots von 9.50 Mark an.

Gartenstadt Hofjagdrevier
mitten im Walde, bei Birkenwerder (Nordbahn)
wird als zwölfte Kolonie von uns in einigen Tagen

eröffnet

1000 Morgen darunter herrlicher 100jähr. Waldbestand R. von 10 M. an.

Den ersten Käufern Ausnahmegewilligungen!
Vornotierungen jetzt angenommen. Plan umsonst und postfrei.

Allgemeine Bau- u. Ansiedelungsgesellschaft m. b. H.
Berlin G., Dircksenstr. 20. Fernsprecher: VII, 2524.

Max Ziegenhals, BERLIN NO. 49, 70 Neue Königstraße 76
Telephon: Amt VII, 3047.
Billigste, bestsortierte Einkaufsquelle für Händler.

Zigaretten, Zigarren und Tabake.
Größte Niederlage von:

G.A. Hanewacker, Nordhausen.
nur echt, wenn mit Zettel **G. A. Hanewacker.**
Vor Nachahmungen wird gewarnt.

Stoff-Reste
ausreichend für komplette Herren-Anzüge, Hosen, Paletots, Damen-Kostüme, Kleider, Röcke, Loden-Pelerinen etc. die sich bei uns in Massen anhäufen, verkaufen wir bedeutend unter Preis!

Meter Mk. 1.—, 2.—, 3.—, 4.—, 5.—

Tuchfabrik-Lager
Koch & Seeland Gesellschaft m. b. H.
Koblenstraße 2. — Sonntags geöffnet. 50841*

Soziales.

Wohlfahrt?

Die „Westdeutsche Post“ veröffentlicht den Kasfenbericht der Pensionskasse der Friedrich-Alfred-Hütte, dem bekannten Kruppischen Werk in Rheinhausen. Wer noch irgendwie an den kapitalistischen Wohlfahrtshumbung glaubt, der mag diesen Bericht studieren und er ist sicher lurrert. Im vorigen Jahre wurden über die Pensionskasse des Werkes in Rheinhausen auch Zahlen veröffentlicht, die über die Art der Kruppischen Wohlfahrt ein deutliches Bild gaben. Das Gewerbegericht in Friederichshelm hat ja wiederholt erkannt, daß die Pensionskasse des Werkes in Rheinhausen und ihre Verkopplung mit dem Arbeitsvertrag gegen die guten Sitten verstößt. Die Arbeiter haben sich seit langem gegen die heutige Sklaverei der Pensionskasse ausgesprochen; erst waren es nur die Sozialdemokraten, die früher auch von Zentrumsleuten bekämpft wurden; wenn sie am gerechten Wohlfahrtssinn der Firma Krupp auch nur zweifelten. Jetzt nehmen „Christliche“ und „Kirch-Dundersche“ Arbeiter gegen die Zwangswohlfahrt den gleichen abweichenden Standpunkt ein wie die Sozialdemokratie. Als die Materie letztmalig im Reichstage zur Beratung stand, wurde regierungsfertig erklärt, daß sich die Unternehmer zur Abstellung der vorhandenen Inzuchtlichkeiten verpflichten wollten.

Darauf können die Arbeiter nun lange warten. So mag denn Reichstag und Regierung an den Zahlen des Kasfenberichts der Pensionskasse der Friedrich-Alfred-Hütte erneut erkennen, wie dringend notwendig der Schutz der Hüttenarbeiter vor solcher Zwangswohlfahrt ist.

Die Bewegung im Mitgliederbestand war im vorigen Jahre folgende:

Table with 2 columns: Bestand am Schluß des Jahres, Anzahl der versicherten Personen. Rows include Bestand am Schluß des Vorjahres (4710), Zugang im Rechnungsjahr (4555), Abgang im Rechnungsjahr (a) durch Tod (28), (b) wegen unterlassener Beitragszahlung, (c) aus anderen Gründen (4248), and Bestand am Schluß des Rechnungsjahres (4889).

Wie auf allen Hüttenwerken ist auch bei Krupp die Fluktuation der Arbeiter sehr groß. In dem einen Jahre 1909 traten 4555 Arbeiter neu ein, fast so viel, wie auf dem Werk überhaupt beschäftigt sind. Und alle neuzutretenden Arbeiter müssen ihr Eintrittsgeld bleichen, was unten bei den Einnahmen zu ersehen ist. Ausgetreten sind 4248 Arbeiter, die ihr Eintrittsgeld und die zwangsweise abgezogenen Beiträge nicht zurückerhalten haben. Aus Gründen der „Wohlfahrt“.

Die Einnahmen betragen im Jahre 1909:

Table of Einnahmen (Income) for 1909. Items include Barer Kasfenbestand am Ende des Vorjahres (441,76), Guthaben bei der Firma (19,948,82), Beiträge a) der Mitglieder (75,397,97) and b) der Firma (87,690,00), Von der Firma erhaltene Pension (147,53), Zinsen (85,234,08), Sonstige Einnahmen, Strafen, besondere Zuwendungen usw. (14,688,69). Total Summa: 206,709,89.

Und die Ausgaben:

Table of Ausgaben (Expenditures) for 1909. Items include Pensionen an Männer, Witwen, Halb- und Vollwaisen (82,176,88), Vorgelegte Pensionen usw. Geschäftskasse (147,53), Verwaltungskosten (183,80), Kapitalanlage, Ankauf von Wertpapieren (184,980,00), Pinderpütung, einschließlich Eildzinsen (2,494,20), Sonstige Ausgaben, Arzthonorar (82,00). Total Summa: 199,964,94.

Also an Pensionen wurden im vorigen Jahre von der Kasse 82,176,88 M. gezahlt. Die Arbeiter brachten aber allein an Beiträgen 75,397,97 M. und an Eintrittsgeldern die riesige Summe von 22,202,09 M., zusammen also 97,600,06 M. auf! Dazu kommen noch die unter „Sonstige Einnahmen“ von 14,688,69 M. mitverzeichneten Strafen. Es ist ja bei diesem Titel nicht zu erkennen, wieviel von dem Betrag auf Strafen entfällt; daß die Firma besondere größere „Zuwendungen“ an die Kasse gemacht hat, ist nicht anzunehmen. Das würde sich bei dem „glänzenden“ Stand der Pensionskasse auch als pure Komödie erweisen. Rechnen wir also

die Summe für abgezogene Strafen hinzu, so haben die Arbeiter allein 112,238,75 M. aufgebracht. Ziehen wir von dieser Summe die gezahlten Pensionen mit 82,176,88 M. ab, so verbleibt der ungeheure Betrag von 80,061,87 M. Um diese Summe, von schwergeplagten Hüttenleuten eingezogen, ist das Vermögen der Kasse in einem Jahre — abzüglich der kleineren Ausgabebeträge — gestiegen! Dabei haben wir den Arbeiteranteil an den Einnahmen aus Zinsen noch gar nicht gerechnet! Die von der Firma eingezahlten Beiträge in der Summe von 87,690 M. sind mit keinem Pfennig angegriffen worden, sie sind nur zur „Verschönerung“ „durchlaufende Posten“.

Da gibt sich die preussisch-deutsche Regierung große Mühe, aus Gründen der sogenannten Staatsraison die segensreich arbeitende Selbstverwaltung bei den Ortskrankenkassen zu beseitigen und läßt die Pensionskassen, die sich nachgerade in ihrer „Arbeit“ zu einem öffentlichen Skandal auswachsen, ungehorsam. Immer gilt ja noch, und mehr als je, das Wort, das Örtlicher den unwillig gewordenen Industriellen zuwarf: „Meine Herren, wir arbeiten ja nur für Sie!“ Bei allen Zweigen der Reichs-Arbeiterversicherung ist die materielle Beitragspflicht der Unternehmer in bestimmtem Umfange geregelt, in den Werkpensionen aber kommen die millionenreichen Großunternehmer der Zahlungsverpflichtung nur formell nach, während in Wahrheit und Wirklichkeit die Arbeiter den Unternehmern nach riesige Summen aufspeichern!

Die Frage der Werkpensionen, das zeigt die vorstehende Abrechnung aufs neue, schreit geradezu nach gesetzlicher Regelung im arbeiterschützenden Sinne.

Eingegangene Druckschriften.

Der Krankentransport des Verbandes für erste Hilfe. Bericht über die Betriebsjahre 1908—1909. 78 Seiten. Hauptstelle: Berlin, Schiffbauerdamm 20.

Kometen und Meteore. Von A. Voigt. 15 Bf. Nr. 9 der Bäckerei zur Belehrung und Erholung. E. Griese, Frankfurt a. M.

Durch Deutschböhmen. Weltbilder, Sommerreisen, Fremden- und Touristenorte. Herausgegeben vom Landesverband für Fremdenverkehr. 50 Bf. G. Reingebauer, Prag.

23. Jahresbericht des leitenden Ausschusses des Schweiz. Arbeiterbundes und des Schweiz. Arbeitersekretariats 1909. 48 Seiten. Verlag: Grüllbuchhandlung, Zürich.



Chevreau-, schwarz oder braun Damen-Schnürschuhe

8.50 M. 10.50 M. 12.50 M.



Jerusalemstr. 38-39, Friedrich-Strasse 75, Potsdamer Strasse 2, Tauentzien-Strasse 19a, König-Strasse 25-26, Schöneberg, Hauptstr. 100

Zentrale und Versand: Jerusalemstrasse 38-39



Boxcall- oder Chevreau-Herrn-Schnürstiefel

12.50 M. 15.50 M.

Preiswerte Strassen-Stiefel

Nur erstklassige Fabrikate □ □ Konkurrenzlos in Qualität und Passform

Für Damen:

- Boxcall- und Chevreau-Schnürstiefel mit und ohne Lackkappen, auch Derbyschnitt 8.75 M.
Braun und schwarz Chevreau-Schnür- u. Knopfstiefel in neuen modernen Fassons mit hohen od. niedrig Absätzen, Rand gedoppelt 10.50 M.
Braun und schwarz Chevreau-Schnür- u. Knopfstiefel mit oder ohne Derby-Schaftschnitt, a. m. Lackkappen, in ganz neuen Fassons, m hohen od niedrigen Absätzen, Goodyear Welt 12.50 M.
Braun und schwarz Chevreau-Schnür- u. Knopfstiefel m. od. ohne Derby-Schaftschn., auch mit Lackkappen in den allerneuesten Fassons, feinste Qualität und Ausführung, Goodyear Welt 15.50 M.

Für Herren:

- Boxcall- Schnürstiefel, moderne breite Fassung 8.75 M.
Boxcall-Schnürstiefel in moderner Form, sehr haltbar, Rand gestupft 10.50 M.
Braun und schwarz Chevreau-Schnürstiefel in allen modernen Fassons, konkurrenzlos in Qualität und Ausführung, Goodyear Welt 12.50 M.
Braun und schwarz Chevrau- und Boxcall-Schnürstiefel, auch mit Derby-Schaftschnitt in ganz neuen Fassons, feinste Qualität und Ausführung, Goodyear Welt 15.50 M.

Sandalen in modernen und antiken Formen

- Rindleder, braun und schwarz, mit Absatzfleck
21-26 27-30 31-35 36-41 42-47
3.25 M. 3.75 M. 4.25 M. 5.00 M. 6.00 M.
Rindleder, braun, randgenäht, biegsame Sohle
21-24 25-28 29-32
3.00 M. 3.50 M. 4.00 M.
21-25 26-30 31-35
4.50 M. 5.50 M. 6.50 M.

Naturgemässe Kinder-Stiefel in eleganten breiten Formen

- Mädchen-Schnür- und Knopfstiefel, Boxcall oder Chevreau, durchgenäht, Rand gestupft
25-27 28-30 31-33 34-36
5.50 M. 6.50 M. 7.50 M. 9.00 M.
Mädchen-Schnür- und Knopfstiefel, in Boxcall oder Chevreau, auch mit Lackkappen, Goodyear Welt
25-27 28-30 31-33 34-36
7.50 M. 8.50 M. 9.50 M. 11.50 M.
Knaben-Schnürstiefel, Boxcall oder Chevreau in eleg. Herrenstiefel-Ausführung, durchgenäht, Rand gestupft
31-33 34-37
8.00 M. 9.50 M.
Knaben-Schnürstiefel, Boxcall oder Chevreau in eleganter Herrenstiefel-Ausführung, Goodyear Welt, in modernen, breiten Fassons
31-33 34-37
10.50 M. 12.50 M.

Vorschriftsmässige Turnschuhe:

- Weiss Segelleinen, mit Chromledersohlen
25-30 31-35 36-41 42-47
1.90 M. 2.30 M. 2.90 M. 3.50 M.
Segelleinen m. Gummisohlen, weiß, grau u. braun
25-30 31-35 36-41 42-47
2.00 M. 2.50 M. 3.00 M. 3.50 M.

Alle Arten Hausschuhe für Herren, Damen und Kinder

Der reichillustrierte Hauptkatalog wird kostenlos zugesandt

